

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

182 · Dezember 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 1057

Essay

KLARA LAKOMY

»Um beschreibend zu verändern«

Über die Integrität von Werk und Lebenshaltung
am Beispiel Anna Seghers

1059

Pazifismus

HELMUT BOCK

Nobels Friedenspreis für Bertha von Suttner
Das Aktuelle in der Geschichte

1073

SIGRID BOCK

Von der Kraft der Literatur

Zur Wirkung des Romans »Die Waffen nieder!«
von Bertha von Suttner

1081

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

GUIDO BRENDGENS

Vom Verlust des öffentlichen Raums

Simulierte Öffentlichkeit in Zeiten des Neoliberalismus

1088

MANFRED SOHN

Programmhinweise aus Fernost

Zur Neufassung des Programms der Japanischen KP

1098

HEINZ-JÜRGEN VOSS

Queer politics zwischen kritischer Theorie
und praktischer (Un)Möglichkeit

1108

Verbrechen des Nationalsozialismus

SILVIO PERITORE

Von der Ausgrenzung bis zur Vernichtung

Der nationalsozialistische Völkermord
an den Sinti und Roma.

1115

MARIO KESSLER
Von Hippokrates zu Hitler.
Medizin ohne Menschlichkeit 1132

Konferenzen & Veranstaltungen

JOACHIM WILKE
Vernunft für die Welt 1137

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 1140

Bücher & Zeitschriften

Christa Luft:
Wendeland. Fakten und Legenden
(GÜNTER KRAUSE) 1142

Carsten Pallas:
Ludwig von Mises als Pionier
der modernen Geld- und Konjunkturlehre
(ULRICH BUSCH) 1143

Hendrik Bispinck, Jürgen Danyel,
Hans Hermann Hertle, Hermann Wentker (Hrsg.):
Aufstände im Ostblock.
Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus
(STEFAN BOLLINGER) 1145

Hermann Weber, Andreas Herbst:
Deutsche Kommunisten.
Biographisches Handbuch 1918 bis 1945
(MARTIN SCHIRDEWAN) 1146

Summaries 1148

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 1150

VorSatz

Nun ist es also doch ein Stimmenbeschaffungsprogramm geworden – für die faschistische Rechte, spätestens im Jahre 2009. Das sagt natürlich niemand und will natürlich auch niemand. Und hinterher wird es ohnehin niemand haben wissen können – wie immer in diesem Land zwischen Größenwahn und Ich-Schwäche; von einer Wir-Stärke gar nicht erst zu reden, da sie für Stalinismus gehalten wird.

Die beiden Wahlverlierer haben sich – gemeinsam ist man stark – für einen Guerillakrieg gegen die kleinen Leute entschieden. Es war auch einfach zu still bisher in Deutschland; da konnte sich ja keine Dynamik entfalten. Das muß jetzt anders werden. Ab 2007 werden bei einem Einkauf, für den heute hundert Euro aufzuwenden sind, drei Euro mehr eingesetzt werden müssen – oder man wird fürs gleiche Geld weniger im Korb haben. Wem 3450 Euro im Monat zur Verfügung stehen, der wird das kaum bemerken; aber was ist mit denen, die wie die ALGII-Empfänger mit 345 Euro ihr Leben fristen müssen? Oder mit vielen Rentnern, vor allem mit alleinstehenden Frauen im Westen? Oder mit den Kinderreichen? Doch die sind zumeist nicht abendländisch-christlichen Zuschnitts, sondern irgendwie anders; ihre Kinder bieten, gemessen an denen der weißen Mittelklasse, deshalb nur minder verwertenswertes Leben. Liebe Grüße aus Paris.

Im Kalten Krieg galt das Eigenheim in Arbeiterhand als das sicherste Bollwerk gegen den Kommunismus – die Streichung der Eigenheimzulage signalisiert eine strategische Wende in der Gesellschaftspolitik: Eigentum und damit Absicherung im Alter nur noch für die, die es sich leisten können. Zum Beispiel die, die am Wochenende schindern gehen und dabei richtig Geld verdienen – aber auch damit ist Schluß.

Und: Jahrzehntelang wurde eine aberwitzige nerven- wie umweltzerstörende Mobilität propagiert und initiiert. Nun bleiben viele »Arbeitnehmer« auf den Kosten sitzen. Damit in zehn Jahren Deutschland in Europa wieder an der Spitze steht; fragt sich nur, wobei?

Die Naturwissenschaftler Angela Merkel und Matthias Platzeck haben sich auf das große Experiment verständigt. Ihre Arbeitshypothese: Immer wenn die Menschen weniger Geld in der Tasche haben, geben sie mehr davon aus. So schaffen wir neue Arbeitsplätze. Als nächstes werden CDU und SPD mit ihrer Zweidrittelmehrheit wahrscheinlich eine Grundgesetzänderung beschließen, die Experimente am lebenden Menschen zum Verfassungsgebot erhebt und jegliches humanistisches Argumentieren wegen erwiesenen Terrorismus' mit einer formlosen Überstellung nach Guantanamo ahndet.

Henry Ford, auch wenn er eine der unangenehmeren Figuren im Helldenstadel des Kapitalismus und ein schonungsloser Blutsauger war, wußte, daß Autos keine Autos kaufen. Konrad Adenauer, auch nicht gerade ein Ausbund der Philanthropie, hatte begriffen, daß zuviel Lumpenproletariat auf die Dauer die Geschäfte stört; seine Sozialpolitik war praktizierter Antifaschismus. Kurt Georg Kiesinger, der nach 1945 beim Umtausch der Parteidokumente von der NSDAP in die CDU konvertierte, verstand es 1966 sehr wohl, daß die ordoliberalen Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards, obwohl anderthalb Jahrzehnte überraschend erfolgreich, sich erschöpft hatte und nun nur noch Karl Schiller mit seinem keynesianischen Staatsinterventionismus helfen konnte.

Das ging wieder anderthalb Jahrzehnte gut. Seit 1982 wird nun neoliberalisiert – wobei Helmut Kohl den Neoliberalismus mehr simulierte als praktizierte und sich so als der letzte sozialdemokratische Bundeskanzler entpuppte.

Der Piłsudski der deutschen Sozialdemokratie hat nun seinen heruntergewirtschafteten Hausstand an zwei Ossi übergeben, die jetzt für die elitespielenden Kleinbürger in den Vorstandsetagen die eigentliche Drecksarbeit machen sollen. So bricht zusammen, was zusammengehört.

Die große Koalition von 1966 leitete eine neue Ost- und eine neue Wirtschaftspolitik ein und führte damit die Bundesrepublik aus der Krise. Auch heute steckt das Land in verschiedenen Krisen – wobei die Legitimationskrise des Neoliberalismus am gravierendsten ist. Kein Problem wurde seit 1982 gelöst, aber viele wurden weiter verschärft: Arbeitsmarkt, Bildung, Migration, Verkehr, Kinderfreundlichkeit, Würde im Alter für alle.

Der jahrzehntelang funktionierende »Fahrstuhleffekt«, durch den auch die unteren Schichten gewannen, wenn sich die Wohlfahrt bei den »oben« luxurierte, ist von einer vormodernen Schere in den Einkommensverhältnissen abgelöst worden, die sich immer weiter öffnet, begleitet von sich selbst gleichschaltenden Medien. Wie unter Honecker sind die veröffentlichten Phrasen unterdessen standardisiert, man kann sie mitsprechen, ohne Mühe und ohne jedes Nachdenken.

Die Chance, das neoliberale Projekt wenigstens neu zu erfinden, indem es mit einem staatlich induzierten Nachfrageschub verbunden wird, besser natürlich noch, das neoliberale Projekt zu beenden und durch eine nachfrage- und gesellschaftsfreundliche Politik mit europäischer Perspektive zu ersetzen, ist überhaupt nicht als Chance ins Bewußtsein gedrungen. Es wird dummbatzig weiter gewurschtelt – auf Kosten der Kleinen, die immer die Mehrheit bilden und die, wenn sie nicht weiterwissen, zu den einfachen Lösungen greifen.

Der gezielte Ausschluß von immer mehr Menschen aus existenzsichernder Arbeit und Kultur, ja, aus der Gesellschaft, die Ersetzung von gesellschaftlichen Beziehungen durch Marktbeziehungen und damit die Zerstörung von Gesellschaftlichkeit mit all ihren Werten und Normen – selbstverständlich bei gleichzeitigem Absingen von »Eine feste Burg ist unser Gott« und »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit« – bilden die Eckpunkte der Koalitionsvereinbarung. Die Nachkriegszeit ist beendet. In Frankreich riecht es schon nach Brandschüüren.

JÖRN SCHÜTRUMPF

KLARA LAKOMY

»Um beschreibend zu verändern«

Über die Integrität von Werk und Lebenshaltung
am Beispiel Anna Seghers

Was fragt die Dichtung? Sie fragt, was zu tun ist.

Die Dichter müssen sich immerzu fragen: Was sollen sie mit der verpflichtenden Gabe tun?

Zur Erinnerung: Dichtung ist wie alles Menschenwerk nur von den Menschen zu schaffen, während sie lebendig sind. Eine triviale Feststellung?

Der Wille zur Veränderung

Der Dichter lebt unter Menschen, in einer Gesellschaft. Er ist ein Bürger. Seinen Schmerz, seine Wünsche empfängt er von der Gesellschaft. Was er äußert, wird Gesellschaft. Das Werk in seinen Bekenntnissen ist nicht zu trennen von diesen Schmerzen und Wünschen, von der Haltung, mit der gelebt wird. Darum bezieht sich das Schreiben immer auf die Wirklichkeit. Die Wirklichkeit ist politisch. Kein Tun, kein Werk, das nicht politisch wäre, wenn es seine Wirkung in ihr entfaltet. Die dichterische Arbeit wird zur Lebensarbeit, mit der Entscheidung für oder gegen politisches Bewusstsein offenbart sich die Stärke von Literatur. Der Schriftsteller ist Schriftsteller erst, indem er nicht bloß Schriftsteller ist. Sondern in einer politischen Tätigkeit begriffen, die Standpunkte und Dringlichkeit seines Werks vertritt.

Die Drohung des Scheiterns ist groß und beständig. Das Gewicht und Opfernverlangen dieser Aktivität wird sich erst in ihrem Verlauf begreifen lassen. Es ist kaum vorhersehbar, wohin einmal bekundete Einsichten und Absichten den Werdegang führen. Es gilt, dass ihre Bedeutung – und zugleich die Achtung des eigenen Lebens für das Individuum – erkennbar wird an der Aufrichtigkeit, mit der ein Standpunkt vertreten wird.

Eine solche Aufrichtigkeit findet sich an einer Person des zwanzigsten Jahrhunderts, in exemplarischen Zeiten. Diese Person ist Anna Seghers.

Ihre Prosa vermag, sich die Gesellschaft ihrer selbst bewusst zu machen.

Sie tut dies nicht durch klar spiegelnde Reflexion. A. S. ist eine Verborgenes-Zeigerin, eine Ans-Licht-Holerin, Beleuchterin, Aufklärerin, eine Verständnis-Hebamme, eine Unterbewusstsein-Tagebauerin. Unbewusstes, Unbekanntes wird ins Bewusstsein gezogen. Doch nicht in sinnlichen Formen, nicht in Bildern der Malerei oder Szenen eines Films, sondern in abstrakten, hageren Schriftzeichen. Gerade jene können fesseln. Der Leser macht sie durch seine

Klara Lakomy – Jg. 1984; seit 2003 Studentin an der Humboldt-Universität zu Berlin in den Fächern M. A. Ältere Deutsche Literatur und Philosophie; 2000 Gewinn der bundesweiten Ausschreibung für ein Stipendium der »Werkstatt für Junge Autoren« der Neuen Gesellschaft für Literatur; seit 2001 Mitglied der von Werner Gerber als Mentor betreuten »Arbeitsgruppe Junger Autoren«.

Das hier gedruckte Essay entstand aus einer Arbeit über Anna Seghers, die die Autorin an der Humboldt-Universität außerhalb des Lehrplanes geschrieben hat und die ihr dort von einem Dozenten, der namentlich nicht genannt werden will, »nur ausnahmsweise« bescheinigt worden ist.

Phantasie zur sinnlichen Fülle seiner Vorstellung. Darum wirkt Literatur so persönlich, geht so nahe. Die Vorstellung des Unvertrauten, Anderen ist ihre Berufung, die ein Gegenmodell schafft, ein Ideal oder einen Schock, eine Fragestellung an die gesetzte Beschaffenheit der Gesellschaft, die sich, die Herausforderung der Entgegnung annehmend, bewusster werden soll.

Die Fiktion beeinflusst die Gesellschaft durch ihre Teilnehmer. Dieser geistige Akt wirkt auf die materiellen Bedingungen, denn der Mensch ist die Verbindungsstelle zwischen der energetischen Welt seiner Gedanken und seinem irdenen Handlungsfeld. (Diese Verbindung zu halten, bedeutet schließlich Mensch-Sein.) Bewusstsein schafft eine Meinung, einen Willen. Mit Vorliebe, aus Berufung schafft die Literatur solches Bewusstsein, das eine widersprechende Meinung zu den Verhältnissen der Wirklichkeit erzeugt. Dann wird der erwachte Wille der Leser eine bedeutsame Kraft, die erstrebte Wirkung der Literatur, die ihre Stärke offenbart: der Wille zu Veränderung. Das Persönliche der Lesart löst also Betroffenheit aus. Nicht bloß nüchterne Zustimmung: sondern persönliches Interesse. Sie beendet die Gleichgültigkeit: Man hängt mit den Dingen zusammen und will ihrer Entwicklung nicht hilflos ausgesetzt sein. Der Mensch kultiviert Erlösungswillen, ausgelöst vom Unwillen bei nun erkennbarer Ungerechtigkeit. Denn *Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit* sind nicht nur rational, so wie Richtigkeit und Fälsche, Gleichheit und Ungleichheit oder Gesetzlichkeit und Ungesetzlichkeit. Sie sind auch nicht nur Gefühl wie Behaglichkeit und Unbehaglichkeit. Um sie zu begreifen, muss der Mensch zur Hineinversetzung fähig sein, muss an den Dingen Anteil nehmen. Das kann er, sobald er das Andere, Fremde, sich zu etwas Bekanntem, Eigenem macht. Das kann er, weil er sich in der Literatur mit dem Anderen identifizieren kann, mit Hilfe der Phantasie. So wird klar, dass es die Literatur ist, durch die wir Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit unterscheiden lernen.

Der Veränderungswille, das politisierende Element ist die Wirkung von Dichtung. Dafür muss sie nicht erst instrumentalisiert werden.

Die Wirkung dieses Zeigens des Andersweltigen hat eine Netty Reiling begriffen, schon bevor sie sich A. S. nannte. Darüber lässt das Thema ihrer Dissertation spekulieren: »Jude und Judentum im Werke Rembrandts«. Hier wird analysiert, wie die Figuren der Juden in Rembrandts Werk zunächst als mystische Randgruppe dargestellt sind und nach und nach, durch Darstellung nüchterner Szenen und genauerer Herausarbeitung von Gesichtern, als Menschen entdeckt werden, die in ihrem Menschsein allen Menschen gleichen. Dies ist mehr als eine kunstgeschichtliche Analyse. Der soziale Bewegungsablauf der Annäherung ist ein Gemahnen an Solidarität. Zudem könnten die rembrandtschen Juden ein Sinnbild sein für die Gruppe der linken Künstler und Intellektuellen der Weimarer Republik. Auch diese wurden von der Bevölkerungsmasse als Fremdkörper empfunden. Ihre geistige Welt konnten sich die breiten Schichten des Volkes nicht erschließen – auch wenn Linke, besonders die Künstler, darauf drängten. Im Übrigen waren viele von ihnen auch Kinder jüdischer Eltern. (Obwohl dieser Teil des deutschen Volkes eine Minderheit darstellte, ist heute, nach dessen Vernichtung und Vertreibung, dieser Mangel an gebildeten und motivierten Menschen in Deutschland schwer erträglich.)

Einhelligkeit von Denken und Handeln

Die Macht der Autoren ist eine Zauberlehrlings-Macht. Was, wenn »die Geister, die er rief«, nicht die sind, die der Autor wollte? Seine Wirkungsabsicht ist auch nicht mehr als nur eine Lesart eines uneindeutigen Zeichencodes.

Nun ist's möglich, dass er gar nicht verstanden werden will. Weil es ihm gefällt, Verwirrung auszulösen – oder er bleibt gern im Unklaren, weil er dies als Vorteil des Inkognitos nutzt, um eine Kritik im schützenden Indirekten zu halten. Er wird nur von Eingeweihten verstanden. Doch was nützt dies? Diesem Teil des Publikums ist schon klar, worauf der Autor hinaus will. Dieser Teil ist entweder bereits aufgeklärt und braucht die Botschaft nicht – hier bleibt bloß die leise bleibende Aufgabe der Solidaritätsbekundung.

Falls der kundige Teil des Publikums zum Unglück des Autors nicht dessen Meinung teilt, verfehlt auch die Indirektheit ihren Zweck.

Nun kann der Autor sich zu retten suchen: »Es sei so nicht gemeint«, es solle nicht so gelesen werden. Dies bedeutet, wenn es Lüge ist, den Verrat an den Anhängern. Der Autor wird in diesem Fall nicht belangt. Er ist belanglos.

Wirkung ohne bewusstes Anliegen ist unumsichtig. Der Autor sollte sich im Klaren darüber sein, dass seine Arbeit eine Wirkung hat, um sein Leben nicht in Widerspruch zu seinem Denken zu bringen. Was heißt das, wenn das Denken im Widerspruch zum Handeln steht?

Es bedeutet, dass jemand als Schreiber im Widerspruch zu sich als Bürger steht. Doch der Schreiber ist der Bürger.

Taten kommen immer aus einem Geist. Sind also die Taten im Widerspruch zu den geschriebenen Gedanken, so liegt dieser Widerspruch im Geist selbst. Er denkt und wünscht das eine, tut aber das andere. Weiß er nicht, was er will? Wünscht er nicht stark genug, konzentriert auf den einzigen, unbezwingbaren Wunsch? Der Geist produziert kontradiktorische Absichten, deren Zwiespalt sich im Handeln niederschlägt. Er richtet das Denken auf einen schizophrenen Kampf gegen sich aus, die Kontinuität des Bewusstseins ist gestört, der Verstand nach und nach seiner Begriffe beraubt und sinnentleert. Diese vernichtende Wirkung nicht zu Ende gedachter Standpunkte erneuert sich im Niederschlag des Handelns: Die träge Verwirklichungsscheuheit reißt eine klaffende Schlucht auf zwischen den Wünschen und Entwicklungen, die aus dem tätigen Sein dieses Menschen folgen.

Und wie alleingelassen muss sich das Publikum wissen, wenn der Autor über seinen Text sagt: »Das ist doch nur ein Lied?«

Mit der Erklärung, das Drängen der Kunst sei nicht dazu geschaffen, eingelöst zu werden, vergeht sich der Autor nicht nur an den Mühen des Publikums. Er tätigt eine Bankrotterklärung an seine Arbeit, die er ihrer eigentlichen Kraft benimmt.

Der Autor kann seine Kunst nur verteidigen, indem er sein Anliegen *direkt* bekundet. Nicht allein in der Dichtung, sondern durch sein ganzes Leben: Indem er es offen ausspricht, sich nicht programmatischer Äußerungen enthält, selbst die Absichten in Aktion umsetzt, die er ausdrückte und wogegen er nicht gleichgültig ist.

1 Anna Seghers: Inneres und äußeres Reich, in: Dieselbe: Über Kunstwerk und Wirklichkeit. Erlebnis und Gestaltung, Hg. Deutsche Bibliothek, Hans-Günther Thalheim und Hans Werner Seiffert, Akademie-Verlag Berlin 1971.

2 Kurt Batt: Der Dialog zwischen Anna Seghers und Georg Lukács, Vorabdruck aus: Dialog und Kontroverse mit Georg Lukács. Der Methodenstreit der deutschen sozialistischen Schriftsteller. Hg. Werner Mittenzwei, Verlag Philipp Reclam jun. Leipzig (Kollektivarbeit der Forschungsgruppe 3 des Zentralinstituts für Literaturgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR) 1975.

A. S. sagte schlicht: »Der Zwiespalt zwischen dem gelebten und gestalteten Leben gibt keinem der beiden Teile eine Berechtigung; lässt nur die Forderung stehen, dass er überwunden werden muss.«¹

Diese Forderung darf nicht in dem Sinne verstanden werden, dass die politischen Notwendigkeiten die Kunst in ihrer Entfaltung einschränken. Im Gegenteil: Durch die hemmungslose Entfaltung des künstlerischen Eigensinns hat dieser die heilsamste Wirkung und wirkt ganz ungebrochen politisch. Darum geht es in der Kontroverse zwischen A. S. und Georg Lukács, dem Ästhetiker, der und den dieses Thema weltberühmt machte.

(Nur das FBI nennt ihn stirrunzelnd in den Akten: »[...] Georg Kukcc (not identified) [...]«.)

Lukács schmälert sein Ideal humanistisch-aufklärerischer Gestaltung mit der Aufforderung: »Keine abweichenden Tendenzen, weder dekadent noch anarchistisch, keine Kapitulation vor der Arbeit.«²

Was ist es, das die so genannte Dekadenz und den Anarchismus der Literatur ausmacht?

Es ist das Aufspüren von Unbewusstem und Unerkanntem, um dem einen Ausdruck zu geben, der ihm entspricht: der es vollbringt, das Empfangene so wiederzugeben, wie es wirklich ist. Diese Wiedergabe muss so unmittelbar wie möglich werden, und darum kann sie nicht anders als individuell sein. Es gehört Mut dazu, nicht in vorgefasste sprachliche Aufbereitungen der Realität auszuweichen, nicht in bemühungslosen Floskeln zu verenden, die nichts wiederzugeben vermögen als den Status quo der Wirklichkeitsauffassung. Wie sonst lassen sich die Dinge erfassen, die unsere heftigsten Gefühle uns eingeben, die aber dem Verstand entgleiten, der zu grob und beschränkt ist, um diese Dinge in seine Bilder zu bannen oder in seine Wörter zu fassen? Es wollen neue Bilder gemacht werden, um die alten Bilder in ihrer einschränkenden Macht zu brechen, ungewohnte, in ihrer Fremdheit und ungewohnt ähnliche, verstörende, erschütternde Bilder, denen es wieder gelingt, die Menschen aufnahmefähiger zu machen für ihre eigenen Erkenntnisse.

Die ist »keine Kapitulation vor der Arbeit!« Kunst ist ihrem Wesen nach dekadent und exzentrisch in ihrem Verlangen, aus dem Innersten über sich hinaus nach außen zu treten. Diese Ausdrucksarbeit hat nichts gemein mit dem Egoismus des Bourgeois. Der Künstlerberuf ist kein »gutbürgerlicher« Beruf, und Künstler sind in ihrer Arbeit nicht bürgerlich. Diese nichtbürgerlichen Bürger einer Gesellschaft leisten ihren besten Dienst an der Gemeinschaft, indem sie durch ihr anarchisches Anderssein heftig bewegend sind. Sie können die Belieblichkeit in der Gemeinsamkeit der Masse zerstören. So schaffen sie durch die Auseinandersetzung mit ihrem Anderssein Bemühen um wirkliches Verständnis voneinander.

Kontroversen um Kunst und Parteilichkeit

Der Autor bleibt nicht unbehelligt, beeinflusst er zielbewusst die Mächte der politischen Wirklichkeit: Staat und Öffentlichkeit, Wirtschaft und Regierung, Länder und Leute. Nicht nur soziologische Theorien werden von seinen Worten betroffen, sondern lebendige Personen, den Macht zu repräsentieren verstattet ist. Das Wort geht von Mensch zu Mensch und ist unverhohlen persönlich gemeint. Die

Persönlichkeit der Mächtigen ist nicht ihr Privatleben, vielmehr ist das Privatleben bedingt von Position, Meinung und Funktion.

Wenn der Mächtige, um seine Macht zu erhalten, sich nicht vom Veränderungswunsch eines Dichters überzeugen lassen darf, seinem Gewissen nicht nachgeben, das durch seine Worte peinliche Schmerzen leidet, wird ihm bewusst: Er hängt mehr an seiner offiziell verstatteten Macht als an seinem Gewissen. Eine persönlichkeitsvernichtende Lage.

Der Dichter verteidigt seine eigene Persönlichkeit, indem er seine Kunst verteidigt mit seinem Leben, um beide Dinge konsequent zu vertreten. Es ist das Behaupten von Persönlichkeit, das der Mächtige ihm neidet. Aus durchaus persönlichen Gründen wird er danach trachten, sich neidisch zu rächen – an dem ganzen schreibenden Menschen, an dessen Leben. Dies tut er auf aggressive oder ignorierende Weise.

Es ist hier nicht nur der modellhafte böse König gemeint. Auch Gruppen, auch Klassen der Macht verhalten sich auf diese Weise.

Das Leben eines Künstlers wird auf heftigste zerrissen, wenn er diesen Mächten ausgeliefert ist und er durch sein Wirken in Lebensgefahr gerät. Wie etwa Dostojewski oder Hölderlin wird er wissen, dass die Entscheidung, unverwandt weiter zu arbeiten, das Leben der Persönlichkeit – also das Leben der Person – bedroht. Dies ist der Hintergrund des Schreibens im Exil.

Umso erstaunlicher ist es, wenn in gewissen Linien der Kulturpublizistik Kunst und Staatlichkeit als eine selbstverständliche Einheit zusammengeschrieben werden.

Die Hauptlinie der BRD-Literaturkritik hielt A. S. zu deren Lebzeiten in Werk und Person für identisch mit dem Gesamtbild der DDR. Auch in jenen Jahren, als diese von der BRD noch offiziell als »Ost-Zone« bezeichnet wurde: Weder als eine Republik und als demokratisch noch als »deutsch«. Darum galt A. S., als gesinnungstechnisch identisch mit der »Zone«, auch nicht als deutsche Schriftstellerin, sondern als »Schriftstellerin der Zone«.

Diese Zusammenschreibung wäre lediglich lachhaft, hätte sie nicht auch die normative Konnotation »Unrechtsstaat«, d. h.: dem Demokratieverständnis des »Rechtsstaats« BRD nicht entsprechend. Und innerhalb eines Unrechtsstaats könne auch nur Unrechtmäßiges bestehen. Alle individuellen Leistungen, vor allem in der Kulturszene, galten als Triebe einer »Unrechtskultur«.

Wie konnte der eigenwillige Charakter von Künstlern, gerade jener im Faschismus verfolgten, ausgeblendet werden? Dass nicht unterschieden wurde zwischen Künstlern, die sich vom Nazismus kompromittieren ließen und solchen, die für ihre Eigenwilligkeit in Lebensgefahr lebten, deutet auf ein gefährliches Selbstverständnis hin: das Selbstverständnis, dass ein Künstler stets die Haltung des Staates verrete, in dem er lebt (dass er »des' Lied singe, des' Brot er esse«.) Wie konnte der sensible Bereich übersehen werden, in dem ein Künstler seine Kritik an der Staatsführung mit dem Arbeitsauftrag für sein Volk verbindet? Logisch ist, dass dies nur übersehen werden kann, wenn es nicht auffällt. Fiel es niemandem der Kulturpublizisten der BRD auf, so muss nahe gelegt werden, dass sie selbst es waren, die unter Künstlern die Vertreter der Meinung der Herrschenden verstanden.

»Die gleichgeschalteten Künstler haben sich freiwillig von ihrem Jugendwerk abgekehrt. Ob sie gern glaubten, was ihnen nützlich war oder ob sie darunter litten – sie haben selbst bald gemerkt, dass ihr eigenes Talent sich wehrte. Ihr Werk wurde schwach und fadenscheinig, weil es Lob von den falschen Herren bekam. Die eigene Schöpferkraft sträubte sich, auf die Lüge einzugehen, die sie auf sich genommen hatten, um nicht glanzlos zu verschwinden.«

Anna Seghers: Inneres und äußeres Reich, in: Freies Deutschland, Mexico 1942.

In der Kritik der BRD-Medien ist die vordergründige Position Marcel Reich-Ranickis zu nennen. Er liebt die formalen Qualitäten des Seghers-Werks. Er hasst die Kommunistin A. S. Der Kern seines Urteils ist keine Geschmackssache. Die kommunistische Position ist von dem Werk, formal wie semantisch, nicht zu trennen, ist das bedingende Element. Das Unvermögen Reich-Ranickis, diese Bedingtheit weder zu verstehen noch zu fühlen – was in unserem Metier noch wichtiger ist –, lässt an seiner Kompetenz unter gewissen Bedingungen zweifeln.

Reich-Ranicki glaubte an einen Konflikt zwischen A. S.' politischen Anschauungen und ihrem künstlerischen Gewissen, da er sie für eine sensible Prosadichterin hielt. Die selektive Wahrnehmung, die, unpolitische Kunst predigend, selbst unbemerkt einer politischen Position zuarbeitet, zeigt die Interpretation des Romans *Das Siebte Kreuz*: »Freilich verdankt dieses Buch seine Wirkung auch außerkünstlerischen Umständen. Wie es nach 1945 dazu beigetragen hat, eine Generation zu erziehen, kann es heute eine ähnliche Aufgabe erfüllen. Denn solange es auf deutschem Boden einen totalitären Staat gibt, sollte man sich hüten, die Geschichte der Flucht des Georg Heisler als historischen Roman zu lesen.«³

3 Die Zeit, Hamburg, Nr. 40/1963; vgl. auch: Marcel Reich-Ranicki: *Lauter Verrisse*, Frankfurt a. M./Wien 1977.

Reich-Ranicki hat eine wichtige Äußerung getan. Sie lässt tief blicken. Sein Dichtung liebendes Gewissen lässt nicht zu, ein solches Buch herabzuwürdigen. Er kann sich dem Werk aber nicht hingeben, um es schrankenlos wirken zu lassen. Denn dann wird jedem noch so ungebildeten Leser verständlich, dass der gejagte Protagonist deswegen verfolgt ist, weil er ein kommunistischer Widerstandskämpfer ist. Diejenigen, die ihm helfen, setzen sich mit der kommunistischen Ideenwelt auseinander: Das ist hochgeistige Größe des Konflikts: Indem Georg Heisler geholfen wird, wird die große Erlöschungshoffnung genährt, das leere Kreuz ohne Ermordeten, die Möglichkeit der Errettung der Menschlichkeit, der Kommunismus. Spürbar gewinnt diese Hoffnung Kraft, wann immer eine gute Tat am exemplarischen Georg Heisler gelingt, es ist die Konkretisierung vom Sinn des Kommunismus, dem Menschen seine Achtbarkeit zu verwirklichen.

Dieses Werk richtet sich nicht pauschal gegen das Totalitäre, sondern gegen den Faschismus und Antikommunismus und ihre Voraussetzungen. Auch gegen die Paarung der imperialistischen Machtlogik mit rechts-konservativen Wertvorstellungen.

Rechts-konservativen, mitunter als »liberal« benannten Werten sieht sich Reich-Ranicki verpflichtet. Vielleicht ist er sich in seiner Bewertung nicht völlig bewusst, wie diese weltanschaulichen Leitlinien ihn behindern. Dies ist genau die fatale Wirkung der Politik auf die Kultur, vor der Reich-Ranicki warnt.

Seine Schlüsse sind reflexartig. In dem Umgang mit politischen Auffassungen in der Literatur fehlt ihm der nötige Ernst.

Was ist Ernst?

Ernst ist, was aus dem Herzen kommt, wovon unser Verstand abhängt. Was wir als Gewissheit erhalten, im Gewissen, und vor allem anderen fühlen und nicht erst ersinnen.

Ernst hat weniger mit Freudlosigkeit zu tun als mit dem Seinem-Herzen-Anbefohlen-Sein. Dies ist Reich-Ranicki nicht, wenn er die

Schönheit der Sprache von A. S. als Äußerlichkeit abtut, ohne dieser Sprache auf ihren Bedeutungsgrund zu folgen, der ihre Schönheit erst entstehen lässt. Er widerstrebt der Sympathie seines Herzens, sich in die Worte hineinzufühlen, um sie *erst dann* zu interpretieren, wenn er die Geschichte mitgeföhlt hat.

Die Möglichkeit zu scheitern

Geschieht eine Tat, eine künstlerische oder pragmatische, im scharfen Widerstand zu den herrschenden Verhältnissen, in Opposition zu der Klasse der Macht oder der Macht der Gewohnheit, so ist die Möglichkeit zu scheitern allgegenwärtig. Keiner Vorstellung kann sich die neue Aussicht eröffnen, bevor der Schritt gemacht ist in die neue Wirklichkeit.

Für A. S. war die Rückkehr aus dem Exil nach Deutschland etwas völlig Neues, das ihr nicht einmal aus der Lese-Erfahrung vertraut war. Der Weg aus dem Exil in die gewandelte Heimat gleicht einem noch nicht angelegten Weg, den noch keine Vorgänger ausgetreten haben. Um seinen Verlauf Schritt für Schritt zu finden, muss man sich an dem Ziel orientieren, zu dem der Weg führen soll. Es ist fern, eine Orientierung an Himmelsgestirnen – und Himmelsrichtungen. A. S. geht nach Osten.

Hier soll der Sozialismus aufgebaut werden, von diesem Staat soll niemals ein Krieg ausgehen. Das historisch nie Eingelöste soll geschehen, unverzüglich. Bei denselben Menschen, Bewohnern dieses Landes, die von der überwundenen Macht verschont geblieben waren.

Es ist eine Hoffnung mit der Wucht einer Drohung. Menschheitsträume sollen menschliche Wirklichkeit werden. Diese Aussicht birgt unvermutete Gegebenheiten.

Wie verhalten sich die Menschheitsträumer, wenn ihr Traum, kaum dass er den Boden der Wirklichkeit berührt hat, sich wieder zurückzieht in die Gestirne?

Wie schützte A. S. in der DDR ihre Utopie vor der unerfüllten Wirklichkeit?

Zu dieser Unerfülltheit gehört das Verhalten einer misstrauischen Staatsführung gegen die Personen der Öffentlichkeit, wie viele der überlebenden Künstler es waren, die kritisch, eigensinnig, unberechenbar waren. Auch wenn gerade sie die ideelle Konzeption der DDR trugen. In der Atmosphäre dieses Misstrauens wird die Utopie dennoch als greifbar erlebt. Obwohl auch hier Repressionen drohen, was den Überlebenden ausgerechnet aus den Tagen des Exils vertraut ist. Sie haben Vorstellungen von den Folgen politischer Abweichungen. Gleichwohl vergleichen sie die Straflager und Todesurteile Stalins nie mit dem Genozid des Hitlerfaschismus, als dessen siegreiche Gegner sie sich begreifen. Die Erfahrung ihres Lebens, für ihre Überzeugung so zu kämpfen wie um ihr Leben, nimmt sie für den Glauben ein, dass ihre Utopie in der DDR verwirklicht werden soll. Sie sind in der Bevölkerung sehr allein mit diesem Glauben und dieser Erfahrung.

Als Nachgeborener kann man nicht verstehen: Was war das für eine Atmosphäre unerklärlicher Bedrückung? Die DDR als materialistisch die Welt anschauender Staat gibt dem Betrachter Rätsel auf

»Der Krieg hat fast Schluss gemacht mit der ohnedies schmalen Möglichkeit der inneren Emigration. Er hat keine Zuflucht mehr erlaubt, keine Inselreiche; weil er nur eine Front kennt, weil er total ist. (...) Die Zwiespältigkeit, die jedes Leben gefährdet, das auf zwei Geleisen geführt wird, anstatt in einer unmissverständlichen Einheit, wird bei den Künstlern am klarsten. Ihr Leben ist ohnedies gespalten in ein gelebtes und gestaltetes, in ein inneres und ein äußeres Reich. ›Das größte Leid für den Menschen ist, wenn er nicht er selbst sein kann. Er ist desto tiefer verstrickt, je weniger er in dieser Lage das Bedürfnis empfindet, ›er selbst zu sein.« (...) Der Zwiespalt zwischen dem gelebten und dem gestalteten Leben gibt keinem der beiden Teile des Lebens eine Entschuldigung oder Rechtfertigung; lässt nur die Forderung stehen, dass er überwunden werden muss. ›Indessen, die neue Zeit wird auch eine neue Kunst gebären, die mit sich selbst in begeistertem Einklang steht. (Heine). Aus diesem Einklang kommt die Macht und die Anziehungskraft von Werken, bei denen man fühlt: Ihr Schöpfer ist zu der unangreifbaren, klaren Einheit von Sein und Denken gelangt.«
Ebenda.

wie ein unerforschtes, fernes Zeitalter – trotz ihrer kurzen Geschichte und obwohl ihre in unsere Epoche mündet. Finden die Zeugen nicht die richtigen Worte oder haben sie es gar vergessen? Nein, nur erhalten sie wenig Beachtung. So müssen die Gründe mindestens Verschleierung und Vorenthaltung sein, um sie nicht »Falschmeldungen« zu nennen.

Geheimnisvoller Kalter Krieg: Wie konnte sich diese Anspannung der ganzen Welt, deren Pointe die DDR wurde, entwickeln nach dem Besiegen eines Weltkriegs, da der neue Frieden alle Menschen zu neuen Überlegungen hätte zusammenführen müssen, in gründlicher Skepsis allen Führern gegenüber? Tatsache ist, dass in der westlichen Welt, jenseits der Elbe, nach wie vor Gesetze eingesetzt wurden, die dem Profit die Priorität zuschrieben vor humanistischen Zielen. Es gibt viele Länder auf der anderen Seite der Welt, die den Weg zu humanistischen Zielen zu ebnen versuchen, während sie noch immer an der Wirklichkeit scheitern. Dies ist der Konfliktstoff der Dichter in der DDR.

Das Thema des sich realisierenden Sozialismus brauchte niemand einer überlebenden Kommunistin wie A. S. zu verordnen. Das Thema war A. S. ein brennendes Anliegen. Welche Thematik könnte weiter und entfesselter sein als die Verwirklichung der Utopien: Traum und Wirklichkeit, Wunsch und Fähigkeit, fernes Ziel und nahe liegendes Handeln?

»Welche Bücher halfen uns in den vergangenen Jahrzehnten bis zum Krieg, über den Krieg und nach dem Krieg?« (A. S.)⁴

Es genügt dieser Literatur nicht, den Leser mit der Unzulänglichkeit der alten Verhältnisse zu konfrontieren. So entstünde nur der erste Schritt zur Verbesserung: Sensibilisierung, Kritik und Streben nach Beseitigung des Ungerechten. An diesen Punkt wagen sich die allermeisten Texte der Literatur ohnehin. Der Leser aber muss sich nun mit den Trümmern zurechtfinden, dafür muss er in der Lage sein, etwas Besseres als das Vorige als Alternative zu erdenken. Es ist ein Trugschluss, dass jenes Nachdenken zwangsläufig in dieser Situation erfolgt. Denn der Mensch benötigt neue Baupläne, den Entwurf einer *Gegenwelt*. Andernfalls kann er nur mit den bekannten Ideen fortfahren, so dass er vor der Alternative steht: Das Alte wiedererrichten, oder ganz ohne (geistige) Welt sein, zutiefst verzweifelt oder wahnsinnig werden.

Diejenigen Leser, die in der Lage sind, eine Gegenwelt zu entwerfen, tun dies schon während des Lesens, indem sie die Entfaltung des Konflikts hinterfragen; sie waren schon vor dem Lesen tätig. Solche Leser werden mitarbeiten, wenn ein Autor ihnen seine Überzeugung mitteilt. Sie stimmen mit ihr überein oder nicht – in jedem Fall schärft sich ihr Geist an dem vorgestellten Modell mehr als an einer bloßen Kritik und sie würden einen Text, der seine eigenen Meinungsansätze nicht zu Ende führt, für inkonsequent halten.

»Und einige Bücher, sie sind gewiss selten, waren alles zugleich: Sie wagten sich zu mir in die Dunkelheit und sie waren der Schlüssel, der mir die Tür aufmachte für eine neue, bessere Wirklichkeit.« (A. S.)⁵

Es wird eine bessere Welt gezeigt. A. S. hatte ihre Überzeugung als gestaltende Haltung und Antwort, und wie sie sie hatte und weil

4 Anna Seghers: Die Aufgaben des Schriftstellers heute – Offene Fragen, 1966, in: Dieselbe: Glauben an Irdisches, Essays aus vier Jahrzehnten. Hg. Christa Wolf, Verlag Philipp Reclam jun. Leipzig 1974.

5 Ebenda.

ein Schriftsteller verpflichtet ist, in seiner Arbeit zu äußern, was er denkt, musste A. S. wie stets ihre Haltung ausdrücken.

Exemplarisch ist, dass die Utopie der DDR eben nicht von der beschworenen Klasse der Arbeiter und Bauern getragen wurde, sondern fast allein von der Kulturszene des Staates. Es gibt hier die Spannung zwischen dem *Denkbaren* und dem *Getanen*.

In der Aufspaltung zeigt sich ein Scheitern. Was scheitert? Das Getane oder das Denkbare, die Hoffnung? Die Kunst verlangt nicht mehr und nicht weniger von sich, als zu hoffen. Ihr Scheitern ist Verstummen, nicht mehr auf Folgen zu drängen, nicht weiter nach der Einsichtsfähigkeit des Menschen zu suchen. Dadurch wägen sie die Gewichte der Realität anders: Ein Grund zu hoffen wiegt Myriaden von Möglichkeiten des Scheiterns auf.

Unverständlich, warum dieser Aufrichtigkeit von Führungsseite so enge Grenzen gesetzt werden: Jede Aufbruchstimmung wird miss-trauisch niedergeschlagen.

1953 ergibt sich mit dem Machtwechsel in der SU eine solche Aufbruchstimmung. Doch die Kommunikation mit dem Volk ist gestört. Am 17. Juni streiken die Berliner Bauarbeiter für DDR-interne Verbesserungsnotwendigkeiten. Es ist nicht die Absage an Sozialismus, eher das Gegenteil: Er sollte seine Prinzipien der Demokratie und des Vorrangs des Rechts des Individuums einhalten. Dies versteht die Führung der SU, die die »Feinde des Sozialismus« mit Panzern angreift, auf dieselbe Weise falsch wie die Westmächte, die über die »Feinde der Diktatur« und die blutige Eskalation frohlocken, da sie darin eine Bestätigung ihrer eigenen Demokratieauffassung sehen wollen. Wobei trotz der Grausamkeit der sowjetischen Intervention die Reaktion des Westens die perversere ist: Die Krise befasst einen sozial-philosophisch hochkomplexen Zusammenhang, dessen Anliegen nichts weniger ist, als die Ordnung des Kapitalismus zu bestätigen. Denn die stalinistische Auffassung des Sozialismus wurde von den Westmächten unreflektiert übernommen. Sie stellten sie wie die Linientreuen des Stalinismus gegen die Menschen der Volksrepubliken. Die Medien der BRD entsetzten sich über die Grausamkeiten, ohne den Einblick, dass die Aggression, die von ihrer eigenen Staatsführung ausging, ein nicht unmaßgeblicher Auslöser dieser Grausamkeiten war. Falls dies etwa doch bewusst gewesen sein sollte, ist die Vorgabe von Betroffenheit eine noch entsetzlichere Perversion. In diesem Zusammenhang muss der Appell der Künstler um Vertrauen zur eigenen Bevölkerung sehr ernst genommen werden. Das Misstrauen der Führungsebene gegenüber ihrem Volk, ihren Mitmenschen und der Hoffnung Sozialismus selbst hinderte die Verwirklichung der Utopie. Eine traurige Fortsetzung erhält dieses Verhalten im Zusammenhang mit dem Prager Frühling 1968 und, zuvor, dem Ungarnaufstand 1956.

Kurz nach dem XX. Parteitag der KPdSU euphorisiert die Atmosphäre der Entstalinisierung die Studenten. Der Intellektuellenkreis des Petöfi-Klubs um Imre Nagy löst den Aufstand aus. Von der von Schwindel ergriffenen und sturzängstlichen Sowjetführung als Stellungnahme gegen den Sozialismus ausgelegt, trotz der kommunistischen Gesinnung der Gruppe. Die militärische Intervention der Sowjetunion versetzt die Volksrepubliken in Angst. Vor allem die

»Nur im Konflikt kann der einzeln dargestellte Mensch seinen Charakter enthüllen (...) Im Konflikt zeigt es sich, für was er sich entscheidet, und warum er es tut (...) So wie zur Revolution verschiedene Menschen aus den verschiedensten Gründen kommen und erst im Kampfe lernen, was Revolution bedeutet, lernen viele erst bei der Arbeit, was unser Aufbau bedeutet. (...) Einer von ihnen sagte mir: »Eure Bücher helfen uns nicht genug. Hättet ihr darin dargestellt, was ihr als selbstverständlich voraussetzt, dann würden viele verstehen, wie es zu unserer Veränderung kam.«
Anna Seghers: *Aufgaben der Kunst*, in: *Freies Deutschland, Mexico 1943*.

DDR, zumal der Bonner Außenminister von Brentano erklärt, dass solche Unruhen in der DDR die NATO zum Eingreifen bewegen könnten. Die Kriegsgefahr wie zuvor die angestaute Stimmung erzeugen in der Intellektuellenszene der DDR intensive Diskussionen. Vor allem im Aufbau-Verlag, geleitet von Walter Janka. Ihn bittet A. S., die sich sonst abwartend verhielt, dringend um Hilfe für Georg Lukács. Jener sitzt in Budapest fest, sein lebensgefährliches Verhängnis ist, dass Imre Nagy ihn sich als Kulturminister wünscht. A. S. bittet Janka als ihren und Lukács' Verleger, einen Plan auszuführen, den sie schon mit dem Minister Johannes R. Becher gefasst hatte: Janka sollte Lukács mit dem Auto abholen. Doch als Walter Ulbricht von dem Plan in Kenntnis gesetzt wird, verbietet er die Reise.

Dies ist der Hintergrund des Schauprozesses, der Monate später um Wolfgang Harich, den Philosophen, geführt wird. Janka wird verhaftet und des Staatsverrats angeklagt. Ebenso wie die Führung Ungarns und der SU die ungarischen Intellektuellen anklagt, die Werte des Sozialismus verraten zu haben, wird der Harich-Gruppe vorgeworfen, sie hätten gegen alle Werte und Moral des Staates, gegen den Sozialismus und den Frieden gehandelt, indem ihnen eine Parallelität zu den ungarischen Intellektuellen ausgelegt wird.

Als Zeugen darf Janka weder Becher aufrufen noch A. S.: Becher ist Minister in der Regierung. Anna Seghers wird nicht zugelassen aufgrund ihrer Auszeichnung mit dem Nationalpreis und dem Stalin-Friedenspreis, die sie für die Regierung zu einer Ikone wider Willen machen. Die Regierung, die sie ausgezeichnet hatte für ihre Handlungen, behindert jetzt ihre Handlungsfähigkeit. Sie ist nur als Zuschauerin im Prozess zugelassen. Hierhin trifft die zentrale Anklage Walter Jankas. Ein so ungeheuerlicher Vorwurf, dass er nicht nur seine Beziehung zu ihr für immer belastete: »Anna Seghers sah betroffen zu Boden. Sie schwieg, als Lukács verleumdet und falsch beschuldigt wurde. Sie erhob sich nicht, um ihren Protest in den Saal zu rufen, zu fordern, dass sie gehört wird. Nein, sie schwieg. Und sie schwieg auch nach dem Prozess.«⁶

Aufgrund dieser Anschuldigung, die über die Lippen des Schauspielers Ulrich Mühe in einem Heuschreckenschwarm von Wiederholungen über die ganze zerbrechende Republik verbreitet wurde, brach eine ganze Generation Deutscher mit ihrer A. S. Dies konnte vor allem geschehen, weil diese Leser sie, die sich privat so reserviert verhielt und allein über ihr Werk wirkte, mit vollkommener, reiner Anbetung bedachten – ohne sich im Klaren zu sein, dass sich kein Leben der Verletzlichkeit und Verzweiflung entziehen kann, gerade nicht das der Künstler. Dieser Bruch ist heute, obwohl die Vorwürfe Jankas zurückgewiesen wurden, noch immer bei vielen Seghers-Lesern zu registrieren.

Jankas zentraler Vorwurf an Seghers und Becher ist, dass er ihnen ihre Wehrlosigkeit nicht glaubt: »Sie haben ihre Stimme gegen die Justizverbrechen in der Nazizeit erhoben. Das war verdienstvoll. Doch wo steht geschrieben, dass sie nicht ihre Stimme erheben müssen, wenn unsere Justiz missbraucht wird,« donnert er in seinem Essay.⁷

Es ist anlässlich der Ereignisse in Ungarn hastig nach Strohpuppen für einen Schauprozess gesucht worden. Ein solches Strohpuppen-

6 Aus: Walter Janka: Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH Reinbeck bei Hamburg, Oktober 1989. Hg. Ingke Brodersen, Feimut Duve und Walter Janka: Spuren eines Lebens, Rowohlt Berlin, April 1991.

7 Ebenda.

wählen für Schauprozesse, die auch blutig enden, ist eine altbewährte Taktik gegen eigenwillige Intellektuelle in allen bisherigen Gesellschaften.

Doch aus welchem Grund bediente sich die Ulbricht-Regierung solcher Methoden der Einschüchterung? Es ist eine leider gängige Taktik. Auch wenn Janka behauptet, dass »sie die namhafteste Frau war, die es sich leisten konnte, ihre Stimme der Wahrheit zu leihen. Ein wenig Mut hätte ihrem Ruf nicht geschadet und ihre Position nicht gefährdet. Selbst Ulbricht hätte es nicht gewagt, sie verhaften oder auch nur belästigen zu lassen.«⁸

Nicht nur Ulbricht, besser gesagt die Staatssicherheit, sondern auch nach wie vor die US-Geheimdienste wagten es allerdings, sie zu überwachen. Zudem blieb A. S. nicht stumm. Sie versuchte mehr als einmal, Walter Ulbricht persönlich im Gespräch von diesem Urteil und der Verheerung aller Kultur durch solche Justiz abzubringen. Bezüglich dessen sagt ihre Tochter Ruth Radványi: »Meine Mutter hat ihr Bestes versucht, zu Ulbricht durchzukommen ... Sie hat sich gekümmert. Sie hat ihre Leute verteidigt.«⁹

Auch Friedrich Wolff behauptet, dass Jankas Berichte zwar inhaltlich weitgehend richtig sind, jedoch nicht in Bezug auf Anna Seghers. Friedrich Wolff ist der Anwalt, der für Walter Janka in seinem Prozess um 1957 die Pflichtverteidigung übernahm: Die 50er Jahre seien eine Zeit, in die man sich vom Heute aus schwer hineindenken könne. Die Kriegsprägung der Menschen sei ein Grund, und, dass das Leben nicht nur materiell, sondern auch ideell einen höheren Härtegrad besessen habe: »Was der Staat glaubte, von Menschen verlangen zu können, war ganz anders als heute.«¹⁰ Er meine die Opferbereitschaft für das Gesamtwerk des Staates, auch sogar, wenn dieser sozialistisch ist und keine Menschenopfer zu verlangen hat.

Bei Ulbricht war der Aufbau des Sozialismus identisch mit der führenden Rolle der Partei. So wurde die SED zu einer Kader- statt zu einer Massenpartei. Doch in den gegebenen Bedingungen sei kein Raum gewesen für experimentelle, basisdemokratische Versuche des Sozialismus, der von Beginn an ein solcher gewesen wäre: Wenn es nicht diesen »Zwang zum Sozialismus« gegeben hätte durch die Diktatur, hätte die Bevölkerung dies dann auch allein, also feinfühlicher, lebendiger, geschmeidiger ausgeführt, und wäre sie klug genug gewesen, sich nicht zu zerstreiten?

Janka sei »von außen nicht zu helfen« gewesen, »schon gar nicht durch Protestrufe«. Er habe auch nie geschmeidige Politik gemacht, sei niemals über »goldene Brücken« gegangen. Er habe sich allerdings auch nie die Illusion gemacht, auf irgendeine Weise nach einer solchen Anklage weiter der Leiter des Aufbau-Verlags bleiben zu können. Janka sei »widerborstig, stur, starr, unbeugsam« gewesen und hätte sich im Prozess auf keine der Behauptungen eingelassen. Er habe nur behauptet, daß er sich nichts gegen die DDR oder den Sozialismus habe zuschulden kommen lassen, erinnert sich Friedrich Wolff.

Das Schicksal Jankas ist das des traurig-kühnen Helden der Sage, der vom eignen Lager verraten wird. Daran muss er zerbrechen, wenn ihm keine Satisfaktion widerfährt. Dieses bohrende Verlangen nach Genugtuung macht ihn kleinlich: A. S. fürchtet nicht, wie Janka

8 Ebenda.

9 Neues Deutschland, 12./13. Juli 2003, S. 10.

10 Friedrich Wolff im Gespräch mit der Autorin.

»Wenn er sie aber durchführt, seine Arbeit, dann ist der Schriftsteller auf besondere Weise allein, allein mit seiner Aufgabe und seinen Fähigkeiten. (...) Ja, der Schriftsteller ist gesellschaftlich abhängig wie jeder arbeitende Mensch. Und zugleich, wenn er schließlich die Folge zieht und schreibt, hat er eine Verantwortung, die ihm keiner abnehmen kann. (...) Sie ist groß, aber auch folgenschwer und deshalb schön. Sie heißt: Wirkung auf Menschen.«
Ebenda.

»Wir fühlten alle, wie tief und furchtbar die äußeren Mächte in den Menschen hineingreifen können bis in sein Innerstes, aber wir fühlten auch, dass es im Innersten etwas gab, was unangreifbar war und unverletzbar.«
Anna Seghers: Das siebte Kreuz.

unterstellt, um ihre Position. Seine plumpe Erwartung, sie möge nur durch die Macht ihrer Rede das Unrecht von ihm wenden, entspricht einer mythischen Stilisierung, einer Vergötterung dieser Künstlerin, die er nicht aufrechterhalten kann. So muss sie für ihn tief stürzen. Er begreift nicht, dass ein solcher theatralischer Ausruf nichts bewirkt hätte an einem Prozess, dessen Urteil von vornherein feststand, der abließ wie nach der festgelegten Regie eines Theaterstücks.

A. S.' Position ist auch nicht so gesichert, wie Janka in seiner verzweifelten Lage annimmt. Alle Intellektuellen sind ihren Regierungen entbehrlich. Zumal konnte es ihr nicht um ihre Position gehen: Das, was eine Position ausmacht, ist der Einfluss, den sie ausübt auf ihren Bedingungs-zusammenhang. Und hier gibt es, wie dieser Prozess mit Nachdruck verdeutlicht, nicht viel zu verlieren: Mit ihrem Ruf als Nationalpreisträgerin, der von den Verleihern missbraucht wurde, hatte sie keinen selbst bestimmten Einfluss. Diesen hatte sie nur auf ihre Leser.

A. S. mag Hilflosigkeit empfunden haben angesichts Jankas Konflikt. Dem wollte sie nicht mit der Überheblichkeit begegnen, die ja den Tröstenden immer ungewollt eigen ist. Denn sie beschäftigte sich intensiv mit Konflikten wie dem Jankas. Es mag darum einer der Gründe gewesen sein, warum sie die fragmentarische Erzählung *Der gerechte Richter* nicht veröffentlichte – aber schrieb. Es war eine künstlerische Entscheidung der Sensibilität: Sie wollte einen Menschen nicht mit dem generösen, ihr verstatteten Weitblick und ihrer Geduld behelligen, der so sehr an der konkreten, nahen Gegenwart litt.

Durch ihre zähe Hoffnung konnte sie Janka nicht mehr Geduld und Milde vermitteln. Die wäre einer Nichtachtung seines Leids gleichgekommen. Dass sie dies wusste, und auch wusste, dass Janka ihre Motive nicht begriff, und sie sich schweigend beherrschte, zeigt ihr Verständnis von Jankas Tragik.

Um ihre Lebensüberzeugung, ihre Lebensarbeit von der Scheinbarkeit des Sozialismus der DDR zu lösen, begibt A. S. sich auf die Position der Gleichnisse und Märchen. Sie arbeitete in größer gefassten Fabeln. Von der Zensur ihres Landes wurden diese Texte aber als uneingeschränkte Bestätigung ausgelegt. A. S. entzieht sich dem Verständnis, sie zieht sich sacht zurück, ohne Betonung, nach einem über fünfzigjährigen Kampf für ihre Überzeugung. Dass sie sich auf keine vehemente Weise gegen die bequeme Auslegung ihrer Texte in der DDR wehrt, ist begründbar dadurch, dass sich ihre Kritik auf nichts Prinzipielles richtet. Es ist die Realpolitik, die sich angegriffen fühlen sollte. Doch die Hoffnungsträger, die A. S. anspricht, sind die Bürger. Sie kann davon ausgehen, dass diese dank ihres zwischenzeitlich geschulten Lesens feiner lesen als die Zensurbeamten. So wird kein Text von ihr behindert oder verboten, es kommt auch nicht dazu, dass »das Papier nicht reicht«.

Das ständige über die Gegenwart Hinausweisen ihrer Prosa ist ein Appell an geistige Großzügigkeit. Die eigentliche Glorie ihrer Persönlichkeit besteht nicht in einer »Heiligkeit«, die ihr zuweilen heimlich zugesprochen wird und die ja wörtlich »Unverletzlichkeit« bedeutet. Dies taten ihre Bewunderer, die zur Wendezeit paralysiert der berüchtigten Lesung Ulrich Mühes lauschten, der für sie einen

Göttinentod inszenierte. Es ist ungerecht, einen Schriftsteller mit einer Hybris zu versehen, auf dass ihm alles zugetraut – und abverlangt – werden kann, nur keine menschliche Ungeschütztheit. Anna Seghers ist anders als die meisten Menschen, sie ist eine Dichterin, »die größte Dichterin des 20. Jahrhunderts«, wie Hans Mayer urteilte. Es muss konsternierenderweise angemahnt werden, dass sie dadurch nicht weniger menschlich ist, ein Mensch in Leid. Tatsächlich ist ihre Glorie, sich über ihr Einzelschicksal zu erheben: Sie verweist unablässig auf den großen Bogen: Ursprünge und Fernziele menschlichen Strebens, vor denen sich die Kleinlichkeit des Alltags relativierte.

Doch gerade diese Kleinlichkeit des Alltags war für die Nachgeborenen unerträglich. Sie konnten nicht mit Anna Seghers' jahrhundertüberspannendem Blickwinkel ihre Erlebnisse deuten:

Denn sie, die in der DDR geboren oder wenigstens lange aufgewachsen waren, hatten nie eine Zeit auf sich wirken lassen, in welcher der Sozialismus nicht Realität war. So sehen sie nicht, wie die Überlebenden, seinen bloßen Versuch als Erlösung an – sondern als einen Zustand, der seine Erlösungskraft erst noch freigeben muss. Ihre Urteile über die DDR sind härter, kompromissloser.

Dies ist die Fremdheit zwischen den DDR-Generationen.

Ihr Resultat ist eine breite Kommunikationsstörung, und die Parallelität zweier Kulturen: dort jugendliche Provokation im Bereich des Nahen, Präsenten und Gegenwärtigen; hier die Tradition der Revolution im Bereich des Weiten, Metaphysischen und Historischen.

Beide Seiten berufen sich auf eine revolutionäre Weltanschauung, auf das diesseits-gewandte, anthropozentristische Weltbild des Humanismus. Beide gehen davon aus, dass der Mensch der einzige Hoffnungsträger seiner selbst ist, um sich vor einem selbstverschuldeten Untergang zu retten. Nur glaubt die ältere Generation daran, dass er diese Hoffnung unter Umständen erfüllen könnte, während die jüngere in großen metaphysischen Zweifeln befangen ist.

Dieser Konflikt löste sich bis zur Wende nicht. Doch innerhalb derer kommt es kurzzeitig zu einem breiten Konsens der Generationen, jenes »Aber wir müssen es versuchen.« Der Konsens zerbricht, generationsunabhängig, an der Position, dass der Sozialismus nur in der hergebrachten diktatorischen Form möglich sei. Infolge des Konsens-Scheiterns wurde das Gegenteil seines Anliegens bewirkt: Anti-Kommunismus statt Kommunismus, Beharrung anstelle von Aufbruch, Herabwürdigung statt Motivation von gesellschaftsutopischem Denken.

Besonders die Faschismus-/Antifaschismus-Konnotation des gesellschaftsutopischen Denkens ist von Bedeutung: Dieser Abgrund des menschlichen Wesens weitet uns Nachgeborenen den Blick auf die grausame Apparatur, zu der ein Mensch verkommen kann: So können viele, sehr viele Menschen sein, wenn die Umstände es wollen. Das müssen wir wissen, wenn wir darüber nachdenken, welche Gesellschaft wir und die nächsten Menschen uns einrichten müssen, damit er nie mehr in solche Umstände geraten kann.

In unserer Geschichte, die eine Geschichte der Unterdrückung ist, finden sich in einer feinen Spur Gedanken und Ideen, wie helle Luftschächte in einem dunklen Gang. Manchmal gelingt es vielen Men-

»Meiner Meinung nach gehört die Perspektive zum richtigen Schreiben. Wenn ich sie sehe (...) aus dem schwersten Konflikt heraus, kann ich den Konflikt erst darstellen. (...) Seine Darstellung allein genügt nicht. Es gehört zu meinem Beruf, dass ich sowohl die Leute, die ich darstelle, wie die Leute, die mich lesen, nicht ratlos sitzen lasse. Eben waren sie noch froh, weil endlich jemand ihre Sorgen gefunden hat. Dann mache ich nur ein Schauspiel aus ihren Sorgen und renne weiter. (...) aber wenn jemand so klar sieht, wie er sehen muss, um einen ernststen Konflikt darstellen zu können, wird er auch Lichtpünktchen entdecken, auch die Keime vom Anderswerden.«
Anna Seghers: Die Aufgaben des Schriftstellers heute – Offene Fragen, Rede auf der I. Jahreskonferenz des Schriftstellerverbandes der DDR 1966, in: Dieselbe: Glauben an Irdisches, Essays aus vier Jahrzehnten, Hg. Christa Wolf, Leipzig 1974.

schen zusammen, diese Gedanken zu verfolgen und eine Ahnung zu bekommen, was sein könnte außerhalb dieses düsteren Gangs, in dem man sich ducken muss.

Das Scheitern des Kommunismus ist die größte Enttäuschung, seit dessen Wertbestand umkämpft wird: seit dem Beginn der europäischen Aufklärung.

Die Dichter der DDR haben den Versuch erlebt, einmal. Sie haben für ihn gearbeitet und werden von seinem Scheitern nicht korrigiert: Das, was dort scheiterte, stand unter ungünstigen Voraussetzungen und konnte nie zu sich selbst finden, nie zu dem Sozialismus werden, »der seines Namens wert ist«.

A. S. sah, als sie darüber hinweg sah, darüber hinaus. Sie, die bis an ihr Lebensende schrieb, ist nicht gebrochen worden und nicht von einer konträren Haltung bezwungen. Das Schicksal Dostojewskis und Hölderlins ist nicht ihres, auch nicht das Lessings und Heines. Sie zerbrach nicht an ihrem Vaterland. Ihre Wünsche sind lebendig und unerfüllt. Unruhig und erweckend drängen sie in unsere Zeit und unser Verlangen.

WIDERSPRUCH 48

Europa sozial

Die Zukunft des EU-Verfassungsvertrags ist nach der Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden ungewiss. Das ordoliberal Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das den Geist der europäischen Verfassung prägt, hat in Deutschland, so *Herbert Schui*, auch in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften seine Suggestivkraft. Die EU wird die wirtschaftlichen Ziele des Lissabon-Prozesses bis 2010 nie erreichen. *Klaus Dräger* hält deshalb die Alternative einer integrierten Nachhaltigkeitsstrategie für dringend notwendig; und *Markus Wissen* zeigt auf, wie die europäische Wettbewerbsstaatlichkeit die neoliberale Restrukturierung vorantreibt.

Aus der Gleichstellungsperspektive genügen die EU-Beschäftigungsziele nicht einer Geschlechterpolitik am Arbeitsmarkt, wie *Petra Beckmann* resümiert. Während *Stephanie Steinmetz* die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation im europäischen Vergleich unter die Lupe nimmt, plädiert *Natalie Imboden* hinsichtlich der Frauenlöhne für eine Doppelstrategie von Mindestlohn- und Lohngleichheitspolitik. Die prekarierte Arbeit immigrierter Frauen im postkolonialen Europa rückt *Encarnación Gutiérrez Rodríguez* ins Zentrum ihrer Analyse.

Tony Blairs Modernisierung des europäischen Sozialmodells wird nicht aus der Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaats führen. *Michael R. Krätke* und *André Brie* schlagen zur Verteidigung und Erneuerung des europäischen Sozialstaats differenzierte Gegenmodelle vor. *Gian Trepp* denkt über die Schweiz im europäischen Finanzraum, linke Finanzpolitik und Sozialkapitalismus nach.

Wenn auch seit dem Irak-Krieg 2003 Europa auf dem Feld der Aussenpolitik gespalten ist, so fördert die EU nach *Martin Beckmann* und *Hans-Jürgen Bieling* die Globalisierungsdynamik stärker denn je; konfliktreich etwa in der Agrarpolitik mit den Entwicklungsländern, wie *Susanne Schunter-Kleemann* ausführt. *Hannes Hofbauer* berichtet von den Gewinnern und Verlierern der expansiven EU-Osterweiterung: Kerneuropa und seine Peripherie.

Nach den von den Gewerkschaften ausgehandelten flankierenden Schutzmassnahmen gegen Sozialdumping und Lohndruck, so *Hans Baumann*, überwiegen beim Abkommen mit der EU zur erweiterten Personenfreizügigkeit die Vorteile. Hingegen war die Schengen/Dublin-Abstimmung in der Schweiz, so das Fazit von *Balthasar Glättli* und *Heiner Busch*, eine Niederlage für die Grundrechte. *Stefan Luzi* und *Josef Lang* beobachten eine fortschreitende Militarisierung der EU und sehen den Kleinstaat Schweiz sicherheitspolitisch am Scheideweg: militärischer Interventionismus oder Beitrag zur Zivilisierung internationaler Politik.

Im Diskussteil legt *Mascha Madörin* im Kontext der Debatte um das neue Wirtschaftsprogramm der SPS eine feministische Ökonomiekritik und eine wirtschaftspolitische Problemskizze vor. Historisch gesehen steht die SPS heute nach *Willi Eberle* und *Hans Schäppi* an einem Wendepunkt: Modernisierungspartei oder emanzipatorisches Projekt.

Eine Neuformierung der Linken hat *Christian Zeller* mit seiner Reformismuskritik und Politik gesellschaftlicher Aneignung im Blick. Aus feministischer Perspektive replizieren *Gertrud Ochsner* und *Annemarie Sancar* auf Peter Niggis Thesen zu Globalisierung und Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert. Und *Mohssen Massarati* geht historisch-kritisch auf die aktuelle Imperialismusedebatte ein.

Marginalien und Rezensionen schliessen das umfangreiche Heft 48 ab.

WIDERSPRUCH 48: Europa sozial

264 Seiten, Fr. 25.-, Euro 16.-,
im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich.
Tel./Fax 0041 (0)44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch,
www.widerspruch.ch

HELMUT BOCK

Nobels Friedenspreis für Bertha von Suttner

Das Aktuelle in der Geschichte

Im Herbst 1875 reiste eine junge Frau von Wien nach Paris, um sich als »sprachkundige Sekretärin« zu verdingen. Sie folgte der Zeitungsannonce eines »älteren Herrn«, der ihr nach wenigen Tagen anvertraute, eine ungeheure Absicht zu hegen: »Ich möchte einen Stoff, eine Maschine schaffen können, von so fürchterlicher, massenhaft verheerender Wirkung, dass dadurch Kriege überhaupt unmöglich würden!«¹

Schrecklicher war die Idee des Weltfriedens zuvor nie gedacht worden. Hier keimte das Projekt, den Krieg durch die ihm eigene zerstörerische Logik, die bewusste Überspannung seiner Vernichtungsgewalt, ad absurdum zu führen. Es war ein Plan, der sowohl von einem hochsinnigen »Doktor Faust« als auch von einem zynischen »Mephistopheles« verfolgt sein konnte. »[...] An dem Tag, da zwei Armeekorps sich gegenseitig in einer Sekunde werden vernichten können, werden wohl alle zivilisierten Nationen zurückschauern und ihre Truppen verabschieden.«²

Dieser Welt-Friedens-Täter, der den schlechthin verheerenden Bannstrahl erzeugen wollte, um die Staaten zum Frieden zu zwingen, war Alfred Nobel, der Erfinder des Dynamits. Die junge Frau: Gräfin Kinsky, alias Bertha von Suttner.

I

Wer solche Ideen erinnert, muss nach dem politischen Hintergrund, der Konfliktlage Europas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fragen. Die Entstehung und die Entwicklung bürgerlicher Nationalstaaten gearbete Rivalitäten, die sich in militärischen Auseinandersetzungen entluden. Seit dem Anfang des Krimkriegs, der Russland (das letzte Bollwerk des Feudalsystems) aus der Arena der führenden Großmächte warf, wurde die europäische Staatenwelt bereits fünfmal durch Regionalkriege mit schweren Blutopfern erschüttert: 1853/56, 1859, 1864, 1866, 1870/71. Der deutsch-französische Krieg, bei dem auf beiden Frontseiten mit Dynamit gekämpft wurde, brachte sogar eine besondere Zäsur der staatenpolitischen Verwicklungen hervor: Denn Bismarcks provokatorische Reichsgründung im Spiegelsaal zu Versailles und der darauf folgende Raubfrieden (1871) überspitzten den deutschen Triumph gegen die französische Nation. Die Annexion Elsass-Lothringens und die Kriegskontribution von fünf Milliarden verursachten den Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland: ein Menetekel des Kriegs aller bisherigen Kriege – eines europäischen Gesamtkonflikts, der (wie wir Heutigen wissen) am Ende zum Weltkrieg entartete.

Helmut Bock – Jg. 1928; Prof. em. Dr. phil. habil., Historiker, Mitglied der Leibniz-Sozietät. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Vom Elend historischer Selbstkritik, Heft 180 (Oktober 2005).

Nebenstehender Text war in gekürzter Form ein Vortrag auf der Internationalen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum 100. Jahrestag der Verleihung des Nobel-Friedenspreises an Bertha von Suttner, Prag, 9. September 2005. Zusammen mit Sigrid Bock hat der Verf. das historisch wichtigste Werk Suttners ediert: *Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte*, Berlin: Verlag der Nation 1990 (im Folgenden zitiert als Berliner Ausgabe, darin *zus. m. Sigrid Bock: Bertha von Suttner – Arbeiten für den Frieden*, S. 405-458). Weitere Publikationen des Autors zu Suttner: Pazifisti-

sche und marxistische Frühwarnungen vor dem ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1/1989, S. 35-49; Weltkrieg in Sicht. Pazifismus und Marxismus, in: Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden (Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, Heft 12, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.), Leipzig 2002, S. 38-55.

1 Bertha von Suttner: Lebenserinnerungen, hrsg. v. Fritz Böttger, 4. Aufl., Berlin/DDR 1972, S. 165; vgl. Dieselbe: Memoiren, hrsg. v. Lieselotte von Reinken (mit Geleitwort v. Ava Helen Pauling u. Linus Pauling), Bremen 1965, S. 92.

2 Lebenserinnerungen (Ausgabe Böttger), S. 302; Memoiren (Ausg. Reinken), S. 233.

Mit wachsender Sorge beobachteten Zeitgenossen, wie infolge des Siegeszuges der industriellen Revolution auch eine verhängnisvolle, noch heute andauernde Entwicklung begonnen hatte: die permanente Revolution der Waffentechnik und das darauf sich gründende Wettrüsten aller Großmächte. Der Rüstungswettkampf trieb riesige Armeen hervor, bestückt mit präzise funktionierenden Infanteriewaffen und weitreichender Artillerie, Magazingewehren und Sprenggranaten, Festungssystemen und Panzerschiffen. Und schon wurde die Konkurrenz verschärft von Erfindern, Industriellen, Militärtechnikern, die mit Torpedos gerüstete Unterwasserboote und Bomben werfende Flugmaschinen projektierten. Viele Jahrzehnte nach den Napoleonischen Kriegen war die fatale Alternativfrage »Krieg oder Frieden?« zum dauernden Alpdruck all derer geworden, die eine Menschenwelt der Gerechtigkeit, der Solidarität, des Völkerfriedens wünschten.

II

1889, etliche Jahre nach Suttners Begegnung mit Nobel in Paris, wurde ebendort der 100. Jahrestag der Großen Revolution der Franzosen begangen. Die bürgerliche Klasse, die seit Beginn ihrer Herrschaft viele Volksproteste und Arbeiterunruhen niedergeschlagen, die wiederholt Staaten und Völker mit Krieg überzogen hatte, trumpschte diesmal als Gastgeber auf. Sie lud zur größten Industrie- und Weltausstellung. Auf eben dem Marsfeld, wo die republikanischen Bittsteller von 1791 zusammengeschossen, wo die Blusenmänner des Juniaufstands von 1848 exekutiert und verscharrt worden waren, demonstrierte die Bourgeoisie der Dritten Republik ihre Macht nunmehr auf andere Weise: Dort ragte ein dreihundert Meter hoher, auf vier eisernen Stelzen balancierender Riese, den Ingenieur Alexandre Eiffel und seine proletarischen Helfer errichtet hatten. Selbst nach Jahrzehnten noch höchstes Bauwerk der Erde, war der gigantische Eiffelturm ein »Arc de Triomphe« des Eisenbau- und Maschinenzeitalters.

Tief unten, in seinem Schatten, nutzten die Vertreter auch anderer Länder das französische Centenarium. Sie hatten neueste Erfindungen und Fabrikate an das linke Ufer der Seine gebracht, um in glänzenden Exponaten ihre Modernität und Konkurrenzfähigkeit zur Schau zu stellen. Dies alles bezeugte die stürmische Entwicklung von industrieller Baukunst und Fabrikproduktion, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Wissenschaften und Technologie. Aber die Atmosphäre war trügerisch. Hinter den Festreden, Preisverleihungen und Champagnergüssen der betuchten Männer des Kapitals lauerten die feindlichen Konkurrenzen, die alten und immer noch aktuellen Konflikte. In die vordergründige Hochstimmung mischten sich unliebsame Warnungen. Der Eiffelturm zu Paris könnte ein zweiter Turmbau zu Babel sein.

Derart sensibilisierte Kritiker, zumal Rüstungs- und Kriegsgegner, wirkten merklich aktiv am Rande der Festivitäten. Humane Querdenker des Bürgertums, Liberale des Adels, vor allem Intellektuelle versammelten sich zum ersten Weltfriedenskongress, um die frühpazifistischen Rinnsale Europas und Nordamerikas in einem breiten Strombett zu vereinigen. Drei Wochen vor dem Gründungskongress der zweiten Arbeiter-Internationale konstituierte sich somit die mo-

derne bürgerliche Friedensbewegung.³ Ihre hauptsächliche Forderung hieß: Vermeidung von Kriegen durch interstaatliche Schiedsverträge, so dass Konflikte zwischen den Staaten durch völkerrechtliche Schlichtung und mit Hilfe unabhängiger Gerichtshöfe befriedet würden. Logische Folge sollte ein Einhalt der Rüstungen, wenn nicht sogar Abrüstung sein. Für die Propagierung der Zentralidee wurden organisatorische Maßnahmen beschlossen: Gründung nationaler Friedensgesellschaften, Aufbau eines internationalen Koordinierungsbüros, Veranstaltung periodischer Kongresse und Verbreitung wirksamer Friedensschriften.

Es waren die menschen- und völkerrechtlichen Ideale des Jahres 1789, die von den Friedensfreunden zum Maßstab internationaler Politik erhoben wurden: »Die Brüderlichkeit zwischen den Menschen bedingt die Brüderlichkeit zwischen den Völkern.« Gemäß dieser ethischen Prämisse erstrebte der Pazifismus eine den Frieden sichernde Rechtsordnung aller Staaten und Völker.

III

In die Geburtsstunde der modernen Friedensbewegung, die wirksamer Mittel bedurfte, um den Un-Geist des Militarismus und der Kriegsbereitschaft zu bekämpfen, trat unverhofft eine Unbekannte. Bertha von Suttner veröffentlichte genau im Jubiläumsjahr 1889 ein Buch, dessen Titel dem Pazifismus mit nur drei Worten den kürzesten und eindringlichsten Streitruuf verlieh: »Die Waffen nieder!«⁴

Man bedenke: Die Dinge dieses Jahrhunderts, ob gut oder schlecht, wurden von Männern gemacht. »Männer machen Geschichte!« Jetzt aber wagte eine Frau den geistigen Aufstand gegen die ureigene Sache der Männlichkeit, das militärische Staatsdenken rivalisierender Großmächte. Ihr galt der Krieg nicht als »wichtigster Faktor der Kulturentwicklung«, nicht als »Erwecker der schönsten menschlichen Tugenden«, nicht als »Vater aller Dinge«. Was die öffentlich herrschende Meinung als geheiligte Institution behandelte, was die Regierungen gegen pazifistische und weltbürgerliche »Vaterlandsverräter« unter Staatsschutz stellten, was die Kirchen mit Gebet und Glockenklang absegneten – eben das entlarvte diese Frau: als Völkermord, »von Staats wegen« erlaubtes und begangenes Verbrechen. Hier verblasste die Glorie der Heerführer und Schlachtengewinner, die rühmliche Erinnerung an Alexander, Cäsar und Napoleon, die Hochschätzung ihrer beflissenen Epigonen. Mit allen Mitteln der rationalen Argumentation und der emotionalen Aufwiegelung appellierte diese Frau an die Zeitgenossen, ihre Regierungen und Parlamente in die Pflicht zu nehmen: Abrüstung und Völkerfrieden zu verlangen.

Hier war Schreiben eine Tat. Was jedoch von den politischen Agitationen der Friedensgesellschaften verschieden war: Die Verfasserin hatte kein Pamphlet, auch kein Sachbuch, sondern einen Roman geschrieben: fiktive »Lebensgeschichte« ebenfalls einer Frau, die die meisten der genannten Militärkonflikte erfahren und erleiden musste – die vier Kriege von 1859, 1864, 1866 und 1870/71. Niemals zuvor war der Militarismus in Zentraleuropa mit den Mitteln literarischer Gestaltung so scharf angegriffen worden. Über alle Widerstände hinweg sollte dieser Roman zum Bestseller der Epoche, zum EPOCHENBUCH werden.

3 Alfred H. Fried: Handbuch der Friedensbewegung. Teil I: Grundlagen, Inhalt und Ziele der Friedensbewegung, 2. Aufl., Berlin – Leipzig 1911; Teil II: Geschichte, Umfang und Organisation der Friedensbewegung, 2. Aufl., Berlin – Leipzig 1913.

4 Suttner: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte, E. Pierson's Verlag in Dresden u. Leipzig 1889.

IV

Bertha von Suttner huldigte dem Fortschrittsglauben der Aufklärung: die Menschheitsgeschichte – eine aufsteigende Kulturentwicklung, beruhend auf den Entdeckungen der Wissenschaften und deren Nutzenanwendung. Sie sah eine Ratio in der Geschichte: die Vernunft der Humanität, die sich durch Gedanke und Tat bedeutender Menschen gegen alle Hindernisse durchsetzen werde.

Jedoch dieser Fortschrittsglaube wurde verdüstert durch schlimme Erfahrungen und Einsichten. Sie erkannte, dass »alle Errungenschaften des neuen Geistes« von Barbaren der modernen Gesellschaft ausgenutzt, »alle Fortschritte der Technik sogleich für Mord- und Vertilgungszwecke« missbraucht wurden. Im Klima der Staatsrivalitäten, der Wehrhaftmachung und Verhetzung der Völker sah sie ein Militärwesen und eine Waffentechnik wuchern, die bereits alles Bisherige übertrafen – bald aber mit geradezu sinnwidriger Zerstörungskraft gegen die Menschheit entfesselt würden. Es waren nicht mehr nur regionale Kriege – es war ein Krieg des ganzen Kontinents, der am politischen Horizont heraufdrohte. Suttner beschrieb ihn in warnenden Visionen: »[...] Jedes Dorf eine Brandstätte, jede Stadt ein Trümmerhaufen, jedes Feld ein Leichenfeld und noch immer tobt der Kampf: unter den Meereswellen schießen die Torpedoboote, um mächtige Dampfer in den Grund zu ziehen, in die Wolken steigen bewaffnete und bemannte Luftschiffe einer zweiten äronautischen Truppe entgegen [...].«⁵ Dies werde der herandrohende »nächste«, der »große«, der »letzte Krieg des zivilisierten Europa« sein. Käme er aber etliche Jahre später, so werde der Missbrauch von Wissenschaft und Technik zu noch viel schlimmeren, nämlich totalen Vernichtungsmitteln führen: zu weittragenden Schnellfeuergeschützen mit »500 Schuss in der Minute«, zu elektrischen Mordmaschinen, die »mit *einem* Schläge ein ganzes Heer vertilgen«, zu »Sprengstoffpillen, die, aus Wolkenhöhen herunterregend, in ein paar Minuten eine ganze Stadt zertrümmern«.⁶

Es war Nobels Primärwissen und unheilvolle Prognose, woraus diese Aufklärerin eine Folgerung zog, die uns noch heute bewegt. »Jener Punkt, wo alles, was ist, aufhören muss – der Punkt der Un-erträglichkeit – , von dem war die Waffenbelastung der Welt nicht mehr fern. Aller Reichtum, alle Volkskraft, alles *Leben* nur auf Ein Ziel – Vernichtung – hingelenkt: ein solches System muss endlich entweder die Menschheit oder sich selber vernichten.«⁷

Infolge dieser Erkenntnis schrieb Suttner »Die Waffen nieder!«, und die Wirksamkeit eben dieses Buches riss die Autorin auf Gedeih und Verderb in die Öffentlichkeit, in die Praxis der Friedensbewegung. Auf dem dritten Weltfriedenskongress in Rom (1891) sprach auf dem Kapitol, das traditionell nur Männern und den legendär altrömischen Gänsen vorbehalten war, eine Frau, die nach eigenen Worten »weiter keine Verdienste hatte, als ein aufrichtiges Buch geschrieben zu haben«⁸. Doch man wählte sie als Vizepräsidentin des Internationalen Friedensbüros, das in Bern die Aktivitäten vieler nationaler Organisationen abstimmte. Vom Sinn ihrer Arbeit hatte sie schon im »Epilog« ihres Romans geschrieben: Ein in Waffen starrender Frieden sei keine Wohltat – statt dessen sollte für Vereinigungen gewirkt werden, »deren Zweck es ist, [...] durch den gebie-

5 Jemand (d. i. Bertha von Suttner): Das Maschinenalter. Zukunftsvorlesungen über unsere Zeit, Zürich 1889, S. 277.

6 Ebenda, S. 275.

7 Ebenda, S. 274.

8 Suttner: Lebenserinnerungen, S. 255; Memoiren, S. 186.

terischen Druck des Volkswillens die Regierungen zu bewegen, ihre zukünftigen Streitigkeiten einem [...] internationalen Schiedsgericht zu übermitteln und so ein für allemal anstelle der rohen Gewalt *das Recht einzusetzen*«. ⁹

V

Suttners Friedensarbeit traf den Zentralnerv der rüstenden Staaten und ihrer Friedensideologien, besonders in Deutschland und Österreich. »Friedensbertha!« spotteten und kritisierten Politiker, Militärs, sogar Literaten. »[...] Jener Dame Ausführungen schädigen die Volksseele, denn sie untergraben das Pflichtbewusstsein, die Vaterlandsliebe und die heldenhafte Gesinnung.«¹⁰ Unter den Zurufen aber, die der Friedensstreiterin dankten und sie ermutigten: Alfred Nobel. In jeder Sprache der Welt müsse ihr Buch »Die Waffen nieder!« gelesen werden. Er wünschte, dass »der Zauber ihres Stils und die Größe ihrer Ideen sehr viel weiter tragen werden als [...] all die Werkzeuge der Hölle«.¹¹

Das war nicht wenig gesagt von einem Genie, mit dem der Sündenfall moderner Naturwissenschaft und Technologie begonnen hatte. Denn es gab einen abgründigen Riss in Nobels Leben und Schaffen. Er hatte dem Ringen des Menschen mit der Natur nützlich sein wollen: Dynamit sollte die Produktion in den Bergwerken, die Arbeiten im Straßen-, Kanal- und Eisenbahnbau erleichtern. Aber mit seiner Erfindung und zudem mit seinen eigenen Fabriken in Schweden und Krümmel bei Hamburg (1865) hatte er eine Entwicklung losgetreten, die weltweite Sprengstoffindustrien wie einen gleißenden Kometenschweif nach sich zog. Die unter Nobels Namen patentierte Dynamitproduktion stieg von 424 Tonnen im Jahre 1870 auf 66 500 Tonnen im Jahre 1896.¹² In unheilvoller Geschwindigkeit verwoh sich die gute Absicht, den primitiven Arbeitsbedingungen des Menschen abzuhelfen, mit der Herstellung menschenvernichtender Waffen. Nobel hatte inzwischen sogar das Ballistit (1887), ein rauchschwaches Pulver, erfunden, das bei Artilleriegefechten nur schwierig zu rekognoszieren war. Ob er es wollte oder nicht – er hatte sich selbst hineinbegeben in die Barbarei der Kriegsmittel- und Waffenproduktion, der kalkulierten Kriegsgefahren.

So beschaffen war die Welt, in der Nobel sein Genie entfaltete, seine Sprengstofffabriken produzieren ließ, seine Riesengewinne kassierte – und dennoch nicht glücklich war. In Gewissensnöten und peinlichen Selbstbefragungen tastete er nach der massenvernichtenden Materie, der ungeheuren Mord- und Friedensmaschine, die den Kriegen ein Ende gebieten sollte. Immerhin begegnete ihm das Glück eines ebenfalls schöpferischen Alter ego: Das war die Frau, die ihm 1875, noch jung und wenig welterfahren, das genannte Geständnis entlockt hatte – 1889 aber als gereifte Schriftstellerin entgegenkam. Bertha von Suttner antwortete auf Nobels Idee, den Krieg durch todbringende Abschreckung zu bannen, mit einer ganz und gar friedvollen Alternativkonzeption: Statt Frieden durch Androhung einer absolut vernichtenden Superwaffe – Frieden durch Recht!

Einig blieben sich beide in dem Ziel, den Krieg unmöglich zu machen. Nobel zahlte bedeutende Geldsummen für die Friedensarbeit.

9 Dieselbe: Die Waffen nieder!, Berliner Ausgabe, S. 391 f.

10 Felix Dahn, Verfasser des Buches »Ein Kampf um Rom« (1876), in: Die Waffen nieder! Monatsschrift zur Förderung der Friedensidee, Jg. 1896, S. 429.

11 Alfred Nobel an Suttner, Paris, 1. April 1890, zit. n. Suttner: Lebenserinnerungen, S. 219.

12 Horst Kant: Dynamit und Friedenspreise. Ambivalenz des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart, hrsg. v. Helmut Bock u. Marianne Thoms, Berlin/DDR 1989, S. 216; Derselbe: Alfred Nobel, 2., erg. Aufl., Leipzig 1986, S. 41 ff.

13 Suttner: Lebenserinnerungen, S. 302; Memoiren, S. 233.

14 Dieselbe: Lebenserinnerungen, S. 303. »Dreibund« nannte man das damalige Staatenbündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, das seiner Tendenz zufolge gegen Frankreich gerichtet war.

15 Ebenda.

Obwohl er in Suttner die Frau verehrte, ihre leidenschaftlichen Aktivitäten guthieß, blieb er aber ein Zweifler – oder richtiger: ein engagierter Skeptiker. Er sah die Ideen des Schiedsgerichts und der Abrüstung »nur langsam vorankommen«: »Meine Fabriken werden vielleicht dem Krieg noch früher ein Ende bereiten als Ihre Kongresse [...]«. ¹³ Am 7. Januar 1893 lautete sein Neujahrsgruß aus Paris: »Liebe Freundin! Möge das neue Jahr für Sie und für den edlen Feldzug, den Sie so kraftvoll gegen die Unwissenheit und menschliche Verwilderung führen, günstig sein.« Dabei machte er den Vorschlag für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa. Man müsste und könnte bald zu einem solchen Ergebnis kommen, »wenn alle Staaten sich verpflichten, sich geschlossen gegen den ersten Angreifer zu wenden«. »Dann werden die Kriege unmöglich werden. Und man erreichte, dass selbst der streitsüchtigste Staat sich an einen Schiedshof wenden oder sich ruhig verhalten muss. Wenn der Dreibund an Stelle von drei Staaten alle Staaten umfasste, wäre der Friede für Jahrhunderte gesichert.« ¹⁴

Nobel hatte also der Abschreckung durch die Gewalt der Waffen nicht abgeschworen. Dennoch trug er sich jetzt mit dem Gedanken, einen Friedenspreis zu stiften. An die Erwägung, den Preis »alle fünf Jahre« und im ganzen nur etwa »sechsmal« zu verteilen, knüpfte er eine sehr zweifelnde Vorausschau in das 20. Jahrhundert: »[...] Wenn es in dreißig Jahren nicht gelungen ist, das gegenwärtige System zu reformieren, wird man notgedrungen in die Barbarei zurückfallen.« ¹⁵

VI

Der organisierte Pazifismus und Suttner selbst wollten den Wandel des Staatensystems durch Reform, nicht Revolution erreichen. Es war eine zwangsläufige Logik, dass sie immerfort auf einsichtige Fürsten, Regierungen, Parlamentarier hofften, die mit Hilfe völkerrechtlicher Institutionen die Staatenbeziehungen befrieden sollten. Jedoch in Deutschland erzwang die herrschende Politik den stetig steigenden Militäretat, wodurch das weitere Wettrüsten provoziert wurde. Weil nun das halbfeudale Russland einer solchen Konkurrenz nicht gewachsen war, erließ der junge Zar Nikolaus II. ein »Friedensmanifest« (1898), das die Regierungen zu einer internationalen Konferenz rief.

Suttner hegte höchste Erwartungen, betrieb in Österreich und Deutschland eine Kampagne zugunsten der Zarenbotschaft und reiste selbst nach Den Haag, um die historische Wende zur Abrüstung nicht zu versäumen. Jedoch die wochenlangen Verhandlungen von 26 Regierungsvertretern (1899) scheiterten, insbesondere durch das destruktive Auftreten der deutschen Delegation, die jeden Rüstungsstopp ablehnte. Es gab nur Vereinbarungen über die Art und Weise, wie militärische Auseinandersetzungen zu führen seien – mit diplomatischer Heuchelei »Humanisierung des Krieges« genannt. »[...] Scheiße auf die ganzen Beschlüsse und verlasse mich lieber auf mein starkes Schwert!« lautet die Randglosse Kaiser Wilhelms II. in den Haager Papieren. ¹⁶ Auch die Engländer erhöhten noch während der Haager Verhandlungen ihren Militäretat und begannen sodann den Krieg gegen die Buren in Südafrika.

Mit desillusionierten Erfahrungen kehrte Suttner heim. Nicht genug, dass abermals Häme und Spott aufkamen – auch gegen sie per-

16 Zit. n. Fritz Böttger: Einleitung, in: Lebenserinnerungen, S. 9.

sönlich, wie aus den zeitgenössischen Journalen zu entnehmen ist. Habsburgs aggressive Balkanexperten und die Großdeutschen nördlich der Alpen entblödeten sich nicht, in der streitbaren Humanistin die Frau herabzuwürdigen: weil sie sich als »Friedensvettel«, »Friedensfurie« – als Angehörige eines unbefugten Geschlechts – in die Politik einmische.

VII

Im neuen Jahrhundert bildeten Frankreich und Großbritannien die »Entente cordiale«: die Gegenmacht zu den Mittelmächten des »Dreibundes« (1904). Die feindlichen Fronten des kommenden großen Kriegs wurden konstituiert. In dieser Situation wachsender Spannungen – Nobel war seit 1896 tot – wurde Suttner von seinem Vermächtnis eingeholt. Das skandinavische Nobel-Komitee verlieh ihr im Herbst 1905 den Friedenspreis.

Vor dem Storting in Christiania (heute Oslo) vertrat die Preisträgerin in ihrem Vortrag am 18. April 1906 die inzwischen erweiterten Programmpunkte des zeitgenössischen Pazifismus. »1. Schiedsgerichtsverträge«. »2. Eine Friedensunion« möglichst aller Staaten, die jeden Angriff eines Staats gegen einen anderen mit gemeinsamer Kraft zurückweisen sollten (Nobels Idee). »3. Eine Internationale Institution« zur Wahrung des Rechts zwischen den Völkern. Die Quintessenz der Reformabsichten hieß kurz und knapp: »Abschaffung der Notwendigkeit, zum Kriege Zuflucht zu nehmen.«¹⁷

Jedoch der kritische Blick, mit dem die Preisträgerin ihre Ideale am realen Weltzustand messen musste, bilanzierte ganz anderes als Verständigung und Frieden: Da war die Menschenschlächtereie des russisch-japanischen Kriegs und in dessen Folge die Revolution von 1905, die das Zarenreich erschütterte. In den Staaten Mittel- und Westeuropas gewährte sie Säbelgerassel, Pressehetze und Rüstungen überall: »Festungen werden gebaut, Unterseeboote fabriziert, ganze Strecken unterminiert, kriegstüchtige Luftschiffe probiert, mit einem Eifer, als wäre das demnächstige Losschlagen die sicherste und wichtigste Angelegenheit der Staaten.« Auf der gesamten Erde wusste sie von Bränden, Raub, Bomben, Hinrichtungen, Massaker – »einer Orgie des Dämons Gewalt«. Ihr Urteil über die moderne Staatenwelt war vernichtend: »Auf Verleugnung der Friedensmöglichkeit, auf Geringschätzung des Lebens, auf den Zwang zum Töten ist bisher die ganze militärisch organisierte Gesellschaftsordnung aufgebaut!«

Diese düstere Umschau muss heute, da wir von der baldigen Explosion des politischen Weltkraters wissen, als Spiegelung am Vorabend der Katastrophe erscheinen. Es fehlt eigentlich nur der Kassandraauf, der den Untergang einiger dieser wettrüstenden, zum Krieg treibenden Staaten voraussagte. In Suttners Rede hingegen war der Gedankengang anders entwickelt. Sie sprach zuerst von den moralischen Pflichten einer gesitteten Menschheit, dann über deren Verletzungen durch eine kriegerische Staatenpolitik, schließlich aber – in einem gemischten Finale von etwas mehr Dur als Moll – über die noch immer bestehenden Chancen des Pazifismus: »die Ära des gesicherten Rechtsfriedens« herbeizuführen, »in der die Zivilisation zu ungeahnter Blüte sich entfalten« werde.

17 Suttner: Vortrag vor dem Nobel-Comitee des Storting zu Christiania am 18. April 1906, zit. n. Memoiren, S. 515 ff.

Dieses Reformstreben war perspektivisch auf einen Völkerbund oder sogar auf Vereinte Nationen gerichtet. Es wollte die Lebensinteressen der Menschheit erfüllen. Die Rednerin zählte unter den Persönlichkeiten, auf die der Pazifismus bauen könnte, nicht nur hohe Repräsentanten der bürgerlichen Demokratie Britanniens, Frankreichs und der USA, sondern auch Jean Jaurès, den Sozialistenführer und Friedenskämpfer in Paris. Sie tat dies in Anknüpfung an ihr berühmtes Buch, worin sie den tätigen, aber mitgliederschwachen Friedensgesellschaften des Bürgertums eine andere, weit größere Bewegung als möglichen Verbündeten bezeichnete: »die Partei, deren Anhänger schon nach Millionen zählen, die Partei der Arbeiter, des *Volkes*, auf deren Programm unter den wichtigsten Forderungen der ›Völkerfrieden‹ obenansteht.«¹⁸

18 Suttner: Die Waffen nieder!, 5., bearb. Aufl., Dresden – Leipzig 1892, S. 305. Suttners Textänderungen von 1889 bis 1892 sind nachgewiesen in: Berliner Ausgabe, S. 478 ff.

In den folgenden Jahren gewährte Suttner mehr und mehr die hohe Wahrscheinlichkeit des Kriegs. Viele Monate lang reiste die fast Siebzugjährige durch Mitteleuropa und die USA, um die Gefahr bewusst zu machen und den Frieden zu propagieren. Weil sie in Österreich und Deutschland immer entschiedener auftrat, war die »Friedensbertha« nun auch als »Rote Bertha« verschrien und von Redeverbotten verfolgt. Als zutiefst ethischer Charakter gab sie ihr Letztes. Getreu dem Friedensstreiter Tilling, den sie in ihrem wichtigsten Buch hatte sagen lassen: »Die Hoffnung, dass ich in Person das Reifen der Zeit beschleunigen könne oder die ersehnten Früchte daran sprießen sehe – die muss ich vernünftigerweise wohl aufgeben ... Was ich beitragen kann, ist gar winzig. Aber von der Stunde an, wo ich dieses Winzige als meine Pflicht erkannte, ist es mir doch zum Größten geworden – also harre ich aus.«¹⁹

19 Ebenda, S. 350.

Da wir am Ende sind, stellt sich die Frage: Stirbt es sich leichter, wenn man die Früchte seiner Lebensarbeit verdorren sieht, aber immer noch Hoffnungen hegt? Suttners Tagebuchnotiz vom 12. Mai 1914 lautet: »[...] Gegen den Übermilitarismus, der jetzt die Atmosphäre erfüllt, ist nicht anzukämpfen. Die einzigen – weil sie auch eine Macht sind –, auf die man hoffen kann, dass sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.«²⁰ Kaum mehr als ein Monat verging, bis diese Hoffnungsträger in Gestalt ihrer Reichstagsabgeordneten die Kriegskredite bewilligten und zum Komplizen aller Kriegstreiber wurden. Die lange befürchtete, lang auch bekämpfte Katastrophe begann: mit Maschinenwaffen und Kampfgas, Luftkampf und U-Boot-Krieg, nie gekannten Verheerungen unter Menschen und ihrer Kultur. Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Und auch die Frau, die unter den Friedensstreitern im besten Sinne die Grande Dame gewesen – war tot. Gestorben am 21. Juni 1914. Nur eine Woche vor den Todesschüssen von Sarajewo. Sie hinterließ eine Erbschaft, die in dem dauerhaft richtigen Streitruf besteht: »Die Waffen nieder!«

20 Aus dem Tagebuch Bertha von Suttners – Januar bis Juni 1914, in: Lebenserinnerungen, S. 553.

SIGRID BOCK

Von der Kraft der Literatur

Zur Wirkung des Romans »Die Waffen nieder!«
von Bertha von Suttner

I

Es war ein Roman, der Bertha von Suttner in die erbarmungslose Arena öffentlicher Tätigkeit drängte. Selten tritt die Kraft der Literatur so leuchtend hervor wie in diesem Fall. Der Roman veränderte vieles: das persönliche Leben der Autorin, öffentliches Denken, das Feld gesellschaftlicher Bewegungen.

Als Bertha von Suttner 1887 bis 1889 in Wien das Buch vorbereitete, am Manuskript schrieb, war ihr Aktionsradius nicht klein, aber begrenzt. Sie wusste sich in einer Welt zu bewegen, die der geborenen Gräfin Kinsky von Kind an vertraut war. In den Salons waren Adlige, Wissenschaftler, Politiker, Schriftsteller, Künstler ihre Gesprächspartner. Mit ihnen korrespondierte sie, traf sie auf Reisen ins Ausland zusammen. Doch diese althergebrachte Lebensweise einer gebildeten, weltoffenen Adligen hatte sie in ungewohnter Weise durchbrochen. Selbständigkeit, geistige und materielle Unabhängigkeit waren erworben worden. Durch das Studium moderner naturwissenschaftlicher, philosophischer und historischer Schriften – von Charles Darwin, Ernst Haeckel, Herbert Spencer z. B. und vor allem Henry Thomas Buckles »History of Civilisation« – erarbeiteten Suttner und ihr Mann sich eine eigene Lebensphilosophie, und seit beinahe zehn Jahren verdienten beide ihren Lebensunterhalt durch schriftstellerische Tätigkeit. Bertha von Suttner schrieb Novellen und Romane, die in Wien als Fortsetzungsdrucke in den Feuilletons von Tageszeitungen, aber auch in deutschen und Schweizer Journalen und als Bücher erschienen. Und ihre Adressaten – 1883 in einem Roman genau beschrieben –, »Offiziere, Landedelleute, Rentiers, Industrielle, Künstler, Beamte und unsere schönen eleganten Damen und unsere lesenden und denkenden Hausfrauen«, kurz als »gebildete Klassen« bezeichnet,¹ nahmen diese Arbeiten mit Freuden auf. Denn die Autorin plauderte von dem, was ihr gut bekannt war, erzählte unterhaltsam, heiter und kritisch vom Dasein in den Kreisen der Adligen. »Plaudern wir!« hieß z. B. eines ihrer Feuilletons, »Die Fürstin Kathi« ein anderes, und »High Life« und »Neues aus dem High Life« nannte sie zwei ihrer frühen Bücher. Salongespräche – überführt in Literatur.

Doch die Autorin begann auch, anderes zu versuchen. Nutzte Schreiben nicht nur zur Unterhaltung. Wollte auch belehren, ihre Leser zur »Denkpflicht«² ermahnen. Was sie selbst an neuen Erkenntnissen sich angeeignet hatte, gab sie sofort an interessierte Leser weiter. 1883 erschien »Inventarium einer Seele«, und unmittel-

Sigrid Bock – Jg. 1930;
Prof. em. Dr. sc. phil.,
Literaturwissenschaftlerin,
Mitglied der Anna-Seghers-
Gesellschaft, Mainz – Berlin.

Vortrag auf der Internationalen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum 100. Jahrestag der Verleihung des Nobel-Friedenspreises an Bertha von Suttner, Prag, 9. September 2005. Zusammen mit Helmut Bock hat die Autorin das hier besprochene Werk Suttners ediert: *Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte*, Berlin: Verlag der Nation 1990 (zit. als Berliner Ausgabe, darin *zus. m. Helmut Bock*: *Bertha von Suttner – Arbeiten für den Frieden*, S. 405-458). Außerdem: Sigrid Bock: *Bertha von Suttner, Die Waffen nieder! Vom Roman zur organisierten Friedensarbeit*, in: *Die Waffen nieder!* Schriftsteller in den Bewe-

gungen des 20. Jahrhunderts, hrsg. v. Sigrid Bock, Wolfgang Klein, Dietrich Scholze, Berlin 1989, S. 31-44;

1 B. Oulot (d. i. Bertha von Suttner): Inventarium einer Seele, 2. Aufl., Leipzig 1888, S. 365.

2 Jemand (d. i. Bertha von Suttner): Das Maschinenalter. Zukunftsvorlesungen über unsere Zeit, Zürich 1889, S. 290.

3 Bertha von Suttner: Lebenserinnerungen, hrsg. v. Fritz Böttger, Berlin 1972, S. 198.

4 Ebenda, S. 217.

bar vor dem Roman, der alles verändern sollte, beendete sie ein Manuskript mit dem Titel »Das Maschinenalter. Zukunftsvorlesungen über unsere Zeit« – beides Bücher, in denen sie kenntnis- und geistreich Betrachtungen über Natur und Leben, Wissenschaft, Politik und Philosophie, Vergangenheit und Zukunft anstellte. Weltanschauliche Bekenntnisschriften, in denen sie nach den geistigen Voraussetzungen eines sinnerfüllten Lebens fragte.

Die Autorin scheute sich nicht, Anregungen erfolgreicher Schriftsteller aufzunehmen, bereits erarbeitete künstlerische Mittel und Erzählmuster für eigene Zwecke nutzbar zu machen. In »Das Maschinenalter« z. B. führte sie weiter, was Edward Bellamy mit seinem Buch »Looking Backward: 2000 – 1887« begonnen hatte. Sie war nicht vorrangig an künstlerischen Neuerungen interessiert. Suchte nicht in erster Linie nach eigenwilligen literarischen Darstellungsformen. Sie wollte sich mitteilen, andere informieren über Erlebnisse und Erfahrungen, über wissenschaftliche Entdeckungen und philosophische Ansichten. Wollte dem Leser Vergnügen bereiten durch das Kennenlernen neuer Gedanken und Theorien. Vergnügen durch Denken. Der Herausgeber ihrer ersten Arbeiten in der »Neuen Freien Presse« zu Wien erinnerte sich später, dass ihre Texte »von merkwürdiger Tiefe und Feinheit und ganz unvergleichlicher Anmut der Darstellung« waren; sie offenbarten zugleich »wissenschaftliche und philosophische Beschlagenheit wie nur bei irgendeinem Universitätsprofessor, dabei aber eine Grazie und über alles triumphierenden Humor – nein wahrhaftig, ein Universitätsprofessor war das nicht«. Er veranlasste »sofort schleunige Honorarsendung, um den neuen Mitarbeiter in guter Stimmung zu erhalten«, bat ihn »unter rückhaltloser Anerkennung der ersten Arbeit« dringend »um weitere Beiträge«. (Da Bertha von Suttner ein Pseudonym benutzte, wusste er anfangs nicht, dass es eine Frau war, deren Texte er publizierte.)³

II

Das neue, 1889 fertiggestellte Manuskript »Die Waffen nieder!« jedoch stieß auf den Widerstand der Redakteure und Verleger. Diesmal weigerten sie sich, es zu veröffentlichen. Keine Zeitung brachte einen Vorabdruck – ganz zu schweigen von einer Fortsetzungsreihe. (Bis auf zwei Ausnahmen. Aber davon später.) Für diesen Roman hätten sie keine Verwendung, der Gegenstand interessiere ihr Publikum nicht, schrieben ihr die Verleger und sandten das Manuskript zurück. »Große Kreise unserer Leser würden sich durch den Inhalt verletzt fühlen«, es sei ganz ausgeschlossen, »dass der Roman in einem Militärstaat veröffentlicht werde«. Man riet der Autorin sogar, den Titel zu ändern, den Text »einem erfahrenen Staatsmann zur Durchsicht« zu schicken »mit der Bitte, alles zu streichen, was Anstoß geben könnte«. ⁴ Was war geschehen?

Schon beim Schreiben des Buches »Das Maschinenalter« hatte Bertha von Suttner ein düsteres Bild ihrer Zeit entworfen. Die Hauptfigur, ein Historiker aus dem dritten Jahrtausend, der Vorlesungen über das 19. Jahrhundert hält, blickt auf die Jahre 1885/86 zurück und sagt: »Das Europa des neunzehnten Jahrhunderts war in Barbarei noch tief versunken. Bis an die Zähne bewaffnet standen die Völker da, stets bereit, übereinander herzufallen. Der höchste zu

erlangende Ruhm war der militärische und der größte Stolz einer Nation war auf ihr Kriegsglück gegründet. Feindschaft und Hass, Rachsucht und Raubsucht – diese aus dem Zustand der Wildheit überkommenen [...] Affekte – bildeten zur Zeit noch den Untergrund des internationalen Verkehrs.«⁵ In Kriegen erblickte die Autorin das größte Hindernis auf dem Weg der Menschheit zur »Vervollkommnung«. Als sie während einer Reise nach Paris von der Existenz der 1880 in London begründeten »International Peace and Arbitration-Association« erfuhr, arbeitete sie in die bereits vorliegenden Druckfahnen ihres Buches kurzerhand eine Information über diese junge Organisation ein, montierte sie in das letzte Kapitel ein historisches Dokument: Der fiktive Historiker verliest Auszüge aus dem Aufruf der Londoner Friedensliga »An alle, welche den internationalen Frieden wollen«. Denn – so begründete sie später in ihren »Lebenserinnerungen« diese Veränderung – »wie *ich* nichts davon gewusst hatte, setzte ich auch bei meinen Lesern Unkenntnis dieser Zeitercheinung voraus«.⁶

5 Das Maschinenalter, S. 12.

Doch die Weitergabe einer sachlich-nüchternen Mitteilung reichte ihr nicht aus. Sie beschloss, ein Buch zu schreiben, das den Nerv ihrer Zeit attackierte, weitaus mehr Leser erreichte, als eine kulturphilosophische Abhandlung es vermochte. Vor allem: »ich wollte nicht nur, was ich dachte, sondern was ich fühlte – leidenschaftlich fühlte –, in mein Buch legen können, dem Schmerz wollte ich Ausdruck geben, den die Vorstellung des Krieges in meine Seele brannte; Leben, zuckendes Leben – Wirklichkeit, historische Wirklichkeit wollte ich vorführen, und das alles konnte nur in einem Roman, am besten in einem in Form der Selbstbiographie geschriebenen Roman, geschehen. Und so ging ich hin und verfasste ›Die Waffen nieder!‹«⁷ Die Schriftstellerin wagte den literarischen Aufstand gegen ein Denken, das Kriege als unentbehrlich für den Menschheitsfortschritt ausgab, die Heerführer als die »vorzüglichen Träger der Geschichte, die Lenker der Länderschicksale« pries.⁸ Dieser öffentlich vorherrschenden und in den Medien immer aufs neue propagierten Meinung stellte sie eine andere Auffassung entgegen. Schon durch den Einsatz der Sprache zerstörte sie die Gloriole. Das Wort Krieg ersetzte oder umschrieb sie mit Wendungen, die seinen wirklichen Charakter als »anbefohlenen Völkermord« enthüllten. Sie sprach von »Schlacht« oder »Schlachten«, von »Mordarbeit«, »Mordpflichten«, »Blutarbeit«, und schon mit dem Titel ihres Romans verkündete sie ihr Gegenprogramm, das all dem ein Ende setzen sollte: Die Waffen nieder! Kriege waren als Verbrechen am Menschen zu verstehen. Die Regierungen, so fügte sie 1892 einer Neuauflage des Romans unmissverständlich hinzu, sollten veranlasst werden, »des Volkes Willen zur Geltung zu bringen«, denn »das Volk will die produktive Arbeit, will die Entlastung, will den Frieden«.⁹

6 Lebenserinnerungen, S. 212.

7 Ebenda, S. 215.

8 Suttner: Die Waffen nieder! Berliner Ausgabe, S. 6.

9 Ebenda, S. 482.

III

Um ihr Ziel zu erreichen, nutzte Bertha von Suttner weit verbreitete Lesererwartungen, entschied sie sich für eine fiktive Autobiographie. Sie knüpfte an das Erzählmuster eines Frauen-, Liebes- oder Eheromans an, das vor allem in den von ihr angesprochenen Kreisen beliebt war und in den Zeitungen, den Salons, »am Teetisch, im

10 Inventarium einer Seele, S. 365.

Klub, beim Jagddiner, im Freundes- und Familienkreis«¹⁰ diskutiert wurde. Sie berichtet – natürlich! – von einer österreichischen Gräfin, die aus der Perspektive des Jahres 1889 auf ihr Leben zurückblickt. In der Ich-Form erzählt Martha Althaus von ihren beiden Ehen, vor allem von der Liebe zu ihrem zweiten Mann, Baron von Tilling, sie beschreibt aber auch die vier zeitgenössischen Kriege 1859, 1864, 1866 und 1870/71, die sie erleben muss, in denen sie Mann und Kind verliert. Szenen des individuellen Glücks stehen neben Kriegsbildern. Die Autorin, die ihre Heldin auch als Krankenschwester unmittelbar am Kriegsgeschehen teilnehmen lässt, konfrontiert ihre Leser mit naturalistischen Elendsschilderungen, mit Schreckensszenen, die sich auf Schlachtfeldern und Sanitätsplätzen zutragen, die das Leiden der Soldatenfamilien in der Heimat beschreiben, die Kriegsepidemien und Seuchen vorführen. Der Kontrast verstärkt abschreckende Wirkungen und alternative Fragen. Nachdenken wird provoziert über die »Kräfte«, die Liebende immer wieder auseinanderreißen, sie in Verzweiflung stürzen, der Trauer aussetzen.

Die Wahl einer am Krieg leidenden, durch das Leid geläuterten Frau schafft dem Roman das Besondere, das für Jahrzehnte Einmalige deutscher Literaturentwicklung: Der Leser kann sich mit Martha Althaus identifizieren, erlebt ihr Glück, ihren Schmerz. Er versteht, dass sie sich von den herrschenden Denkmustern befreien, Konsequenzen ziehen muss, sich der Friedensbewegung zuwendet. Der Friedensgedanke wird nicht nur durch »abstrakte Verstandesgründe« vermittelt. Er kann zum Erlebnis werden, Gefühl und Leidenschaft wecken. Die Schlussfolgerung Marthas steht damals wie heute dem Leser offen – auch wenn er über das ungewohnte Pathos lächeln mag, mit dem so manches Erlebnis dargestellt oder bewertet wird. Erzählt wird nicht ohne Sentimentalität und Rührseligkeit. Das zum Unterhaltungsroman tendierende Muster wurde voll ausgeschritten.

Und umgebaut. Weiterentwickelt.

Schon mit der Anlage des Romans wird das gängige Roman-schema aufgehoben. Die alternde Hauptfigur Martha Althaus erzählt ihre Lebensgeschichte von ihrem Ende her. Sie erinnert sich, unterstützt durch Tagebuchaufzeichnungen, an Kindheit und Jugend, an den Vater, General a. D., der am Mittagstisch von seinen Kriegsabenteuern mit »Vater Radetzky« schwärmt, und von dessen Einfluss und Prägung sie sich befreien muss. Erzählend durchdenkt sie ihren Lebensweg, wertet sie Erlebnisse, forscht sie nach den Ursachen ihrer Wandlung, fragt sie nach dem, was sie voranbrachte oder hemmte. Erzählen als Selbstklärung. Reflektierendes Erzählen. Vorwegnahme einer Erzählweise, die mehr als sechzig Jahre später »modern« werden sollte.

Vorwegnahme, Modernität auch in anderer Hinsicht. Mit ihrem reflektierenden Erzählen legt Suttner zugleich Wert darauf, ihre individuelle Lebens- und Liebesgeschichte in real-historische Vorgänge einzubetten. Wissenschaftliche Studien gingen der literarischen Darstellung voraus. Die Schriftstellerin sammelte Material und Dokumente, studierte historische Werke, Zeitungen und archivalische Quellen, Berichte von Kriegskorrespondenten und Militärärzten, ließ sich von Kriegsveteranen und anderen Augenzeugen Erinnerungen erzählen. Arbeit also mit authentischem Material. Bemühte Re-

konstruktion historischer Wirklichkeit. Montage von Zeitgeschichtszeugnissen: historische Dokumente unterschiedlicher Art, Briefe, Proklamationen, Ausschnitte aus Zeitungsartikeln, Zitate wissenschaftlicher und historischer Werke werden in den Erzählfluss einmontiert.

Durch die enge Verquickung der fiktiven Gestalten mit historischen Vorgängen verändert die Autorin das gewohnte Romanschema. Sie baut den Unterhaltungsroman um, weitet ihn zum Gesellschaftsroman. Damit ging ein Funktionswandel einher: Diente der beliebte Ehe-, Frauen-, Liebesroman in der Regel dazu, festgefügte und anhaltend tradierte Auffassungen, Gewohnheiten, Lebensweisen zu bestätigen und zu bestärken, so nutzte Suttner ihren Zeitgeschichts- und Gesellschaftsroman, um mit dem Althergebrachten zu brechen, neue Lebensvorstellungen zu entwickeln und in die Öffentlichkeit zu tragen. In seinem »Handbuch der Friedensbewegung« von 1913 nannte Alfred Hermann Fried »Die Waffen nieder!« ein »epochemachendes« Buch, »das wie eine Explosion gewirkt« habe: »Es war, als ob sich den Lesern eine neue Welt aufat, und in Hunderttausenden von Gemütern mochte es zum erstenmal die beschönigende Vorstellung des Krieges, welche die Schule zu verbreiten sich Mühe gibt, zerstört und den Gedanken an die Notwendigkeit und an die Möglichkeit einer Beseitigung dieses Übels hervorgerufen haben.«¹¹

IV

Ein solcher Roman musste 1889 im militaristischen Kaiserreich Deutschland und in der Habsburger k. u. k. Monarchie für die Verlage zur Herausforderung werden. Nach langem Zögern gab der Dresdner Verleger Edgar Pierson, der bereits einige Romane der Suttner mit Erfolg herausgebracht hatte, dem hartnäckigen Drängen der Autorin nach. Er druckte wenigstens 1000 Exemplare – und beide, Suttner wie Pierson, erlebten eine große Überraschung: Wenig später lagen Hunderte von Bestellungen vor. Der anfangs so skeptische Verleger musste der Autorin vorschlagen, sofort neue Auflagen herauszubringen. 1896 fügte er der zweibändigen Buchausgabe sogar eine broschierte »Volksausgabe« – Vorläufer der späteren Taschenbücher – für nur eine Mark hinzu. Denn wenige Jahre zuvor hatte ein anderer dafür gesorgt, dass dem Roman ein Massenpublikum zuwuchs, Leser erreicht werden konnten, die sich scheuten, die Schwelle eines Buchladens zu übertreten, Geld für Lektüre auszugeben.

Sein Name fiel schon im Romantext. Bei der Wiedergabe ihres Zeitbildes nannte die Erzählerin ihn als den Unterzeichner eines »aus Volkskreisen stammenden Manifestes«, das 1870 den »Gedanken« an einen deutsch-französischen Krieg als »Verbrechen« verurteilt habe.¹² Ihm sandte Suttner das fertige Buch mit einer persönlichen Widmung – und der Adressat, Wilhelm Liebknecht, antwortete in besonderer Weise: Als Chefredakteur des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bat er im April 1892 die Autorin, den Roman abdrucken zu dürfen. So erschien »Die Waffen nieder!« vom August bis Dezember 1892 endlich auch in einer Zeitung. Der »Vorwärts«, das einzige deutschsprachige Blatt, das sich

11 Alfred Hermann Fried: Handbuch der Friedensbewegung. Zweiter Teil: Geschichte, Umfang und Organisation der Friedensbewegung, Berlin – Leipzig 1913, S. 104.

12 Die Waffen nieder! Berliner Ausgabe, S. 355.

einen Abdruck zutraute, erschloss dem Werk einen Leserkreis, an den die Autorin beim Schreiben nicht gedacht hatte. Die Zeitung mit der wahrscheinlich größten Auflagenhöhe in Deutschland organisierte das Zusammentreffen von Arbeiterleser und Roman, schuf für den Verleger Pierson die Voraussetzung, eine preiswerte »Volksausgabe« zu wagen.

Eine weitere Seite der Romanwirkung nannte die Schriftstellerin im Brief an einen Freund. Sie hatte sich über Liebknechts Bitte gefreut, schrieb am 14. April 1892: Ich bin »sogar sehr stolz darauf, dass die Sozialdemokraten, die die Friedensgesellschaft bisher als bourgeois und als ohnmächtig verächtlich beiseite schoben, uns durch mein Buch jetzt näher gebracht werden – dass zu Marthas Eroberungen nun auch das Haupt der großen Volkspartei gehört. In dieser Hinsicht – der Frage des Völkerfriedens nämlich – gehen wir ja mit dieser Partei zusammen, und es wäre ja wunderbar, wenn auf unserer Plattform sich wirklich alle (mit Ausnahme der rückschrittlichen) Parteien zusammenfänden.«¹³ Nicht allein aufklärend wirkte der Roman. Auch zusammenführend. Integrierend. Er ließ das in unterschiedlichen Klassen und Schichten vorhandene Interesse am Völkerfrieden als verbindendes Element hervortreten, machte Gemeinsamkeit bewusst, konnte Partnerschaften im Friedenskampf vorbereiten.

1905, als Bertha von Suttner als erste Frau den Friedensnobelpreis erhielt, war für die Buchform die 37. Auflage erzielt, der Roman im deutschen Sprachraum als Bestseller verbreitet, in weitere europäische Sprachen übersetzt und auch auf dem amerikanischen Kontinent bekannt – ein Erfolg, der um die Jahrhundertwende in der deutschsprachigen Literatur einmalig blieb. 1913 wurde »Die Waffen nieder!« sogar verfilmt; und am 20. April 1914 – zwei Monate vor dem Tod der Autorin – drehte die Nordisk-Filmgesellschaft in ihrer Wiener Wohnung ein Interview, das dem Film vorangestellt wurde. Am 17. September 1914, anlässlich der Eröffnung des Weltfriedenskongresses in Wien, sollte beides zur Uraufführung gelangen.

Der Erste Weltkrieg durchkreuzte alle Pläne.

Ihn zu verhindern, dazu hatte die Kraft des Romans nicht ausgereicht. Aber noch im November 1914 erschien eine Neuauflage der »Volksausgabe«: Auf 210 Tausend stieg damit die Anzahl allein der Exemplare, die gerade diejenigen erreichen konnten, die in dem begonnenen Völkermorden die meisten Blutopfer zu zahlen hatten. Und gleich nach Beendigung des Krieges kam das Buch in einer Neuauflage auf den Markt, erschien das 225. Tausend der Volksausgabe. Die Stafette wurde weitergereicht: Der Roman »Die Waffen nieder!« hatte vor einem Völkermorden gewarnt. Jetzt half er einer jüngeren Schriftstellergeneration, die Wunden bloß zu legen, die ihnen der »Erste« Weltkrieg zugefügt hatte. Bücher von Bruno Vogel »Es lebe der Krieg! Ein Brief« (1925), Ernst Friedrich »Krieg dem Kriege« (1925), Arnold Zweig »Der Streit um den Sergeanten Gri-scha« (1927), Erich Maria Remarque »Im Westen nichts Neues« (1928), Ludwig Renn »Krieg« (1928), Theodor Plivier »Des Kaisers Kuli« (1928) und andere führten weiter, was eine Frau begonnen hatte. Und endlich gehörten auch Schriftstellerinnen dazu, Adrienne Thomas z. B., die in »Katrin wird Soldat« (1930) von Kriegererleb-

13 Suttner an Bartholomeus Carneri, 15. April 1892. Zit. n. Brigitte Hamann: Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden, München – Zürich 1996, S. 136 f.

nissen einer Frau erzählt.¹⁴ Eines der glänzendsten Kapitel deutscher Literaturentwicklung im 20. Jahrhundert, die deutsche Antikriegsliteratur, war am Ausgang des 19. Jahrhunderts vorbereitet worden. Kam von Bertha von Suttner her.

V

»Nicht als literarisches Werk, sondern als politische, redlich und menschenliebend gedachte Tat« wollte Suttner, wie sie 1889 in einem Brief mitteilte, ihr Buch verstanden wissen.¹⁵ Dieses Eingreifen-Wollen in bedrückende gesellschaftliche Verhältnisse wirkte tief in ihr persönliches Leben zurück. Der Roman zog sie über die Grenzen kleiner Freundeskreise und Salons hinaus in die große Welt internationaler Politik. Sie wurde verlacht, verhöhnt, wo der militaristische Status quo unangetastet bleiben sollte. Auch in der eigenen Familie – »Vettern und Cousinsen, [...], Generäle, Höflinge, Kämmerer, Frauen von Offizieren« – galt sie zumindest als »Abtrünnige«.¹⁶ Als Verbündete jedoch begrüßten sie diejenigen, die sich »Friedensfreunde« nannten. (Der Begriff »Pazifist« war noch ungebräuchlich.) Und die Autorin erfüllte ihre Erwartungen. Im September 1891 veröffentlichte sie einen Aufruf zur Gründung einer »Österreichischen Gesellschaft der Friedensfreunde« – einen Monat später existierte diese bereits, war Suttner Präsidentin einer zweitausend Mitglieder umfassenden Vereinigung.

Im November desselben Jahres tagte in Rom der dritte Weltfriedenskongress, und zum erstenmal sprach auf dem Kapitol, wo bis dahin nur Männer auftreten durften, eine Frau, die – wie sie selbst meinte – »weiter keine Verdienste hatte, als ein aufrichtiges Buch geschrieben zu haben«.¹⁷ Die Autorin wurde zur Vizepräsidentin des neu geschaffenen Internationalen Friedensbüros gewählt, das von Bern aus weltweit alle Friedensinitiativen koordinieren sollte. Wie ein Symbol musste es wirken, dass die ersten privaten Gelder, die zu seiner Finanzierung gespendet wurden, von einem Zeitungsverleger kamen. Denn jetzt druckte auch der Besitzer der römischen Tageszeitung »Fanfulla« eine Übersetzung des Romans »Die Waffen nieder!« in seinem Blatte ab, und seine Einnahmen gab er in die Kasse der Berner Vereinigung. An der Gründung von Friedensgesellschaften in Deutschland und Ungarn hatte Suttner ebenfalls Anteil. Zudem erschien ab Februar 1892 in Berlin und Wien die neuartige »Monatsschrift zur Förderung der Friedensidee«, ebenfalls unter dem Titel »Die Waffen nieder!« und von der Herausgeberin »Baronin Bertha von Suttner« gezeichnet.

Die internationale Friedensbewegung erfuhr einen ungeahnten Aufschwung, konnte auch in den militaristischen Staaten Deutschland und Österreich an Einfluss gewinnen. Bertha von Suttner entwickelte sich zu ihrer führenden Persönlichkeit. Angefangen hatte all das mit einem Roman, den sie schrieb, um der Friedensbewegung »einen Dienst zu leisten«.¹⁸

14 Zu dieser Problematik siehe Sigrid Bock: Antikriegsliteratur zwischen zwei Weltkriegen – Bemerkungen zu Wirkungsbedingungen und Wirkungsweise deutscher Literatur, in: Friedliche Koexistenz. Erfahrungen – Chancen – Gefahren, Berlin 1987, S. 87-131.

15 Suttner an Moritz Nebel, 14. Februar 1889. Zit. n. Hamann, S. 133.

16 Suttner an Henri Dunant, 18. Juli 1896, und an Marcel Friedmann, 9. Dezember 1890. Zit. n. Hamann, S. 143 f.

17 Suttner: Lebenserinnerungen, S. 255.

18 Ebenda, S. 215.

GUIDO BRENDGENS

Vom Verlust des öffentlichen Raums

Simulierte Öffentlichkeit
in Zeiten des Neoliberalismus

Guido Brendgens – Jg. 1973; M.A., Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Kunstgeschichte an den Universitäten Eichstätt, Heidelberg und Prag; 1999-2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Bauhaus Dessau; Mitglied im Humanistischen Verband Deutschlands; seit 2004 Mitglied des Bezirksvorstands der PDS Berlin Drei (Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee), politischer Schwerpunkt Stadtentwicklung; seit 2003 Promotionsstipendiat der RLS, Dissertation im Fachbereich Architekturtheorie der TU Dresden zum Thema »Demokratisches Bauen – ein Begriff mit Bedeutungen. Eine interpretationszentrierte Analyse anhand ausgewählter Parlamentsbau-Projekte«; Veröffentlichungen zum Thema Architektur und Stadtentwicklung aus humanistischer Sicht.

Der öffentliche Raum, der uns alle betrifft, verändert sich schleichend von einem Ort der Allgemeinheit zu einem Verwertungsraum. Sind es bislang innerstädtische Grundstücke und Investorenprojekte gewesen, die im Interesse des Kapitals standen, so wird zunehmend die ganze Stadt zu einem Verwertungs- und Vermarktungsfeld. Wenige bekannte Beispiele verdeutlichen dies. Das neu entstandene Stadtzentrum Berlins, der Potsdamer Platz, ist ein privatwirtschaftlich betriebener Stadtraum, der den Namen der Investoren trägt: *Quartier Daimler Chrysler* und *Sony City*. Geprägt ist der neue Stadtmittelpunkt von Shopping und Entertainment – ein Verwertungsraum, der kaum Spielräume gesellschaftlichen Handelns wie politisches Demonstrieren zulässt. Ein anderes Beispiel zeigt den Wandel eines klassischen öffentlichen Raumes: der Bahnhof. Bahnchef Mehdorn überraschte die Öffentlichkeit mit der Forderung, die Bahnhofsmissionen, Anlaufstellen im öffentlichen Raum für Menschen in Not, mögen die Ausgabe von Mahlzeiten an Bedürftige einstellen.¹ Als soziale Randgruppen stigmatisierte Menschen sollen sich nicht länger von Bahnhöfen angezogen fühlen. In der Bahnstrategie ist vorgesehen, aus den öffentlich zugänglichen Bahnhöfen saubere Konsumtempel mit hohen Renditechancen zu machen. Denn die Städte befinden sich angeblich in einem sich verschärfenden, global ausgeprägten Städtewettbewerb, in dem weiche Standortfaktoren eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Regelmäßig werden uns hierzu in den Medien Städte-Rankings präsentiert.

In verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, besonders in der Stadtsoziologie, der Stadtplanung und der Architektur, wird der sich wandelnde öffentliche Raum unter den Vorzeichen von Globalisierung und Neoliberalismus thematisiert und nach möglichen Lösungen gesucht.² Wir stehen vor der Frage, wie sich der öffentliche Raum in Zeiten zunehmender Privatisierung städtischer Flächen verändert. Ich möchte über den öffentlichen Raum, über den einzigen realen Ort, an dem sich Öffentlichkeit konstituieren kann, in Zeiten von Nutzwertorientierung und Profitmaximierung grundsätzlich nachdenken. Was bislang noch nicht geleistet worden ist, ist eine Typologie für den öffentlichen Raum in Zeiten seiner tendenziellen Bedrohung. Es geht mir um eine Typologie des Raums, den wir als städtisch und öffentlich empfinden. Zu fragen ist, inwieweit ein Verlust des öffentlichen Raums gesellschaftliche und politische Auswirkungen haben könnte.

Unsere Alltagswelt ist geprägt von den privaten und den öffentlichen Räumen. Allein schon in unserer Sprache unterscheiden wir

zwischen den »eigenen vier Wänden« und der »Straße«. Im sozialen Abstieg droht die Gefahr, »auf der Straße« zu landen. Vor diesem Hintergrund nehmen wir die »eigenen vier Wände«, auch wenn sie nicht unser Eigentum sind, als eine Schutzzone, einen privaten Rückzugsraum wahr. Das Eigene, klar Abgegrenzte, der Garten mit seiner eindeutigen Umgrenzung, dem Gartenzaun, wird als vertraut und beschützend wahrgenommen. Wir können dieses Stück selbst gestalten, es liegt in unseren eigenen Händen. Der öffentliche Raum dagegen ist der Raum, für den es oft keine genauen Verantwortlichkeiten gibt, der uns aber alle angeht. Es ist der Ort, an dem allgemein gültige Regeln herrschen, an dem aber auch Regeln gebrochen werden.

Der öffentliche Raum zeichnet sich aus durch Zugänglichkeit. Der öffentliche Raum kann verstanden werden als ein allgemein zugänglicher Bereich, in dem Menschen ohne Beschränkungen ein und aus gehen. Die Menschen bewegen sich in diesem Bereich frei. Zufällig oder geplant begegnen wir uns hier. Der öffentliche Raum ist offen und wird begrenzt von dessen Gegensatz, dem nicht allgemein zugänglichen Bereich. Daher verlangt der öffentliche Raum, um als solcher wahrgenommen zu werden, auch ein Gegenstück, das Private. Wir sprechen von der privaten Sphäre und der öffentlichen Sphäre. Dort, wo nur Privaträume existieren und kein öffentlicher Raum besteht, macht das Private keinen Sinn, »da zur Privatheit die Öffentlichkeit gehört wie zum Tag die Nacht«.

Öffentliche Räume sind im soziologischen Sinn Orte, an denen soziales Handeln welcher Art auch immer stattfindet. Der städtische Raum ist erst ein öffentlicher, wenn sich in ihm die Gesellschaft selbst »in aller Öffentlichkeit« darstellt. Der Raum ist dann ein öffentlicher, wenn dieser als Repräsentationsraum der Gesellschaft angesehen werden kann.⁴ Der öffentliche Raum ist aber nicht nur der Ort, an dem sich die Gesellschaft zeigt, es ist auch der Raum, der von öffentlichem Interesse ist. Hingegen sollte der private Raum für die Öffentlichkeit tabu sein. Im Grundgesetz ist in Artikel 13 die Unverletzlichkeit der Wohnung zum Grundrecht erhoben worden. Dieses Abwehrrecht soll nicht nur die Staatsbürger gegenüber staatlichen Übergriffen schützen, sondern auch den Bürgern untereinander ihre eigene Privatsphäre garantieren.

Der öffentliche Raum ist eine res publica, eine im öffentlichen Interesse stehende Sache. Wie der öffentliche Raum beschaffen ist, welche Gestalt er besitzt oder durch bauliche Veränderungen annehmen kann, das interessiert die Allgemeinheit. An städtebaulichen Wettbewerben sollten die Bürgerinnen und Bürger mitsprechen dürfen. Ein bloß verwaltungstechnischer Akt, der etwa allein dem Bauherrn entgegenkäme, wäre ungenügend. Die Gestalt des öffentlichen Raumes ist kein Partikularinteresse.

Zudem kann im öffentlichen Raum ein gesellschaftliches Interesse publiziert werden, indem es durch Beachtung der anwesenden Gesellschaft oder der Medien publik wird. Ohne Anmeldung und Erlaubnis können sich Menschen versammeln, wobei der Staat für Versammlungen »unter freiem Himmel« das Versammlungsrecht beschränken kann.

Privater Raum schafft Intimität, öffentlicher Raum erzeugt Publizität. Im privaten und im öffentlichen Raum decken wir das wech-

guido.brendgens@gmx.de
guido.brendgens
@pds-berlin-drei.de

1 Freitag, Die Ost-West-Wochenzeitung, 26. April 2002.

2 Ulrich Berding, Klaus Selle, Oliver Kuklinski: Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum, in: Werkstatt: Praxis, H. 2, 2003; Wolfgang Christ: Öffentlicher versus privater Raum. Überarbeitete Fassung des Vortrags beim Internationalen Symposium »Die europäische Stadt – ein auslaufendes Modell?« IRS am 16. und 17. März 2000 (Bauhaus-Universität Weimar, FB Architektur: www.uni-weimar.de/architektur/staedtebau1/forschung/aufsaeetze/public_private.htm); Hartmut Häußermann, Walter Siebel (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 13/1993; Walter Siebel: Qualitätswandel des öffentlichen Raums, in: Wolkenkuckuckshaus. Zeitschrift für Theorie der Architektur, 9. Jg., H. 1, November 2004: www.tu-cottbus.de/BTU/Fak2/TheoArch/Wolke.htm; Silvia Stampfli-Marzoli: Städtische Bewegungen und der soziale Raum der Städte. Kollektive Aktionen zwischen exklusivem Selbstbezug und Solidarität. Zürich 2003 (Soziologisches Institut der Universität Zürich).

3 Lars Lerup: Das Unfertige bauen. Architektur und menschliches Handeln, Braunschweig 1986 (Bauwelt-Fundamente; 71), S. 115.

4 Marianne Rodenstein: Öffentlicher Raum und Gesellschaft, in: Der öffentliche Raum. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt/Main 2000, S. 51-56.

5 Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1965, S. 136 f.

selbste Bedürfnis nach Alleinsein und Kontakt. Der private Rückzugsraum gibt uns die Möglichkeit zu fühlen, wie sehr der Mensch Individuum, Einzelner und in manchem Einsamer ist, und wie sehr er ebenso auf Gemeinschaft angewiesen ist und diese im öffentlichen Raum findet. Mitscherlich nennt die beiden Pole »Heimlichkeit und Gemeinsamkeit«⁵.

Eine mögliche Typologie des öffentlichen Raums

Wie kann man den öffentlichen Raum in Zeiten des Neoliberalismus charakterisieren und untergliedern? Ich schlage eine Typologie vor, die ich idealtypisch entwickle, aber aus Beispielen – die ich zur Veranschaulichung benenne – zu abstrahieren versuche.

Der öffentliche Aktionsraum: Hier treffen sich Menschen ohne äußere Einlassbeschränkungen. Sie können tun und lassen, was sie wollen. Hier finden Aktionen statt, es wird z. B. gegrillt, Musik gehört, es finden Feste auch mit politischem Charakter statt. Die Menschen eignen sich den Raum an. Dieser wird in verschiedener Form benutzt und gebraucht. Gruppen treffen aufeinander mit unterschiedlichen Nutzungsvorstellungen. Ein Verhaltenskodex existiert nicht. Durch das Fehlen von festgelegten Regeln können Konflikte zwischen den Nutzern des öffentlichen Raums entstehen, etwa bei zunehmendem Lärm oder sich anhäufendem Müll. Wahrgenommen wird der Raum als offener Raum, zu dem jeder Zugang hat und keiner per se ausgeschlossen wird. In der Stadt wird dieser öffentliche Raum durch die Aktionen wahrgenommen, die hier stattfinden. Er dient jedoch nicht als zentrales Forum, da sich hier nicht die Hauptverkehrswege der Stadt bündeln. Es ist eine *episodische Öffentlichkeit*, die sich hier versammelt, und es ist eine *periphere Öffentlichkeit*, die subkulturellen Lebensformen Raum bietet. Grundvoraussetzungen müssen gegeben sein: Der Raum sollte ansprechend wirken, damit die Menschen diesen freiwillig aufsuchen (Rasenfläche und Bänke zum Verweilen etc.). Der Raum gestaltet sich aber durch die Aktionen, die er aufnimmt. Die Gestalt des Raumes verändert sich episodenhaft.

Als Beispiel für den öffentlichen Aktionsraum fällt mir der Mauerpark im Prenzlauer Berg in Berlin ein, für den es in anderen Großstädten sicher Pendant gibt.

Der öffentliche Begegnungsraum: Dies sind Straßen und Plätze, auf denen sich Menschen eher zufällig begegnen oder sich an einem markanten Ort (einem markanten Zeichen wie einem Denkmal, einer Uhr, einem Brunnen) verabreden. Die Orte sind von städtischer Zentralität, hier bündeln sich die Verkehrswege der Stadt. Durch die hohe Frequentierung eignet sich der Raum für den Kommerz, aber auch als zentrales Forum zum Publizieren von Meinungen, für Demonstrationen und dergleichen. Hier erhält man Beachtung und Aufmerksamkeit, es herrscht eine *zentrale Öffentlichkeit* mit hoher Frequentierung, aber auch großer Anonymität und schneller Fluktuation.

Als Beispiel für den öffentlichen Begegnungsraum kann man den zentralen Platz einer jeden größeren Stadt nehmen, um in Berlin zu bleiben, den Alexanderplatz oder den Breitscheidplatz.

Der kontrollierte öffentliche Raum: In zunehmendem Maße sind öffentliche Plätze reglementierte Orte, wenn nämlich die traditio-

nelle soziale Kontrolle, durch Nachbarn oder Passanten, ersetzt wird durch eine professionalisierte, institutionalisierte Kontrolle. Kontrollen finden nicht mehr temporär, sondern permanent statt. Kontrolliert werden die öffentlichen Begegnungsräume durch den Einsatz von Überwachungskameras, deren Aufzeichnung und strafrechtliche Verwertung sowie durch die Möglichkeit, polizeiliche Platzverweise auszusprechen. Durch die Ankündigung der Kontrolle auf Schildern muss Wahrnehmungstäuschungen, es würde sich um einen unkontrollierten öffentlichen Raum handeln, begegnet werden. Der kontrollierte öffentliche Raum erfordert Übersichtlichkeit und das Fehlen von Nischen. Die Kontrolle mag zwar durch Gesetze legal sein, findet jedoch keine hinreichende Legitimität, wenn Einzelne oder Gruppen der Gesellschaft nicht durch derartige Maßnahmen kontrolliert werden möchten. Ohne Einverständnis kann man sich dennoch der Kontrolle im öffentlichen Raum nicht entziehen, da alle auf den öffentlichen Raum angewiesen sind. In London werden die Passanten spätestens alle drei Minuten von Überwachungskameras erfasst – ein geschlossener Überwachungskreislauf (*closed circuit television*), der in Großbritannien längst ein Qualitätsmerkmal der Stadtvermarktung ist.

Als Beispiel für den kontrollierten öffentlichen Raum fällt mir in Deutschland der Bahnhofsvorplatz in Leipzig ein, für viele zentrale städtische Plätze gibt es derartige Planungen.

Der öffentliche geschlossene Raum: Der öffentliche Raum befindet sich in einem geschlossenen Gebäude, das allgemein und für jeden zugänglich ist. Eine Einlasskontrolle findet im Allgemeinen nicht statt oder sie ermöglicht dennoch den allgemeinen Zutritt. Es gelten lediglich gewisse allgemeingültige Regeln, etwa das Anschließen von Mänteln und Taschen oder ein Zutrittsverbot in angekrankenem Zustand. Es gilt also ein meist sozial anerkannter Verhaltenskodex, der aber durch Hausordnungen auch strenger als die üblichen Verhaltensregeln ausgelegt werden kann und den man dann bereits als Einschränkung empfindet. Durch aufwändige Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen im Namen der Terrorismusbekämpfung wird es zunehmend schwieriger, spontan und ohne Identitätsausweisung als Person unerfasst einen öffentlichen geschlossenen Raum zu betreten.

Beispiele für den öffentlichen geschlossenen Raum sind klassische öffentliche Gebäude wie Behörden, Gerichte, Parlamentsgebäude, Bibliotheken, Museen.

Der schein-öffentliche Raum in Privatbesitz: In vielen öffentlichen Gebäuden wird das Hausrecht durch Hausordnungen und Verhaltensanweisungen zunehmend strenger ausgelegt. Zunehmend werden *offene* öffentliche Räume (Einkaufsstraßen) abgelöst von *geschlossenen* öffentlichen Räumen (Einkaufszentren). In diesen abgeschlossenen oder begrenzten Räumen findet eine Reglementierung statt. Der als öffentlich wahrgenommene Raum ist in Wirklichkeit ein privater Raum, der geöffnet wird, um – als öffentlicher Raum simuliert – ein Kommen und Gehen zu ermöglichen. Dieses Kommen und Gehen wird vom Hausherrn kontrolliert, um nur bestimmten Personen den Zugang zu gewähren oder im Falle eines Regelverstoßes einen Verweis auszusprechen. Gleichzeitig aber muss eine

Aufenthaltsatmosphäre geschaffen sein, die den Zielen des Besitzers entgegenkommt: Es sollte durch Musik u.ä. eine angenehme entspannte oder anregende Atmosphäre geschaffen werden, um zu konsumieren. Das angenehme Verweilen ist daher nur in kommerziellen Zonen erwünscht. Alles ist *a priori* geplant und wird gelenkt. Eine Aneignung oder Umnutzung durch die Passanten kann und darf nicht stattfinden. In Shopping-Centern gibt es nur wenige, meist nicht ausreichende Bänke, auf Stufen darf man sich nicht setzen. Zum Verweilen ist das in allen Centern obligatorische Eiscafé vorgesehen. *Jedes Ding hat seinen Platz.*

Der als öffentlich wahrgenommene Raum wird aus profitgeleiteten Interessen unter Berufung auf die privaten Eigentumsverhältnisse reglementiert. Eine Ausdehnung des privaten, aber als öffentlich wahrgenommenen Raums ist für zahlreiche nur *anscheinend* öffentliche Gebäude zu beobachten. So wird in Bahnhöfen und öffentlichen Verkehrsanlagen der Aufenthalt und das Verhalten zunehmend im Interesse des Eigentümers reguliert.

Die Publizität ist bereits stark eingeschränkt, denn hier zeigt sich nicht mehr in aller Öffentlichkeit die Gesellschaft selbst. Der scheinbar öffentliche Raum ist nicht mehr Repräsentationsraum in dem Sinne, dass sich hier die Vielfalt der Gesellschaft darstellt, wohl aber in einem anderen Sinn. Der anscheinend öffentliche Raum spiegelt die Befindlichkeit der Gesellschaft in einzigartiger Weise wider.⁶ Der Zustand des öffentlichen Raums ist von dem Wunsch nach Ausgrenzung und Kontrollierbarkeit, letztlich Beherrschbarkeit geprägt.

Beispiele für pseudo-öffentliche Räume in Privatbesitz sind die Einkaufszentren, zunehmend auch Bahnhöfe und andere bislang als »öffentlich« gekannte Orte.

Die schein-öffentlichen Räume verdienen eine eingehendere Betrachtung.⁷ Der in der Baugeschichte erste Typus eines schein-öffentlichen Raums ist die Passage, eine Art Ur-Shopping-Mall. Sie besitzt Analogien zur Kirchenarchitektur, hat etwas Sakrales, ist ein Tempel des Warenkapitalismus. Die glasbedeckten Gänge durch die Häuserschluchten sind nicht mehr Straße, sondern ein vom Verkehr abgeschnittener Bereich für eine bestimmte Zweckerfüllung.

Die Shopping Mall als nächste Entwicklungsstufe, die in den 1950er Jahren in den USA aufkam, schafft ein Mikro-Universum, das sich introvertiert von der multifunktionalen und sozial vielschichtigen widersprüchlichen Stadtumgebung abgrenzt. Sie ist aber nicht nur mono-funktional, sondern sie befriedigt Bedürfnisse. Als Ausgleich zu den Routinen des Alltags ist die Shopping Mall ein Ort des Zeitvertreibs (*passing time*), der Soziabilität (*meeting friends*) und der berechenbaren Kontinuität (*nothing unusual happens*).⁸

Ausgeschlossen sind »Störfaktoren« wie Autos, die vom Einkaufsbereich durch Parkdecks und Aufzüge getrennt sind, unerwünschte soziale Gruppen, Tiere, das Wetter und anderes mehr. Die Shopping Mall garantiert die Werte »Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit«⁹.

Eine weiterentwickelte Stufe der Shopping Mall ist das Urban Entertainment Center. Hier werden Unterhaltungszonen choreografiert als Plätze, Promenaden und Märkte. Diese sind aber nur noch Zeichen und ästhetische Verweise. Im so genannten Shopper-

6 Marianne Rodenstein: Öffentlicher Raum und Gesellschaft, a. a. O., S. 51-56.

7 Vgl. im Folgenden: Anette Baldauf: Consumed, in: Dörte Kuhlmann, Sonja Hnilica, Kari Jormakka (Hrsg.): Building Power. Architektur, Macht, Geschlecht, Wien 2003, S. 20-43.

8 Jerry Jacobs: The Mall. An Attempted Escape from Everyday Life, Illinois 1984.

9 Richard Longstreth: City Center to Regional Mall. Architecture, the Automobile, and Retailing in Los Angeles, 1920-1950, Cambridge 1997, p. 308.

Edutainment wird eine Mischung aus Shopping, Museum und Multimediashow inszeniert. Prototyp ist der Flagship Store Niketown, der 1996 in New York eröffnet wurde. Die Ware Turnschuh wird als Kunstwerk ästhetisiert und in ein Lifestyle-Paket geschnürt. Das urbane Erlebnis wird eingebettet in eine *Brand*-Politik, die Politik einer Warenmarke.

Sarkastisch hat der niederländische Architekt Rem Koolhaas angemerkt, »Shopping dürfte wohl die letzte noch übriggebliebene Form öffentlicher Aktivität sein.«¹⁰ Mit der Verräumlichung von Warenmarken – so Michael Sorkin – degradiere Architektur zur *brand aid*, zum fleißigen Gehilfen extremkapitalistischer Interessen. »Die Fürsprache für *branding* ist ein Ausverkauf in der Architektur, ihre Bedeutung wird auf simple Werbung reduziert, ohne Bewusstsein für die größeren sozialen Implikationen architektonischer Praxis.«¹¹ Aber es verkaufen sich nicht nur Architekten als Huren, wie bereits der amerikanische Altmeister Philip Johnson für seinen Berufsstand mit Ironie feststellte. Auch verwischen die Grenzen der Räume – die Grenzen dessen, was privat, noch privat, öffentlich, schon wieder privat, nicht mehr öffentlich ist.

Szenario vom verlorenen öffentlichen Raum

Wenn die Trennung von privatem und öffentlichem Raum nicht mehr deutlich ist, verlieren wir das Bewusstsein für das Private und das Öffentliche. Im öffentlichen Raum der Warenwelt wird der Mensch manipuliert zu einem bestimmten Verhalten. Werden immer mehr Straßen Privatstraßen, so ist es bald nicht mehr möglich, sich frei und selbstbestimmt zu bewegen und politisches Bewusstsein zu publizieren. Als stigmatisierte »soziale Randgruppe« ist es nicht mehr erlaubt zu verweilen und subversives Handeln wird von vornherein unterbunden. Die Aneignung und individuelle Nutzung von Raum wird stark eingeschränkt. Zugleich wird der tatsächlich öffentliche »Rest-Raum« zum abfallenden Produkt dessen, was nicht privatwirtschaftlich verwertbar ist. Was und wer uninteressant für den privaten Verwertungsraum ist, wird abgeschoben in den verbleibenden öffentlichen Raum, der nichts anderes als nur noch vernachlässigt wird. Der öffentliche Raum hat jede Berechtigung verloren, alles ist ein »gigantischer Privatraum« geworden. In ihm entsteht ein neuer öffentlicher Raum für eine *exklusive Öffentlichkeit*. Mit dem Verlust des öffentlichen Raums entsteht, obwohl die Grenzen verwischen, dennoch eine neue Zweiteilung in den vernachlässigten, »gefährlichen« öffentlichen Raum und den neu entstandenen schein-öffentlichen Privatraum für eine exklusive Öffentlichkeit. Die schein-öffentlichen Räume werden, anstatt sporadisch von der allgemeinen Öffentlichkeit sozial kontrolliert zu werden, nun professionalisiert und organisiert kontrolliert durch Sicherheitsdienste und elektronische Überwachung. Folglich entsteht ein »beherrscher« öffentlicher Raum, dessen Legitimität sich aus dem stillschweigenden Einverständnis seiner Nutzer speist.

Dass derartige Szenarien bereits Wirklichkeit geworden sind, dass vormals öffentliche Räume wie Straßen zu Verwertungsräumen werden, zeigt sich an der Privatisierung und Kontrolle von Wohnstraßen in so genannten *gated communities*. In Nordamerika und Südafrika

10 Rem Koolhaas, in: Chuihua Judy Chung; Jeffrey Inaba; Rem Koolhaas; Sze Tsung Leong (Ed.): *The Harvard Design School Guide to Shopping*, Köln 2002.

11 Michael Sorkin: »Brand Aid«, in: *Metropolis*, »Design Inc.«, Nr. 17, 2002/2003.

sind derartige geschlossene Wohnsiedlungen heute die verbreitetste Wohnform bei Neubauprojekten für die Ober- und Mittelschicht. Die Wohngebiete sind durch Zäune abgegrenzt. Der Zugang wird kontrolliert, die Nutzung reglementiert (»use is restricted«).

Den Forderungen der Politik nach stärkerer sozialer Integration anstelle von Segregation widerspricht die Nachfrage nach *gated communities* in weiten Ober- und Mittelschichtkreisen. Erzeugt wird die Nachfrage durch ein verbreitetes subjektives Sicherheitsbedürfnis zur Sicherung des Eigentums, das wunschgemäß bedient werden kann. Bereits die *New-Urbanism*-Bewegung, die von den USA ausgegangen ist und bei ihren Neubauprojekten ein aufgeräumtes Straßenbild der Vormoderne zum Vorbild hat, baut auf Sicherheits-»Innovationen«, die glauben machen sollen, es gäbe einen beherrschbaren öffentlichen Raum: Zu den »innovations in crime control« zählen: »community-based police patrols«, Null-Toleranz-Strategien gegenüber Verschmutzungen jeglicher Art und computer-gestützte Rundum-Kontrolle. Der Wahlspruch für den neuen öffentlichen Raum lautet: »Crime can be controlled«.¹²

Aus der neuen Zweiteilung in schein-öffentliche und öffentliche Rest-Räume ergeben sich in der Konsequenz neue Fragen, für die es heute noch keine Antworten gibt, die aber gestellt werden müssen: Was wird mit den sozial Ausgeschlossenen passieren, die sich keine *gated community* leisten können? Haben alle Menschen das Recht, in *gated communities* zu leben? Wo wäre dann noch der öffentliche Raum?¹³

Ein Öffentlichkeits-Postulat

Dies führt zu der Frage, wie viel öffentlichen Raum wir benötigen und wie dieser öffentliche Raum beschaffen sein sollte. Aus demokratiethoretischer Sicht könnte man den öffentlichen Raum als denjenigen Raum definieren, in dem die Gemeinschaft sich nicht nur in ihrer Gesamtheit darstellen kann, sondern auch als Ort, an dem kein Macht- und Herrschaftsanspruch außer dem von der Gemeinschaft legitimierten ausgeübt wird. Im demokratiethoretischen Ideal der partizipativen und deliberativen – teilnehmenden und beratenden – Demokratie kann neben dem virtuellen Raum der Medien auf den realen öffentlichen Raum nicht verzichtet werden. Indes kommt die liberal-repräsentative Demokratie mit einem Öffentlichkeits- und Transparenz-Mythos aus, weil sie faktisch den Bürger aus der Mündigkeit entlässt und die Entscheidungsmacht den Repräsentanten überlässt. Privilegierte Inputs wie den Lobbyismus lässt die liberal-repräsentative Demokratie auch räumlich zu, beispielsweise durch den Zugang zur Parlaments-Lobby. Entscheidender aber ist eine Verschiebung der Entscheidungszentren. Weg von den Parlamenten, die nicht mehr die tatsächlichen Entscheidungen fällen, finden Entscheidungsprozesse nicht mehr im öffentlichen Raum statt, sondern im *Arkanum* (wie der Weltwirtschaftsgipfel in Davos). Dies führt zur De-Platzierung der Macht. Entscheidungen, die längst feststehen, werden zwar in der Öffentlichkeit diskutiert, sind aber durch die faktische Machtverteilung außerhalb des Parlamentes und die so genannten »Sachzwänge« unumstößlich. Jürgen Habermas erkannte den Mangel an öffentlicher und offener Beratung bereits in einem

12 Jonathan Barnett: What's New About the New Urbanism?, in: Charter of the New Urbanism, ed. by the Congress for the New Urbanism, New York 2000, p. 7.

13 Vgl. hierzu Gated communities: Building social division or safer communities? Conference, University of Glasgow, 18 and 19 September 2003 (www.gla.ac.uk/departments/urbanstudies.html).

anderen Kontext. Das Parlament entwickle sich »zu einer Stätte, an der sich weisungsgebundene Parteibeauftragte treffen, um bereits getroffene Entscheidungen registrieren zu lassen.«¹⁴ Zudem kann auf nationaler und subnationaler Ebene nicht mehr entschieden werden. Die *supranationale* Ebene aber und vor allem das System der Weltwirtschaft sind nicht demokratisiert. Dies führt dazu, dass die repräsentative Demokratie in ihrer neoliberalen Ausprägung mindestens noch den Anschein von Öffentlichkeit benötigt. Daher erschafft die repräsentative Demokratie erfolgreich Trugbilder von Öffentlichkeit, von der Zugänglichkeit zu den Entscheidungszentren und von Transparenz. Dass selbst innerhalb des Parlaments ein Mangel an allgemeiner Öffentlichkeit durch Ausschluss herrscht, wird überspielt. Schafft doch die Bannmeile einen »befriedeten« politischen Raum, ziviler Ungehorsam auf Besuchertribünen wird schnell unterbunden und strafrechtlich verfolgt, Pseudo-Öffentlichkeit wird im Plenum abgehalten, während Ausschüsse in vielen Parlamenten nichtöffentlich tagen, obwohl dort noch eher mit offenem Ausgang diskutiert wird. Bereits Robert Dahl sah die Gefahr eines technokratischen Paternalismus, bei dem die politische Steuerung sich von der Öffentlichkeit abschottet, sich vom parlamentarischen Komplex abkoppelt und einschlägige Themen aus den öffentlichen Arenen auswandern.¹⁵

Eine deliberative Demokratie, wie sie Jürgen Habermas vor-schwebt, benötigt hingegen:

- die öffentliche Beratung;
- gleiche Chancen des Zugangs;
- die Ausweitung der Beratungen auf möglichst die ganze Gesellschaft;
- den Abbau kommunikativer (auch räumlicher) Privilegien;
- Räume für Demonstrations- und Versammlungsfreiheit;
- die Zufuhr von informellen öffentlichen Meinungen, die sich in Strukturen einer *nicht-vermachteten* politischen Öffentlichkeit bilden, in der peripheren Öffentlichkeit u. a. durch subkulturelle Lebensformen.

In seinem Demokratiepostulat spricht Habermas mit einer räumlichen Metapher, die aber durchaus real *räumlich* zu verstehen ist: »Jede Begegnung [...] bewegt sich in einem sprachlich konstituierten öffentlichen Raum. Er steht für potenzielle Gesprächspartner offen. [...] Es bieten sich die architektonischen Metaphern des umbauten Raumes an: wir sprechen von Foren, Bühnen, Arenen usw.«¹⁶ Danach meint Öffentlichkeit einen allgemein zugänglichen Kommunikationsraum, in dem neue Problemlagen sensibler wahrgenommen und Identitäten ungezwungener artikuliert werden. Öffentlichkeit ist ein »Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen«, das sich strukturell in eine Vielzahl unterschiedlicher Arenen gliedern lässt. Erst die Verknüpfung der Foren macht eine Vielzahl exklusiver Fach- und Teilöffentlichkeiten zur allgemeinen politischen Öffentlichkeit. Sie ist der Ort des kommunikativen Handelns gesellschaftlicher Akteure, die Habermas gemäß ihrer Zugehörigkeit zu Zentrum oder Peripherie des politischen Systems sortiert.¹⁷

Problembezogen müssen Informationen aus den einzelnen Teilöffentlichkeiten mit ihren anarchischen Strukturen, mit ungleich ver-

14 Jürgen Habermas: Kultur und Kritik. Frankfurt/Main 1973, S. 28.

15 Robert Dahl, zit. in: Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/Main 1992, S. 389.

16 Ebenda, S. 437.

17 Ebenda, S. 435-438; Frank Marcinkowski: Politische Öffentlichkeit. Systemtheoretische Grundlagen und politikwissenschaftliche Konsequenzen, in: Kai-Uwe Hellmann, Rainer Schmalz-Bruns: Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie, Frankfurt/Main 2002, S. 85-108, S. 97.

18 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung, a. a. O., S. 436 f.

19 Ebenda, S. 446 f.

teilter Macht in eine verfahrensregulierte Öffentlichkeit einfließen können. In Habermas' Modell ist die Zufuhr von informellen öffentlichen Meinungen, die sich idealerweise in Strukturen einer nicht-vermachteten politischen Öffentlichkeit bilden, essenziell.¹⁸ Demnach müssen beispielsweise Räume für Demonstrations- und Versammlungsfreiheit erkämpft werden.¹⁹ Nur so kann die soziale Peripherie neue Problemlagen in die Zentren der Politik, in die »verfahrensregulierte Öffentlichkeit« einbringen.

Fazit

Ein Verlust des öffentlichen Raums hat konkrete gesellschaftliche und politische Auswirkungen. Die Gesellschaft kann sich in ihrer Gesamtheit nur im öffentlichen Raum konstituieren. Hier findet das aktive soziale Handeln statt. Die oben entwickelte Typologie hat eine Abstufung vom aktiven zum passiven sozialen Handeln aufgezeigt. Im ersten Typus, dem öffentlichen Aktionsraum, richtet sich die Gemeinschaft selbst ein und handelt aktiv und kreativ. Im fünften Typus, dem schein-öffentlichen Privatraum, wird Öffentlichkeit nur noch simuliert, unsere Wahrnehmung wird streng genommen getäuscht. Hier hat jedes Ding bereits seinen Platz, der Raum folgt einem fremdbestimmten kapitalinteressengeleiteten Zweck. Soziales Handeln ist reduziert auf die passive Ersatzhandlung des Konsumierens.

Welche gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen ruft der simulierte und privatwirtschaftlich verwertete öffentliche Raum hervor?

Erstens führt die Tendenz zur Ausgrenzung unerwünschter Gruppen aus der wahrgenommenen Öffentlichkeit. Als soziale Randgruppen werden diese Menschen stigmatisiert und diskriminiert. Sie werden in die »Rest-Räume« abgeschoben. Alternative Lebensmilieus werden aus den Zentren der Stadt verdrängt und räumlich marginalisiert.

Zweitens ziehen sich parallel zu diesem Prozess auch die Mittel- und Oberschichten ins Private zurück, in ihre bewachten »Reichen-Gettos«. Soziale Entmischung führt dazu, dass die Gesellschaft nur noch in Gesellschaftsfragmenten lebt und handelt und sich nicht mehr begegnet.

Drittens werden die Zentren der Stadt exklusiv und entpolitisiert. Die Stadt verliert an Möglichkeiten des Publizierens von gesellschaftlichem und politischem Bewusstsein. Die politischen Marktplätze, die *Agoren*, schrumpfen. Politische Entscheidungen finden exklusiv, ohne Einflussnahme nicht-vermachteter Gruppen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Habermas' Forderung nach einer deliberativen Demokratie ist zwar utopisch. Keine komplexe Gesellschaft wird je, selbst unter günstigen Bedingungen, dem Modell reiner kommunikativer Vergesellschaftung entsprechen können, räumt Habermas selbst ein.²⁰ Aber diese Utopie macht deutlich, dass eine nach Demokratisierung aller Lebensbereiche strebende Öffentlichkeit auf den öffentlichen Raum nicht verzichten kann. Im anzustrebenden Ziel, demokratische Verfahrensweisen bis weit in den zivilgesellschaftlichen Bereich auszudehnen, zeigt sich, dass ein Verlust des öffentlichen Raums nicht hingenommen werden kann.

20 Ebenda, S. 396.

Öffentlichkeit herzustellen heißt nicht nur, Räume öffentlich zugänglich zu machen und sich die Gesellschaft in aller Öffentlichkeit darstellen zu lassen. Es bedeutet auch nicht die Inklusion in eine Shopping-Welt nach dem Grundsatz, alle am Konsum teilhaben zu lassen. Dieser scheinbar letzten öffentlichen, fremdbestimmten Handlung stehen die tatsächlich gemeinschaftlichen Bedürfnisse gegenüber, bereits ausgegrenzte soziale Gruppen wieder in die Öffentlichkeit einzubeziehen, subkulturelle Identitäten im öffentlichen Raum zu leben und politisches Bewusstsein publik zu machen. Im Konkreten geben Aktionen wie die *InnenStadtAktion!*,²¹ die den öffentlichen Raum künstlerisch-politisch zurückerobern, Beispiel für selbstbestimmtes Handeln gegen den Verlust des öffentlichen Raums. Es muss die Möglichkeit erkämpft werden, von der eigenen Umwelt wieder Besitz ergreifen und Räume der Autonomie entwickeln zu können. In der Frage, wem die Stadt gehört, kann gegen die globalisierten Kapitalinteressen nur konfrontativ und offensiv agiert werden. Ziviler Ungehorsam, ideenreiche legale Störungen und künstlerische Aktionen sind angebrachte Mittel zur Rückgewinnung zivilgesellschaftlicher Aktionsräume.

Literatur

- Baldauf, Anette: Consumed, in: Kuhlmann, Dörte; Hnilica, Sonja; Jormakka, Kari (Hrsg.): Building Power. Architektur, Macht, Geschlecht, Wien 2003, S. 20-43.
- Barnett, Jonathan: What's New About the New Urbanism?, in: Charter of the New Urbanism, ed. by the Congress for the New Urbanism, New York 2000.
- Berding, Ulrich; Selle, Klaus; Kuklinski, Oliver: Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum, in: Werkstatt: Praxis, H. 2, 2003.
- Christ, Wolfgang: Öffentlicher versus privater Raum. Überarbeitete Fassung des Vortrags beim Internationalen Symposium »Die europäische Stadt – ein auslaufendes Modell?« IRS am 16. und 17. März 2000 (Bauhaus-Universität Weimar, FB Architektur: www.uni-weimar.de/architektur/staedtebau/forschung/aufsaetze/public_private.htm).
- Grothe, Nicole: InnenStadtAktion! Neoliberale Stadtpolitik, politische Kunst und Möglichkeiten der Intervention im »öffentlichen« Raum, in: Hertzfeldt, Hella; Schäfgén, Katrin (Hrsg.): Kultur, Macht, Politik. Perspektiven einer kritischen Wissenschaft. Zweites Doktorandenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Oktober 2003. Berlin 2004 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 51).
- Habermas, Jürgen: Kultur und Kritik, Frankfurt/Main 1973.
- Ders.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/Main 1992.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Sonderheft 13/1993.
- Jacobs, Jerry: The Mall. An Attempted Escape from Everyday Life, Illinois 1984.
- Koolhaas, Rem, in: Chung, Chuihua Judy; Inaba, Jeffrey; Koolhaas, Rem; Leong, Sze Tsung (Ed.): The Harvard Design School Guide to Shopping, Köln 2002.
- Lerup, Lars: Das Unfertige bauen. Architektur und menschliches Handeln, Braunschweig 1986 (Bauwelt-Fundamente; 71).
- Longstreth, Richard: City Center to Regional Mall. Architecture, the Automobile, and Retailing in Los Angeles, 1920-1950, Cambridge 1997.
- Marcinkowski, Frank: Politische Öffentlichkeit. Systemtheoretische Grundlagen und politikwissenschaftliche Konsequenzen, in: Hellmann, Kai-Uwe; Schmalz-Bruns, Rainer: Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie, Frankfurt/Main 2002, S. 85-108.
- Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1965.
- Rodenstein, Marianne: Öffentlicher Raum und Gesellschaft, in: Der öffentliche Raum. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt/Main 2000, S. 51-56.
- Siebel, Walter: Qualitätswandel des öffentlichen Raums, in: Wolkenkuckucksheim. Zeitschrift für Theorie der Architektur, 9. Jg., H.1, Nov.2004 (www.tu-cottbus.de/BTU/Fak2/TheoArch/Wolke.htm).
- Sorkin, Michael: »Brand Aid«, in: Metropolis, »Design Inc.«, Nr. 17, 2002/2003.
- Stampfli-Marzaroli, Silvia: Städtische Bewegungen und der soziale Raum der Städte. Kollektive Aktionen zwischen exklusivem Selbstbezug und Solidarität, Zürich 2003 (Soziologisches Institut der Universität Zürich).

21 Vgl. Nicole Grothe: InnenStadtAktion! Neoliberale Stadtpolitik, politische Kunst und Möglichkeiten der Intervention im »öffentlichen« Raum, in: Hella Hertzfeldt, Katrin Schäfgén (Hrsg.): Kultur, Macht, Politik. Perspektiven einer kritischen Wissenschaft. Zweites Doktorandenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Oktober 2003, Berlin 2004 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 51), S. 30-47.

MANFRED SOHN

Programmhinweise aus Fernost

Zur Neufassung des Programms der Japanischen KP

Seit den Bundestagswahlen am 18. September 2005 sitzt wieder eine Linksfraktion im Bundestag – und zwar mit 8,7 Prozent der Stimmen und 54 Sitzen in einer bisher nicht dagewesenen Stärke. Es beginnt nun eine intensive inhaltliche Arbeit der von Linkspartei.PDS, WASG und anderen Linken ins Auge gefassten neuen Linkspartei, die sich programmatisch erst finden muss. Da mag es – zumal, wenn überall von »Globalisierung« die Rede ist – hilfreich sein, auf die kürzlich mit einer Programmrevision abgeschlossene Arbeit einer Partei zu schauen, die dem Denken vieler PDSler, WASGler und anderer deutscher Linker näher steht, als oft angenommen wird.

Die Rede ist von einem Land, das sprachlich und geographisch weit weg, aber ökonomisch, historisch und hinsichtlich seiner Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland verwandter ist als die meisten anderen Länder dieser Erde.

Die Partei, um die es hier geht, erreichte bei den nationalen Wahlen der letzten Jahrzehnte kontinuierlich zwischen 7 und 10 Prozent der Stimmen – eine 5-Prozent-Hürde hätte sie also niemals geschreckt. Sie kämpft mit ähnlichen Problemen der Gewinnung junger Mitglieder wie die PDS, aber auf einem höheren Niveau: Sie hat jüngst das 400 000ste Mitglied aufgenommen und sich das Ziel gesetzt, auf eine halbe Million Mitglieder zu wachsen. Es gibt in jenem Land keine noch so kleine Stadt und keinen größeren Betrieb ohne einen ihrer »Zweige«. Ihre Zeitung – die *Akahata* (Rote Fahne) – wird überwiegend von ihren Mitgliedern an die Abonnenten verteilt – rund eine halbe Million an Werktagen und 1,5 Millionen an den Wochenenden.

Der Antikommunismus ist, wie Thomas Mann sagte, die Grundtorheit unserer Epoche. Vielleicht hängt es mit der Wirksamkeit dieser Torheit zusammen, dass hierzulande so wenig Neugier besteht auf diese Partei, die eben immer noch und wohl auch künftig das Wort »kommunistisch« im Namen trägt: Japanische Kommunistische Partei (JKP). Einen rationalen Grund, bei den kommenden programmatischen Debatten in Deutschland nicht auf die Erkenntnisse dieser erfolgreichsten marxistischen Partei in einem entwickelten Land zurückzugreifen, gibt es jedenfalls nicht.

Im Januar 2004 führte die JKP ihren 23. Kongress durch und verabschiedete dort u. a. ihr überarbeitetes Programm.¹

Das Programm

Im Vergleich zu hiesigen programmatischen Debatten fallen zwei Dinge sofort ins Auge: Während die Linke in Deutschland eine

Manfred Sohn – Jg. 1955; Dipl.-Sozialwirt, Dr. disc. pol.; seit 1977 erst DKP-, dann PDS-Mitglied; Versicherungsangestellter und Personal- und Aufsichtsrat; aktives ver.di-Mitglied; Publikationen in linken Medien in der BRD, in Großbritannien und in den USA; zu Japan u. a. gemeinsam mit Hans Modrow: Vor dem großen Sprung? Überblick über die Politik der Japanischen Kommunistischen Partei, GNN-Verlag Schkeuditz 2000. Kontakt: Drmaso@t-online.de

1 Im November 2004 ist das Programm einschließlich ausführlicher Bemerkungen zur Diskussion, der aktuellen politischen Resolution des Kongresses, wichtiger Reden und des Statuts der Partei in einer von der KP autorisierten Fassung auf Englisch er-

qualvolle Geschichte organisatorischer Brüche erlitten hat und Programme in der Regel von Grund auf neu schreibt, atmet dieses Dokument die Ruhe eines historischen Herangehens an politische Prozesse. Dies wird deutlich am ersten Satz des Dokuments: »Die Japanische Kommunistische Partei wurde am 15. Juli 1922 mitten in Volksbefreiungskämpfen, die in Japan und der Welt aufflammten, als eine Partei mit dem wissenschaftlichen Sozialismus als theoretische Basis gegründet (...).« (I/1)

In den über 80 Jahren dieser Partei hat es keine neuen Programme, sondern nur jeweils Aktualisierungen der alten programmatischen Aussagen gegeben – und der folgende Abriss wird zeigen, dass die Partei die postulierten Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus nicht zu verlassen brauchte, um erfolgreich zu sein.

Zweitens fällt die Kürze des Papiers auf. Während die PDS gut 50 eng bedruckte A-5-Seiten braucht, um deutlich zu machen, wer sie ist und was sie will, kommt die JKP mit rund einem Drittel dieses Umfangs aus. Das ermöglicht im Folgenden den Luxus, einige Abschnitte ausführlicher zu zitieren, die Bereiche betreffen, die inhaltlich vermutlich bald im Zentrum kontroverser Erörterungen in der neuen deutschen Linkspartei stehen werden.

Das Programm gliedert sich in fünf Abschnitte:

- I. Die japanische Gesellschaft vor dem Krieg und die JKP;
- II. Charakteristik der japanischen Gesellschaft nach dem Krieg;
- III. Die Weltlage – vom 20. zum 21. Jahrhundert;
- IV. Demokratische Revolution und eine demokratische Koalitionsregierung;
- V. Für eine sozialistisch/kommunistische Gesellschaft.

Im *ersten Abschnitt* wird die leidvolle Geschichte der japanischen Gesellschaft auf dem Weg zur Militarisierung geschildert, die sie an die Seite der faschistischen Mächte Europas führte und die in Hiroshima und Nagasaki ihr Ende fand.

Der *zweite Abschnitt* markiert einen deutlichen Unterschied zwischen der Entwicklung Japans und Deutschlands: Der eine Hauptaggressor des Zweiten Weltkriegs war von mehreren Siegermächten besetzt, die in ihren Besatzungszonen jeweils unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungswege forcierten. Der andere war von Norden bis Süden von den USA besetzt. Die Verbindung des nachfolgenden ökonomischen Aufschwungs mit jahrzehntelanger Besetzung durch die USA führt nach Meinung der dortigen KP dazu, dass Japan zwar ein hochentwickeltes kapitalistisches, aber kein imperialistisches Land sei – dazu sei die Unterordnung unter den Willen der USA zu ausgeprägt: »Obwohl Japan ein hochentwickeltes kapitalistisches Land ist, ist es praktisch ein abhängiges Land, bei dem große Teile des Territoriums, der Militärpolitik und anderer staatlicher Bereiche von den Vereinigten Staaten kontrolliert werden. (...) Die japanischen Selbstverteidigungs-Kräfte, die praktisch unter US-Kontrolle und -Kommando stehen, werden gezwungen, die US-Weltstrategie zu unterstützen. (...) Die Beziehung zwischen Japan und den USA ist nicht die einer Allianz gleicher Rechte. Der gegenwärtige Status von Japan ist durch seine Unterordnung unter die USA gekennzeichnet, die nicht nur außergewöhnlich für ein entwickeltes kapitalistisches Land ist, sondern auch hinsichtlich der in-

schienen und kann für 2 200 Yen (rund 15 Euro) plus Porto bestellt werden bei: Japan Press Service, 4-25-6 Sendagaya, Shibuya-ku, Tokio 151-0051, Japan. Die Zitate dieses Artikels beziehen sich zur besseren Nachprüfbarkeit auf diese Ausgabe. Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die jeweiligen Gliederungsabschnitte des Programms.

ternationalen Beziehungen, in denen die Kolonisierung Geschichte ist. Die US-Dominanz hat eindeutig einen imperialistischen Charakter, weil sie die Souveränität und Unabhängigkeit Japans im Interesse der weltweiten Strategie der USA und des US-Monopolkapitalismus mit Füßen tritt.« (II/5)

Unter dem Schutz dieser Fremdherrschaft, so der Grundgedanke des Programms, habe sich ein Machtkartell aus Bürokraten und den Führungen der multinationalen Konzerne etabliert, das die in der Verfassung verankerte Demokratie erstickt und den Interessen des Volkes zuwiderläuft. Kern des Machtapparates sei ein »korruptes Dreierkartell von reaktionären Politikern, privilegierten Bürokraten und einigen großen Konzernen. Endlose Schmiergeld-, Bestechungs- und Korruptionsskandale verdeutlichen die unerfindlichen Abgründe des japanischen Monopolkapitalismus und der politischen Reaktion.« (II/5) Ein solcher von Unterordnung und Korruption gekennzeichneter Kapitalismus, so die Prognose der Partei, werde angesichts der zu erwartenden »tumultartigen Situationen der kapitalistischen Welt im 21. Jahrhundert« vor besonders großen Widersprüchen und Krisenerscheinungen stehen.

Der folgende *Abschnitt III* sei vollständig und unkommentiert zitiert, weil er von einem sich auf Lenin berufenden Standpunkt aus eine Einschätzung der Weltlage anbietet, die für die deutschen Debatten besonders hilfreich sein könnte.

Die Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts

Der Abschnitt trägt die Überschrift »III. Die Weltlage – vom 20. zum 21. Jahrhundert« und hat folgenden Wortlaut:

»(7) Das 20. Jahrhundert begann mit der Herrschaft von Monopolkapitalismus und Imperialismus über die Welt. Während des 20. Jahrhunderts litt die Menschheit unter zwei Weltkriegen, Faschismus, Militarismus und einer Serie von Aggressionskriegen. Aber diese Katastrophen wurden durch die Anstrengungen und erbitterten Kämpfe der Völker überwunden, die den Weg für enorme historische Veränderungen öffneten.

Das Kolonialsystem, das viele Nationen unterdrückte, brach vollständig zusammen, und das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung wurde ein allgemein anerkanntes Prinzip. Mehr als 100 Länder wurden souveräne, politisch unabhängige Staaten. Diese Länder bilden den Hauptblock nichtallierter Staaten, die eine wichtige Kraft der internationalen Politik für eine Welt darstellen, die friedlich ist und auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen basiert.

Demokratie und Volkssouveränität bilden nunmehr eine Strömung, die als politisches Prinzip von der Mehrheit der Länder der Welt anerkannt ist und so den Haupttrend der Weltpolitik darstellt.

Mit der Gründung der Vereinten Nationen wurde die Ächtung des Krieges als geschichtliche Grundlage der Entwicklung verankert und die Bildung einer internationalen Weltfriedensordnung als Ziel festgelegt, um in Zukunft Kriege zu verhindern. Angesichts dessen, was die Welt im 20. Jahrhundert erlitten hat, insbesondere durch die Aggressionskriege und die Versuche, sie zu verhindern, ist es eine Aufgabe von immer größerer Wichtigkeit für die Völker, eine solche Weltfriedensordnung zu etablieren.

(8) Die Ära des Kapitalismus als die einzige die Welt beherrschende Ordnung endete mit der Russischen Sozialistischen Oktoberrevolution, die 1917 ausbrach. Nach dem Zweiten Weltkrieg begaben sich eine Reihe von Ländern in Asien, Osteuropa und Lateinamerika auf den Weg, der sie vom Kapitalismus wegführte.

In ihren ersten Jahren erreichte die Sowjetunion, das erste Land, das den Weg zum Sozialismus einschlug, unter der Führung von Lenin trotz ihrer sozialen und ökonomischen Rückständigkeit und trotz der Notwendigkeit, durch Versuch und Irrtum voranzukommen, eine Reihe positiver Resultate hinsichtlich des sozialistischen Ziels. Nach Lenins Tod aber gaben Stalin und andere nachfolgende Sowjet-Führer die Prinzipien des Sozialismus auf. International schlugen sie den Weg des Hegemonismus durch Invasion und Unterdrückung anderer Nationen ein, und innenpolitisch errichteten sie Bürokratie und Despotismus, die das Volk seiner Freiheit und seiner demokratischen Rechte beraubte und das arbeitende Volk unterdrückte. Um so mehr als dies im Namen des ›Sozialismus‹ geschah, hatten diese Irrwege besonders negative Effekte für die Bewegung für Frieden und sozialen Fortschritt.

Die JKP hat als eine unabhängige Partei, die den wissenschaftlichen Sozialismus verteidigt, die Einmischungen des sowjetischen Hegemonismus in die japanische Bewegung für Frieden und sozialen Fortschritt sowie die sowjetischen Invasionen in der ČSSR und Afghanistan bekämpft.

Der Zusammenbruch der herrschenden Regime in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Ländern Osteuropas zwischen 1989 und 1991 war kein Scheitern des Sozialismus – es war ein Scheitern von Hegemonismus, Bürokratismus und Despotismus, womit eine Abwendung von der Sache des Sozialismus vollzogen worden war. Am Anfang setzten sich diese Länder das Ziel des Sozialismus, aber wegen der Fehler ihrer Führungen entwickelten sich diese Gesellschaften so repressiv, dass sie mit Sozialismus nichts mehr gemein hatten und so an ihr Ende kamen.

Der Niedergang des historischen und folgenreichen Übels des sowjetischen Hegemonismus hat auf lange Sicht den Weg für neue Möglichkeiten einer vernünftigen Entwicklung der weltweiten revolutionären Bewegungen geebnet.

Es ist wichtig, zu bemerken, dass heute mehrere Länder, die sich vom Kapitalismus losgesagt haben, einen erneuten Anlauf zum Sozialismus nehmen, der Anstrengungen einschließt, ›Sozialismus über Marktwirtschaft‹ zu erreichen, obwohl diese Länder eine Reihe von politischen und ökonomischen Problemen zu lösen haben. Diese Anstrengungen umfassen eine historisch wichtige Strömung des 21. Jahrhunderts und eine riesige Region mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 1,3 Milliarden Menschen.

(9) Die Desintegration der Sowjetunion und anderer Länder haben keinen Beweis für die Überlegenheit des Kapitalismus erbracht. Die Widersprüche des Kapitalismus, die von seiner Unfähigkeit herühren, die enorm entwickelten Produktivkräfte zu beherrschen, drücken sich heute darin aus, dass sich die Lebensbedingungen einer großen Zahl von Völkern mehr verschlimmern als je zuvor, dass sich der Abstand von reich zu arm vergrößert. Die Widersprüche führen

zu ständigen ökonomischen Rezessionen und massiver Arbeitslosigkeit, zu zügellosen internationalen Finanzspekulationen, zur weltweiten Zerstörung der Umwelt – was ein besonders negatives Erbe des Kolonialismus darstellt – sowie zu unbeschreiblicher Armut in vielen Ländern Asiens, des mittleren Ostens, Afrikas und Lateinamerikas – dem ›Nord-Süd-Problem‹.

Die Gefahr eines Nuklearkrieges bedroht weiter Mutter Erde und die Menschheit. Enorme Mengen nuklearer Waffen, die während des Rüstungswettlaufs zwischen den USA und der Sowjetunion angehäuft wurden, bilden weiterhin eine große Gefahr für das Überleben der Menschheit. Um die Gefahr eines Nuklearkrieges zu bannen, gibt es keine Alternative zur Abschaffung nuklearer Waffen. Der Ruf ›Keine weiteren Hiroshimas! Keine weiteren Nagasakis!‹, der von den Weltkonferenzen gegen Atom- und Wasserstoffbomben erscholl, ist inzwischen auf dem ganzen Erdball zu hören. In der internationalen Politik wächst der Ruf für die Abschaffung nuklearer Waffen kontinuierlich, aber die Kräfte, die sich weigern, nukleare Waffen aufzugeben, verteidigen ihr Monopol auf diese Waffen hartnäckig als ein Mittel, um ihre strategischen Ziele durchzusetzen.

Die Versuche, in vielen Teilen der Welt Militärblöcke und ein militärisch dominiertes Herangehen an internationale Fragen zu stärken, bilden den Hauptgrund für wachsende Spannungen und die Bedrohung des Friedens.

Besonders schwerwiegend ist, dass die USA, die ihre nationalen Interessen über den Weltfrieden und geordnete internationale Beziehungen stellen, in Missachtung der Vereinten Nationen ihre Strategie der Präventivkriege gegenüber anderen Ländern verwirklichen und versuchen, eine neue Form des Kolonialismus durchzusetzen. Die USA beanspruchen für sich die Rolle des ›Weltpolizisten‹, um ihre finsternen Bemühungen zu rechtfertigen, eine US-dominierte Weltordnung durchzusetzen und die Erde zu beherrschen. Das ist nichts anderes als ein offenkundiger Ausdruck des aggressiven, dem Monopolkapitalismus eigenen Wesens des Imperialismus unter Bedingungen, bei denen die Vereinigten Staaten als einzige verbliebene Supermacht nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion dem Rest der Welt gegenüberstehen. Die offenkundige Politik und Aktivitäten von Hegemonismus und Imperialismus sind unvereinbar mit den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit oder mit den Prinzipien, die in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben sind.

Der US Imperialismus ist heutzutage die größte Bedrohung des Weltfriedens, der Sicherheit, der souveränen Rechte und der Unabhängigkeit der Nationen.

Das Streben der USA nach Hegemonie, ihre imperialistische Politik und Aktionen führen zu Widersprüchen und Rissen gegenüber anderen monopolkapitalistischen Ländern. Das Bestreben einer ökonomischen Hegemonie mit dem Ziel, den Rest der Welt im Namen der ›Globalisierung‹ in eine von den USA geführte ökonomische Ordnung zu zwingen, führt auch zu Unordnung in der Weltökonomie.

(10) Angesichts der oben dargelegten Situation ist es dringender als je zuvor, den Kampf gegen jede Form von Hegemonismus, den Kampf zur Verteidigung der internationalen Friedensordnung, den

Kampf für die Abschaffung nuklearer Waffen, den Kampf gegen Militärböcke, den Kampf für die Respektierung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung und Freiheit von Gewalt, den Kampf für die Etablierung einer demokratischen internationalen Weltwirtschaftsordnung, die auf dem Respekt für die nationale Wirtschaftssouveränität basiert, zu entwickeln.

Für die Kräfte, die für Frieden und sozialen Fortschritt wirken, ist es wichtig, Anstrengungen für die Erreichung ihrer Ziele solidarisch und in angemessenen Formen auf sowohl nationaler wie auch internationaler Ebene zu unternehmen.

Die Japanische Kommunistische Partei unterstützt den Kampf für den Fortschritt der Menschheit in Solidarität mit der arbeitenden Klasse der ganzen Welt und allen Völkern, die für die Sache der nationalen Unabhängigkeit, Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen.

Besonders wichtig ist es, festzustellen, dass die Hauptfrage heute die ist, dass die Welt zwischen zwei Modellen internationaler Ordnungen wählen muß: einer Ordnung des Friedens, die sich auf die UN-Charta gründet, oder einer anderen, die geprägt wäre durch Intervention, Aggression und eine Unterdrückung, die den Vereinigten Staaten die Freiheit gäbe, tyrannisch zu herrschen. Die JKP wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um die internationale Solidarität zu entwickeln und so zu helfen, die USA an der Beherrschung der Welt zu hindern, eine internationale Ordnung des Friedens zu etablieren und eine Welt ohne nukleare Waffen oder militärische Allianzen zu erreichen.

So beginnt die Welt das 21. Jahrhundert. Obwohl es viel Auf und Ab und Hin und Her und auch zeitweise oder über längere Zeiträume nach rückwärts gerichtete Bewegungen im Verlaufe der Geschichte geben wird, wird es auf lange Sicht eine soziale Entwicklung geben, in der die Überwindung von Imperialismus und Kapitalismus gelingt und die zum Sozialismus fortschreitet.«

Aktuelle Aufgabe: Demokratische Revolution

Mit dem zuletzt zitierten Satz – der sich in ähnlichem Geist auch an anderen Stellen im Programm findet – wird der eingangs erwähnte lange historische Atem, den die japanische KP besitzt, besonders deutlich. Wer auf über 80 Jahre kontinuierlich gelebte Geschichte zurückblickt, ist eben auch in der Lage, die Erreichung des Ziels »Sozialismus« nicht im Zeitraum eines Jahres oder eines Jahrzehnts, sondern in einer Jahrhundertspanne zu denken und zu formulieren.

Da aber ein Programm mit wissenschaftlichem Anspruch immer die Klammer zwischen Analyse grundlegender Prozesse und Forderungen für die nächsten Schritte finden muss, ist der *Abschnitt IV* den jetzt anstehenden Problemen gewidmet. Die Partei macht im ersten Satz dieses Abschnitts klar, dass es jetzt nicht um Sozialismus geht:

»Die Veränderung, welche die japanische Gesellschaft jetzt braucht, ist keine sozialistische, sondern eine demokratische Revolution. Es ist eine Revolution, welche die außergewöhnliche Unterordnung Japans unter die Vereinigten Staaten und die tyrannische Herrschaft der großen Konzerne und Wirtschaftszirkel beendet, eine Revolution, die Japans Unabhängigkeit sichert und demokratische Refor-

men in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durchsetzt. Obwohl dies demokratische Reformen innerhalb des kapitalistischen Rahmens sind, können sie im vollen Umfang nur erreicht werden durch eine Verlagerung der Staatsmacht auf die Kräfte, welche die grundlegenden Interessen des japanischen Volkes und nicht die des japanischen Monopolkapitals und der Unterordnung unter die USA repräsentieren. Ein Erfolg beim Erwirken dieses demokratischen Wandels wird helfen, die Probleme zu lösen, unter denen das Volk leidet, und den Weg freilegen, um ein unabhängiges, demokratisches und friedfertiges Japan zu errichten, das die grundlegenden Interessen der Mehrheit des Volkes sichert.« (IV/11)

Die aktuellen dieser »demokratischen Reformen« werden dann in 21 Punkten aufgelistet und konkretisiert. Sie betreffen u. a.

- den Rückzug aller amerikanischen Truppen und Militärbasen aus Japan;
- die Verteidigung des Artikels 9 der Verfassung, in dem Japan den Krieg als Mittel der Politik ein für alle Mal ausschließt;
- die Forderung nach der Abschaffung nuklearer Waffen und der Auflösung aller Militärbündnisse;
- die Errichtung internationaler Kontrollen zur Eingrenzung der wirtschaftlichen Hegemonie der Großmächte;
- die Herstellung gleicher Rechte für Mann und Frau;
- die Gewährleistung, dass der Kaiser sich an die Verfassungsbestimmungen hält, keinen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte auszuüben;
- die Überwindung des gegenwärtigen japanischen Kapitalismus, der »ohne Regeln« den Unternehmern freie Hand für endlose Überstunden, Lohnkürzungen und willkürliche Entlassungen lässt – wobei ausdrücklich der in Europa erreichte Stand der Regulierung der Arbeitswelt als Ziel gesetzt wird;
- Maßnahmen, um den Trend zum Absinken der Geburtenrate umzudrehen.

Diese »demokratische Transformation« werde erreicht werden durch die Kräfte einer »Vereinten Front«, die alle Menschen einschließt, die nationale Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und bessere Lebensbedingungen anstreben. Ausdrücklich genannt werden: »Arbeiter, arbeitende Bürger, Bauern, Fischer, kleine und mittlere Unternehmer, Intellektuelle, Jugendliche und Studenten«. (IV/13) Wichtig sei dabei eine Stärkung der Vertretung dieser Front im Parlament und des gemeinsamen Kampfes der JKP mit außerparlamentarischen Bewegungen.

Zur Rolle der Partei innerhalb dieser »Front« führt das Programm aus: »Die JKP muss die Rolle des entschiedensten Förderers einer Bewegung für eine gemeinsame nationale Anstrengung und Einheit übernehmen. Das Wachstum der JKP, gestützt sowohl auf hochentwickelte politische und theoretische Fähigkeit als auch auf große organisatorische Stärke mit festen Verbindungen zu Arbeitern und anderen Teilen des Volkes, ist für die Entwicklung der Vereinten Front unverzichtbar.« (IV/13)

Angestrebt wird eine demokratische Koalitionsregierung dann, wenn die JKP und die Vereinte Front eine »stabile Mehrheit« im Parlament errungen haben. Der sich an diese Aussage anschließende

Absatz deutet darauf hin, dass die Debatte um Regierungsbeteiligungen unterhalb einer eigenen Mehrheit die sozialistisch orientierte Linke nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Ostasien quält:

»Im Laufe der Entwicklung der Vereinten Front könnten Bedingungen entstehen, um eine Vereinte Front fußend auf einigen, aber nicht allen oben dargelegten Haupt-Programmpunkten zu errichten, deren Realisierung eigentlich für eine demokratische Reform benötigt würde. Wenn eine solche Anstrengung eine sinnvolle Alternative ist, um die Interessen des Volkes zu sichern und die gegenwärtige reaktionäre Herrschaft zu schlagen, wird die JKP das in ihren Kräften Stehende für die Entwicklung einer solchen Front und die Etablierung einer entsprechenden Regierung im Rahmen der dringendsten der oben aufgeführten Ziele tun.«

Hingewiesen wird darauf, dass die Hindernisse nicht unterschätzt werden dürfen, die einem solchen Prozess seitens der Vereinigten Staaten in den Weg gelegt werden würden. Wichtig sei es auch, die gesamte staatliche Organisation nicht nur formal, sondern tatsächlich unter die Kontrolle der demokratischen Kräfte zu bringen.

Ziel: eine sozialistisch/kommunistische Gesellschaft

Bis zu diesem Hauptabschnitt IV könnte dies auch das Programm einer linksbürgerlich-demokratischen Partei mit sozialistischen Traditionswurzeln sein – wäre da nicht der abschließende *Abschnitt V*, in dem das Endziel der politischen Anstrengungen formuliert wird. Auch hier lohnt für die Bereicherung der hiesigen Debatten eine ausführliche Übersetzung zumindest des ersten Unterabschnitts. Er trägt die Überschrift »Für eine sozialistisch/kommunistische Gesellschaft« und lautet: »(15) Im nächsten Stadium der sozialen Entwicklung Japans besteht die Aufgabe darin, den Kapitalismus zu überwinden, eine sozialistische Transformation durchzuführen und zu einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaft voranzuschreiten. In der Weltgeschichte hat es bisher eine reale sozialistische Transformation auf der Basis einer entwickelten Ökonomie und sozialer Errungenschaften aus der kapitalistischen Epoche noch nicht gegeben. In einem entwickelten kapitalistischen Land daran zu arbeiten, zum Sozialismus und Kommunismus zu gelangen, ist eine neue historische Aufgabe für das 21. Jahrhundert.

Das Kernelement einer sozialistischen Transformation ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, durch die Besitz, Kontrolle und Management der Hauptproduktionsmittel auf die Gesellschaft übergehen. Die Vergesellschaftung betrifft nur die Produktionsmittel – soweit Konsumgüter² betroffen sind, wird das Recht zum Privateigentum in jedem Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung gewährleistet.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird den Weg für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für die Verbesserung der Lebensbedingungen des ganzen Volkes, für die Befreiung der Gesellschaft von Armut, für die Realisierung kürzerer Arbeitszeiten ebnen und so eine menschenwürdige Entwicklung aller Glieder der Gesellschaft sicherstellen.

Ein sozialistisch/kommunistisches Japan wird alle wertvollen Errungenschaften der kapitalistischen Ära bewahren und weiterent-

2 Der englische Text nennt hier »means of living« – gemeint sind damit allerdings alle Mittel, die der Mensch unmittelbar zum Leben braucht. Ich habe es daher hier als »Konsumgüter« übersetzt.

wickeln – einschließlich der Demokratie und der Freiheit. Die ›Freiheit zur Ausbeutung‹ allerdings wird eingeschränkt und im weiteren Verlauf der Entwicklung der Reformen wird ihre Abschaffung angestrebt. Die Abschaffung der Ausbeutung wird den Weg für eine Gesellschaft ebnen, in der die Menschen die entscheidenden Personen der Gesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes werden. (...)

Die Freiheit unterschiedlicher Ideologien und Überzeugungen wie auch die politischer Aktivitäten einschließlich derer oppositioneller Parteien wird rigoros geschützt werden. Einer besonderen politischen Partei als ›führende Partei‹ im Namen des ›Sozialismus‹ Privilegien zu gewähren oder eine bestimmte Weltanschauung als ›Staatsphilosophie‹ zu definieren, wären Maßnahmen, die nichts mit Sozialismus zu tun haben und deshalb kategorisch zurückgewiesen werden.

Wenn eine sozialistisch/kommunistische Gesellschaft einen höheren Grad der Entwicklung erreicht und wenn die Mehrheit der Bevölkerung aus Generationen³ besteht, denen Ausbeutung und Unterdrückung fremd ist, werden sich reale Möglichkeiten öffnen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der alle Zwangsmittel der staatlichen Macht überflüssig werden und eine Assoziation gleicher und freier Menschen ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und eine Welt frei von Unterdrückung und Krieg entstehen.«

Betont wird in den folgenden Absätzen noch einmal, dass diese Transformation nicht in einer kurzen Periode durchgeführt werden könne, sondern einen langen Prozess und einen großen nationalen Konsens erfordere. Besonderes Augenmerk richtet das Programm dann noch auf zwei Punkte:

»a) Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann entsprechend der konkreten Situation und Bedingungen verschiedene Formen des Eigentums, der Kontrolle und des Managements bedeuten. Obwohl es wichtig ist, Formen zu finden, die der japanischen Gesellschaft angemessen sind, darf das sozialistische Prinzip, dass die Produzenten selbst die entscheidenden Personen sind, niemals aufgegeben werden. Der Irrtum, der durch die frühere Sowjetunion begangen wurde, indem ein Bürokratismus errichtet wurde, der die Produzenten unter der irreführenden Vorgabe der ›Nationalisierung‹ und ›Kollektivierung‹ unterdrückt hat, darf sich niemals wiederholen.

b) Unter den japanischen Bedingungen erfolgt das Voranschreiten zum Sozialismus über eine Marktwirtschaft. Bei der Durchführung sozialistischer Reformen ist es wichtig, die Wirtschaft effektiv zu gestalten und flexibel Elemente der Planwirtschaft mit denen der Marktwirtschaft zu kombinieren sowie Anstrengungen und Untersuchungen fortzusetzen, durch die private Initiativen durch Bauern, Fischer, Händler sowie kleine und mittlere Unternehmer respektiert werden. Eine ›kontrollierte Ökonomie‹, in der das Konsumtionsverhalten der Menschen kontrolliert oder vereinheitlicht wird, wird es im wirtschaftlichen Leben Japans im Sozialismus/Kommunismus nicht geben.« (V/16)

Der letzte Abschnitt betont, dass die Frage des Sozialismus und Kommunismus sich nicht auf Japan beschränke, sondern dass das 21. Jahrhundert die Ära sein werde, in der sich die Strömungen zur Überwindung des Kapitalismus und zur Errichtung einer neuen Gesellschaft weltweit verstärken werden.

3 Gegen das flüchtige Lesen: Es ist hier der *Plural* verwendet.

Ein Wort zum Schluss

Soweit die programmatischen Debatten dieser größten an Marx, Engels und Lenin orientierten Partei im entwickelten Kapitalismus hierzulande überhaupt wahrgenommen wurden, geschah dies zuweilen mit Hinweis darauf, dass die Programmrevision eine Abkehr vom Marxismus bedeute. Fest gemacht wurde das zum Beispiel an der Tatsache, dass die alte Forderung nach sofortiger Abschaffung des Kaisertums im Programm nicht mehr auftauche.

Das ist eine öde Kritik aus zwei Gründen. Zum einen sagt das Programm weiterhin klipp und klar, dass das Kaisertum der Demokratie und der Gleichheit aller Menschen schlicht widerspreche. Geändert ist lediglich die Prioritätensetzung bei den Zielen: Die Abschaffung des Kaisertums, so die Neufassung des Programms, solle dann erfolgen, wenn die Zeit reif sei, also das Volk es in seiner Mehrheit wolle. Dagegen kann ernsthaft nur jemand etwas haben, für den die Privatisierung der englischen Queen die dringendste Aufgabe der europäischen Linken ist.

Zweitens und vor allem ist eine Fokussierung auf diese Randfrage deshalb so ärgerlich, weil sie den Blick verstellt auf eine völlig andere, viel gewichtigere Tatsache. Wer die Diskussionsdokumente des Parteitags verfolgt, wird verblüfft sein, wie dezidiert die Auseinandersetzung mit Marx, Engels und Lenin im Rahmen dieser Programmdebatte geführt wird. Kein Name außer denen dieser beiden Deutschen und dieses Russen fällt in der über 300 Seiten starken Dokumentation häufiger.

Die Diskussionen und Alltagsaktivitäten der japanischen KP befriedigen das deutsche Bedürfnis nach Revolutionsromantik wenig. Für das ernsthafte (nicht: kopierende) Ringen um einen sozialistischen Weg unter den Bedingungen eines hochentwickelten kapitalistischen Landes gibt es für Menschen, die sich weiter an den Klassikern orientieren, kaum einen reicheren Schatz als den, der dort in Fernost zwischen 30° und 46° nördlicher Breite liegt. Man muß nur hinschauen.

HEINZ-JÜRGEN VOß

Queer politics zwischen kritischer Theorie und praktischer (Un)Möglichkeit

»Queer« ist im Rahmen der queer theory und der daraus resultierenden bzw. zu Grunde liegenden Praxis nicht gleichbedeutend mit lesbisch oder schwul, wie es in Wörterbüchern häufig zu finden ist. Aus dem Englischsprachigen kommend (übersetzt heißt es soviel wie »merkwürdig«, »komisch«, »sonderbar« und erhält im Sprachgebrauch eine mit »Arschficker oder »Schlampe« vergleichbare Bedeutung), wurde der Begriff durch die Gruppe »Queer Nations« selbstbewusst aufgegriffen und erfuhr eine Umdeutung zu einer übergreifenden Bezeichnung, die Menschen aller Identitäten und Lebensweisen einschließt.

Queer Nations, Lesbian Nations, Bitch Nations

Ende der 1980er Jahre entwickelte sich »Queer Nations« in den USA als loser Zusammenschluss von Menschen, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt und zu Außenseiterinnen gemacht wurden. Es entstand eine Sammelbewegung, die mit radikalen Aktionen und einer radikalen Sichtbarkeit den weißen mittelständischen heterosexuellen mainstream angriff und Kritik an der ebenfalls diskriminierenden lesbischen und schwulen community übte. Radikale Aktionen und Sichtbarkeit heißt das Eindringen in als vor Störungen sicher geglaubte weiß und heterosexuell normalisierte Räume, das Eindringen in die Konsumgesellschaft, das Eindringen und positive Besetzen des Mainstreams und das Aufgreifen patriotischer Aussagen und Symbole. Ein Haufen von 50 und mehr »Queers« ging schrill gekleidet und laut shoppen, ging gemeinsam in sonst weiß und heterosexuell dominierte Lokale, veranstaltete sit-ins, die-ins und kiss-ins. Es wurde ein schwarzer und ein mit queer-T-Shirt bekleideter Bart Simpson kreierte und die US-amerikanische Nationalflagge verfremdet mit rosa Dreiecken von nur mit der Fahne bekleideten Menschen durch die Straßen getragen. Ziel war, öffentliche Räume psychologisch unsicher (im Sinne der Mehrheitsmoral) zu machen und damit Normierungen aufzubrechen; öffentlicher Raum sollte mit Sexualität und politischer Identität besetzt werden.

Kritisch war der Umgang mit Nation und Patriotismus. Es gilt nicht als gesichert, dass »Queer Nations« einen ironischen Umgang durchgehalten hat oder auch positiv auf Nation und Patriotismus Bezug zunahm. Ebenfalls als problematisch erwies sich das Nutzen von Nacktheit als Mittel der Öffentlichkeit, da Nacktheit von Männern und Frauen in der Öffentlichkeit unterschiedlich wahrgenommen wurde (und wird). Frauen wurden und werden mit zunehmender

Heinz-Jürgen Voß –
Jg. 1979; Dipl.-Biologin
(Studium in Dresden und
Leipzig; Stipendiatin der
Rosa-Luxemburg-Stiftung),
Aufbaustudium in Philo-
sophie, Sozialpolitik und
Geschlechterforschung an
der Universität Göttingen,
promoviert an der Univer-
sität Bremen zu »Zwei-
geschlechtlichkeit in bio-
medizinischen Studien«;
seit 2001 in der AG queer
der PDS aktiv, organisiert
Veranstaltungen und Konfe-
renzen und bietet Referate
und Workshops zu queer
theory, queer politics,
»Diskriminierung und Ant-
idiskriminierungspolitik«
und »Normierungen, Zwei-
geschlechtlichkeit und
alternative Geschlechter-
konzepte in Biologie und
Medizin«.
E-Mail: loxxel@web.de

Nacktheit und erotischer Erscheinung rasch auf Körperlichkeiten reduziert und zu sexuellen Objekten gemacht. Als Resultat beider Problematiken entstanden Lesbian Nations und Bitch Nations, die als radikales Mittel politische Magazine herausgaben, in denen politische Veränderungen eingefordert wurden – und auch postpatriarchale und postnationale Fantasien zu Wort kamen. Queer theory knüpft an diese radikalen Fantasien an und entwickelt Ideen für gesellschaftliche Veränderungen.

Definition und Zuweisung als Mittel der Ausgrenzung und Unterdrückung

»Sowohl die explizite als auch die beiläufige Geschlechterforschung basieren auf dem Alltagswissen, da alle Forschung über Geschlechterunterschiede die alltägliche Unterscheidung von zwei Geschlechtern schon voraussetzt. Um festzustellen, daß Männer diesen Testosteron-Wert und jene Chromosomenstruktur haben, und Frauen jene Werte und diese Chromosomen, müssen Männer und Frauen erst einmal unterschieden werden.«¹

Überall in unserer Gesellschaft sind Normen vorhanden. Wie von Hirschauer in dem vorangestellten Zitat zutreffend beschrieben, werden Menschen in Gruppen eingeteilt und werden diesen Menschen kollektive Merkmale zugewiesen. Mag es an einigen Stellen sinnvoll erscheinen, für sich selbst Einteilungen von Menschen anhand bestimmter charakterlicher (vielleicht auch körperlicher) Merkmale vorzunehmen, so führt dies in der gesellschaftlichen Praxis zu Ausschlüssen und Vorurteilen. An dem Beispiel der Geschlechter wird dies vielleicht deutlicher: Menschen werden von Geburt an in »Jungen« und »Mädchen« unterschieden. Dies geschieht anhand äußerlicher körperlicher Merkmale und führt zu bestimmten Anforderungen, die an das jeweilige »Geschlecht« gebunden werden. Jungen spielen mit Autos und tummeln sich auf dem Fußballplatz, Mädchen spielen mit Puppen und sind bei Handarbeiten besonders geschickt. Im Kindesalter beginnend, erstrecken sich diese Einteilungen in die Schule, wo Lehrpläne und Anforderungen »geschlechtsspezifisch« durch Ministerien und durch Lehrerinnen unterschiedlich gestaltet werden, und durchdringen alle gesellschaftlichen Bereiche. Berufe und Bezahlungen sind »geschlechtsspezifisch« noch immer höchst unterschiedlich, Kaufhäuser sind binär nach »Männern« und »Frauen« eingeteilt, Werbung zielt bewusst auf »Männer« und »Frauen« ab und spätestens vor der Toilette angekommen, muss mensch sich einem Geschlecht zuordnen. Dabei findet keine Berücksichtigung, dass es Menschen gibt, die sich nicht in dieses Schema einpassen wollen oder können – und dass diese pauschale Einteilung von Menschen sich an vielen Stellen als unzureichend oder sogar als falsch erweist. Durch die ständige Wiederholung dieser Einteilung und Übertragung auf immer neue gesellschaftliche Bereiche verfestigt sich diese Einteilung und pflanzt sich immer weiter als »die Wahrheit« fort, ohne je wieder hinterfragt zu werden. Das spricht das Zitat von Hirschauer an. Denken wir uns an dieser Stelle für einen Moment die Einteilung nach »dem Geschlecht« weg, so fallen uns an vielen Stellen die ganz individuellen Fähigkeiten und Merkmale von Menschen auf...

1 Stefan Hirschauer: Die soziale Fortpflanzung der Zweigeschlechtlichkeit. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1994, Heft 4, S. 686-692.

Queer theory dekonstruiert – offenbart, hinterfragt und zerstört zum Teil – Einteilungen und damit verbundene Benachteiligungen von Menschen. Einerseits beim bereits aufgezeigten Beispiel der gesellschaftlich definierten Zweigeschlechtlichkeit, darüber hinaus aber überall dort, wo es zu Gruppeneinteilungen kommt. Also bei der Einteilung in Homo- und Heterosexualität, in Schwarze und Weiße, Behinderte und Nichtbehinderte... Bei allen hier aufgeführten binären Paaren wird neben einer »Mehrheit« eine »Minderheit« erzeugt, die diskriminiert wird und staatlich verankert diskriminiert werden darf. Ausgeblendet wird die Verschiedenheit von Menschen innerhalb der Gruppen und dass es auch Überschneidungen zwischen den einzelnen Gruppen gibt (beispielsweise eine schwarze, heterosexuelle, behinderte Frau). Merkmale und Zugehörigkeiten, die ein Mensch für sich beschreibt, sind vielfältig und individuell.

Queer fasziniert mit der Magie der Offenheit, Unbestimmtheit und raschen Veränderung. Mit der Ablehnung von Hierarchien, Abhängigkeitsverhältnissen, Bevorteilungen und Benachteiligungen von Menschen stellt queer eine Theorie dar, die zu einer radikalen Gesellschaftskritik taugt. Gleichzeitig kritisiert queer theory kollektive Identitäten, wie sie sich aber auch in jeder linken Gruppe finden, in denen sich Menschen zusammenfinden, um für bestimmte Anliegen als Gruppe zu agieren.

Queer politics – individuell gemeinsam handeln?

Mit Politik assoziiert mensch in der Bundesrepublik Deutschland meist zuerst parlamentarische Arbeit. Die Übertragung von Bürgerinnenrechten auf bisher Diskriminierte könnte ein Ansatz von queer politics sein. In dem Buch »Queering Demokratie« wird für diese Übertragung von (Staats)bürgerinnenrechten (citizenship) ein Dreistufenmodell vorgeschlagen: 1. Entkriminalisierung (beispielsweise durch Abschaffung von Sodomiegesetzen; Abschaffung des §175 1969 in der DDR, 1994 in der BRD), 2. Antidiskriminierungsgesetze, um Benachteiligungen von Menschen abzubauen und 3. Gleichberechtigung aller Menschen ermöglichen. Mit der dritten Stufe soll eine Anerkennung von Menschen verschiedener Identitäten, Sexualitäten, Lebensweisen, Herkünfte, Hautfarben erreicht werden und vielleicht auch dazu beigetragen werden, diese Einteilungen abzuschaffen. Grundsätzlich können damit Rechte erstritten werden, die bei gut gemachten Gesetzen für von Diskriminierungen Betroffene auch einklagbar werden. Fraglich ist aber, ob damit der Vielfalt und Individualität von Menschen und Lebensweisen Rechnung getragen werden kann; Probleme:

Heteronormalisierung anderer Lebensweisen: Grundsätzliches Problem bei diesem dreistufigen Ansatz ist, dass ihm das derzeitige Gesetzssystem zu Grunde liegt. Die gleichen Gesetze haben bisher dazu beigetragen, Normierungen zu fördern und aufrechtzuerhalten. Auf dieser Basis führt die Forderung nach »gleichen Rechten« zur Übertragung dieser Rechte auf andere Lebensweisen. Der bisherigen Norm nicht entsprechende Lebensweisen werden damit an eine bisher existierende Normalität angepasst, anders gesagt »normalisiert«. Dies wird an einem Beispiel vielleicht deutlicher: Nehmen wir ein Gesetz an, das es allen Menschen unabhängig ihrer Herkunft, Se-

xualität und Lebensweise gestattet, eine Ehe einzugehen, so bedeutet dies eine Anerkennung, dass die Ehe als Instrument notwendig ist und dass sie zudem gut ist. Das Grundanliegen der Ehe, Zweigeschlechtlichkeit und Monogamie zu befördern, wird nicht angegriffen. Ignoriert werden die historische Herkunft und die Anmaßung von christlich-kirchlichen oder staatlichen Institutionen, die Lebensweise von Menschen festhalten und kartieren zu wollen.

Festschreiben von Differenzen: Die eingetragene Lebenspartnerschaft will auf dem Weg der Gleichstellung einen Schritt gehen. Lesben und Schwulen werden darin aber nicht die vollen Rechte wie heterosexuellen ehelichen Paargemeinschaften zugestanden. Gesetzlich festgeschrieben wird, dass Lesben und Schwule Menschen zweiter Klasse sind. Letztlich wird damit, erstmals seit der Abschaffung des §175, wieder »Gleichgeschlechtlichkeit« gesetzlich verankert. Aus der Erfahrung der Schwerfälligkeit von Gesetzen werden »Zweigeschlechtlichkeit«, »Hetero- und Homosexualität« für lange Zeit als notwendige Unterscheidungskriterien geschaffen und festgehalten (siehe auch den Abschnitt: Definition und Zuweisung als Mittel der Ausgrenzung und Unterdrückung). Gleiches gilt für das Transsexuellengesetz, das einerseits derzeit notwendig ist, um eine Geschlechtsangleichung gesetzlich abzusichern (gegebenenfalls Finanzierung, Personenstandsänderung ...), andererseits aber auch »Transsexuelle« in einer Zweigeschlechtlichkeit als Kategorie fest schreibt, »Transsexuelle« damit stigmatisiert und Zweigeschlechtlichkeit festigt.

Gesetze sind in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt: Rechte für Minderheiten nach heutigem Verständnis basieren überwiegend auf gesetzlichen Regelungen. Gesetze können einen Rahmen schaffen, der elementare Rechte von Menschen sichert und ein gesellschaftliches Zusammenleben ermöglicht. Wichtig ist bei gesetzlichen Rahmenbedingungen, dass auch eine gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber diesen Regelungen besteht. Ohne breite Diskussion und ohne konkrete Aufklärungsprogramme und regionale Maßnahmen bleibt die Wirkung von Gesetzen beschränkt. Wie oben bereits ausgeführt, schaffen Gesetze auch neue Ausschlüsse, da sie »Minderheiten« definieren und für lange Zeit festschreiben. Vermeidet mensch eine solche positive oder negative Festschreibung von Subjekten, können Gesetze, verbunden mit einer intensiven gesellschaftlichen Aktivität, auch Intoleranz und gesellschaftliche Normierungen aufbrechen helfen.

Migrantinnen werden ausgeschlossen: Die derzeitige EU-europäische Politik zeigt einen massiven Ausschluss von Einwanderungen von Menschen aus nicht EU-europäischen Ländern. Migrantinnen sollen bereits vor den Grenzen der Europäischen Union abgefangen und in die Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Unabhängig der Bedrohung von Leib und Leben werden bereits in die EU eingewanderte Menschen abgeschoben. Die Zuweisung von Bürgerinnenrechten ignoriert diese Problematik, da Bürgerinnenrechte nur Staatsbürgerinnen betreffen und beispielsweise Migrantinnen ausgeschlossen bleiben. Normierungen, diesmal vielleicht hin zu einer weißen »pluralistischen« Gesellschaft, werden geduldet und verfestigt. In den »Auffanglagern« vor der EU-Europäischen »Insel der

Glückseligen« (beispielsweise in Nordafrika) gelten nicht einmal die bereits sehr mäßigen Rechte, die Asylbewerberinnen und Flüchtlinge derzeit in Ländern der Europäischen Union besitzen, Restriktionen und Übergriffe werden weiter verstärkt.

Kein Platz für »Unschönheit«: Doch auch auf dieser gedachten »Insel der Glückseligen« werden neue Ausschlüsse produziert. Abgesehen von Restriktionen, die gegenüber Menschen nicht-weißer Hautfarbe oder sichtbar nicht-christlicher kultureller Herkunft zur Umsetzung restriktiver Abschiebepolitik geübt werden, zielt derzeitige Bürgerinnenrechtspolitik auf die Installation einer »schönen«, »sauberen« Umgebung und Gesellschaft. Die Auswirkungen lassen sich bereits jetzt in ehemals grünen Vorzeigestädten, wie Göttingen, Freiburg oder Oldenburg, erkennen. Obdachlose, Prostituierte, Stricherinnen, Fixerinnen und Freierinnen stören das Image einer neuen, toleranten Gesellschaft und werden an nicht-öffentliche Orte verbannt.

Gesamtgesellschaftlicher Abbau von Bürgerinnenrechten: Nicht zuletzt muss bei der Übertragung von Bürgerinnenrechten berücksichtigt werden, dass derzeit ein massiver Rückbau von Bürgerinnenrechten in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet. Agenda 2010 und Hartz-Gesetze führen zum gesellschaftlichen Ausschluss finanziell Benachteiligter. Mit diesen »Reformen« geht eine Einschränkung der Berufsfreiheit, Chancengleichheit und der Möglichkeiten auf gesellschaftliche Teilhabe einher. Abhängigkeiten in »Bedarfsgemeinschaften« werden neu geschaffen und verstärkt. An anderer Stelle, und diesmal alle betreffend, werden im Namen der Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung des Rechtsextremismus Privatsphäre und elementare demokratische Rechte eingeschränkt. Videoüberwachung wird eingeführt, die nach dem Zweiten Weltkrieg installierte Trennung von Polizei und Bundesgrenzschutz wird aufgehoben, Rasterfahndung und das Abhören von Telefonaten (auch ohne richterliche Anordnung) werden ermöglicht... Letztlich werden insbesondere Menschen, die sich in irgendwelchen Merkmalen von der gesellschaftlichen Masse abheben, zuerst von Überwachungen und Verfolgungen betroffen.

Ein auf Bürgerinnenrechte ausgelegter Ansatz für queer politics muss all diese Punkte (und sicherlich einige mehr) berücksichtigen, um nicht eine entgegengesetzte Entwicklung zu erreichen. Letztlich muss ein so gesellschaftlich geschaffener Konsens immer wieder aufgelöst und neu gebildet werden, um Verfestigungen und neue Ausschlüsse von Menschen zu verhindern. Ob dies mit Gesetzen möglich ist und ob dies in Mehrheits-Minderheits-Systemen möglich ist, ist eine weitere Frage, deren abschließende Beurteilung mir nicht möglich ist.

Viva la alternativa

Alternativ zu diesem Ansatz der Übertragung von etablierten Rechten auf bisher diskriminierte Menschen stehen Konzepte, die zunächst derzeitige Regelungen, Gesetze und Normierungen hinterfragen und gegebenenfalls auflösen wollen. Ein alternatives Gesellschaftsmodell muss die Abwägung zwischen Individualität und der Selbstdefinition jeder Einzelnen gewährleisten und gleichzeitig das

Zusammenleben von vielen Menschen in begrenzten Räumen ermöglichen. Bisher greift eine gesellschaftliche Definitionsmacht sehr weit in individuelle Selbstbestimmungen ein. Ein Beispiel ist die Zuweisung von Geschlecht. Sobald ein Mensch auf die Straße tritt, wird er als »Mann« oder »Frau« wahrgenommen. Das Tragen »gegengeschlechtlicher« Kleidung oder die Unmöglichkeit, sich einem der beiden Geschlechter deutlich zuordnen zu können, führt zu besonderer Aufmerksamkeit und gegebenenfalls Diskriminierung des betroffenen Menschen durch die umgebenden Menschen. Aber »betroffen« ist eigentlich der falsche Ausdruck. Der Mensch wird betroffen gemacht. Wozu ist es denn überhaupt dienlich, dass einem Menschen direkt vor der Tür ein Geschlecht zugewiesen wird? Im Umgang mit den meisten Menschen spielt das Geschlecht keine Rolle. Höchstens bei Liebe und Sexualität wird gemeinhin eine wichtige Bedeutung von Geschlecht festgemacht. Aber auch da haben uns feministische und queere Wissenschaften besseres gelehrt. Sie haben die Kopplung von Geschlecht, Sexualität und Fortpflanzung als heteronormative Machtmechanismen demaskiert, mit denen Sexualität auf Reproduktion eingeschränkt wird.

Über die Diskreditierung des Geschlechts als Kategorie hinausgehend, lassen sich weitere derzeit als notwendig betrachtete Institutionen und Unterscheidungen in Frage stellen. Wozu ist es dienlich, Ehen durchzuführen (und vor allem zu fördern)? Warum wird zwischen homo- und heterosexuell unterschieden? (... oder wie Moby es ausdrückt: »Ich verliebe mich in einen Menschen, nicht in dessen Geschlecht.«) Warum wird in Arbeit und Freizeit unterschieden? Warum haben Menschen auf Grund ihrer Herkunft unterschiedliche Rechte? Diese Aufzählung lässt sich unendlich fortsetzen und verdeutlicht Kategorisierungen und Benachteiligungen, die abgeschafft gehören.

Geht das Abschaffen dieser Kategorien in der derzeitigen Gesellschaft? Aus meiner Sicht nicht. Möglichkeiten radikaler Demokratie und der Dezentralisierung von Entscheidungen können auf dieses Ziel zuführen, letztlich bestehen aber Interessen von Menschen, die Privilegien genießen und diese für sich erhalten wollen. Gemeint sind hier jetzt nicht die »bösen Reichen«, sondern auch Männer, Frauen, Heterosexuelle, Homosexuelle, Weiße, Noch-Erwerbsarbeitende, Fernseherbesitzerinnen ... Ein kleiner Vorteil gegenüber Anderen wird zur Steigerung des eigenen Selbstwertes und zur Abwertung anderer Menschen genutzt. Bezeichnend und hinlänglich bekannt sind die patriarchale Selbstüberhöhung des Mannes, die Abwertung Nicht-Erwerbsarbeitender als »Sozialschmarotzer« und die Diskriminierung von Dicken, Tunten, HIV-Infizierten und Migrantinnen in lesbischen und schwulen Zusammenhängen.

In einem langen Prozess muss die Notwendigkeit der Selbstidentifikation in Abgrenzung zu anderen einer Selbstbestimmung und Selbstbestimmungshoheit weichen, die jeder Mensch für sich selbst hat. Ein Anfang ist die Abschaffung von Kategorien und Normen, die andere über dich oder mich treffen dürfen. Ein weiterer Anfang besteht in der Entscheidungsfindung auf lokalen Ebenen, so dass alle sich an Entscheidungsfindungen beteiligen können. Durch Konsensentscheidungen bzw. das Aufteilen von Entscheidungen in kleine

Einzelfragen, bei denen es für den einzelnen Menschen nicht sonderlich störend ist, wenn er auch mal zur »unterlegenen Minderheit« gehört, kann ein starres Mehrheits-Minderheits-Modell aufgebrochen werden. Einmal getroffene Entscheidungen dürfen nicht für ewig ausgelegt sein, sondern müssen immer wieder aufgelöst und neu diskutiert werden. Damit kann ein gesellschaftlicher Minimalkonsens, der für ein Zusammenleben von Menschen notwendig ist, mit breiter Beteiligung geschaffen und immer wieder aufgelöst werden, so dass keine Verhärtungen und neuen Ausschlüsse entstehen.

Dieser Text soll keine Antworten geben, sondern Fragen aufwerfen, Alternativlosigkeiten in Frage stellen und Diskussionen befördern. Eröffnend möchte ich dazu nicht wie sonst üblich auf ein Sachbuch, sondern auf den Social-fiction-Roman »Planet der Habenichtse«² verweisen, ein Buch, in dem eine Möglichkeit und viele kritische Punkte einer alternativen Gesellschaft unterhaltsam und gut lesbar beschrieben werden. Und: vielleicht hat ja nun auch die eine oder andere ebenfalls Lust bekommen, hier eigene Gedanken zu queer, queer theory, queer politics und alternativen Gesellschaftsmodellen vorzustellen – und eine spannende Diskussion zu beginnen.

2 Ursula K. Le Guin:
Planet der Habenichtse,
München 1976.

Empfohlene Sachliteratur:

A. Jagose: Queer Theory – Eine Einführung. Berlin 2001.

Quaestio (Hrsg.): Queering Demokratie [sexuelle Politiken], Querverlag Berlin 2000.

»Queer Read This, I Hate Straights« veröffentlicht in dem Manifest der Gruppe »Queer Nation«, 1990; in leicht veränderter Fassung u. a. unter:

<http://www.jessanderson.org/doc/qnation.html> (Stand: 24. 11. 2004)

SILVIO PERITORE

Von der Ausgrenzung bis zur Vernichtung

Der nationalsozialistische Völkermord
an den Sinti und Roma.

Bei der Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik an den Sinti und Roma müssen jene Formen der Ausgrenzung und Entrechtung durch den NS-Staat zur Sprache kommen, die dem systematisch organisierten Völkermord vorausgingen. Bis heute ist kaum bekannt, in welcher vielfältiger Weise Sinti und Roma nach 1933 der nationalsozialistischen »Rassenpolitik« ausgesetzt waren, bevor die Deportationszüge in die Todeslager führten. Die Lebenswirklichkeit der Sinti und Roma muss von den antiziganistischen Klischees unterschieden werden, die seit Jahrhunderten im kollektiven Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft verwurzelt sind und die auch die Nazis benutzten. Hinter den Dokumenten der systematisch organisierten Vernichtung verbergen sich unzählige zerstörte Lebenswege. Entgegen den Zerrbildern der NS-Propaganda waren Sinti und Roma mit einer 600-jährigen Geschichte in Deutschland vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten deutsche Bürger und als Nachbarn und Arbeitskollegen in das gesellschaftliche Leben integriert. Nach 1933 wurden die Sinti und Roma systematisch erfasst, schrittweise entrechtet und ausgegrenzt, ihrer Lebensgrundlage beraubt und in die Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert.

Die mit der »Rasse« begründete Politik der »Endlösung« unterschied sich in radikaler Weise von allen vorherigen Formen der Verfolgung und kann nicht in der bloßen Kontinuität staatlicher »Zigeunerpolitik« betrachtet werden. Der NS-Völkermord an den Sinti und Roma bildet einen fundamentalen Einschnitt in der jahrhundertalten gemeinsamen Geschichte von Minderheit und Mehrheitsgesellschaft. Mit dem Nationalsozialismus etablierte sich in Deutschland erstmals eine Diktatur, welche die Rassenideologie zur Grundlage aller staatlichen Handelns machte und eine »rassische Neuordnung« der gesamten Gesellschaft anstrebte. Der NS-Völkermord an den Sinti und Roma und an den Juden lässt sich nur erklären durch das Ineinandergreifen von intentionalen Faktoren wie etwa des rassenbiologisch begründeten Feindbildes sowie situativer Faktoren wie etwa des Kriegsverlaufes. Beides zusammen bewirkte eine zunehmende Radikalisierung.

Systematische Vernichtung nach umfassendem Plan

Als die SS-Führung nach der Besetzung Polens begann, ihre rassenpolitischen Zielsetzungen in die Tat umzusetzen, stand fest, dass alle deutschen Sinti und Roma gemeinsam mit den Juden in das neu eingerichtete »Generalgouvernement« deportiert werden sollten.

Silvio Peritore – Jg. 1961; Sohn einer deutschen Sinteza; Studium der Politik, Geschichte, Wirtschaftswissenschaften und des Internationalen Managements (MBA); seit 1998 Leiter des Referats Dokumentation im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg, dort unter anderem zuständig für die Geschichte der Sinti und Roma, für Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit sowie für Ausstellungsprojekte.

Der Text folgt einem Vortrag, den Silvio Peritore auf einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 12. März 2005 in Berlin gehalten hat.

Zum Thema siehe in UTOPIE kreativ auch den Artikel »Wie die Juden? Die Kontroverse über den Völkermord an Sinti und Roma« von Wolfgang Wippermann (Heft 175, Mai 2005, S. 445-451).

Obleich sich das Konzept der »Endlösung« schrittweise herausbildete und vom Kriegsverlauf maßgeblich beeinflusst war, war die physische Vernichtung der Sinti und Roma von Anfang an in den Plänen der SS enthalten. Für das Ende der dreißiger Jahre sind die ersten Dokumente belegt, in denen die SS-Führung die »endgültige Lösung der Zigeunerfrage« explizit als politische Zielvorstellung formuliert. Himmler sprach in seinem Runderlass vom 8. Dezember 1938 von der »endgültigen Lösung der Zigeunerfrage« und benannte eingangs als politisches Ziel die »Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus«.¹ Bereits in seiner Rede vor den SS-Gruppenführern einen Monat zuvor hatte sich Himmler wie folgt geäußert: »Eine Frage für sich sind die Zigeuner. Die will ich, wenn es noch geht, noch in diesem Jahr herausstun. Es sind im ganzen Reich 30 000, die aber rassisch einen sehr großen Schaden anrichten. Vor allem in der Ostmark sind es sehr viele.«²

Grundlage dieser Politik war nicht allein ein mörderischer Antisemitismus, sondern der moderne Rassismus insgesamt, der auch das biologistisch begründete Feindbild des »Zigeuners« einschloss. Bei der Ausbildung dieses neuen Vernichtungsrassismus gegen Sinti und Roma kam der Rassenforschung, die eng mit der SS kooperierte, eine wichtige Funktion zu. Sie begründete den Völkermord ideologisch und schuf durch die Erfassung aller im deutschen Reich lebenden Sinti und Roma die Voraussetzungen für dessen praktische Umsetzung. Das Reichssicherheitshauptamt übernahm dabei die Federführung. Die NS-Rassenpolitik zielte von Anfang an auf die Sinti und Roma. Sinti und Roma wurden wie die Juden zu »Fremdrassigen« erklärt, die aus der Volksgemeinschaft auszugrenzen und letztlich auszumerzen seien. Sie standen außerhalb jeder Rechtsordnung, ihr Existenzrecht selbst wurde in Frage gestellt. Durch die Nürnberger Gesetze ebenso wie die Juden als »fremdrassig« bzw. »fremdblütig« definiert, wurden Sinti und Roma entrechtet und aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens ausgegrenzt. Dazu ordnete Reichsinnenminister Frick in seinem Erlass an die Landesregierungen vom 3. Januar 1936 an: »Zu den artfremden Rassen gehören in Europa außer den Juden regelmäßig nur die Zigeuner«.³

Die wichtigsten formaljuristischen Grundlagen zur systematischen Entrechtung von Sinti und Roma waren das Reichsbürgergesetz, das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, das »Blutschutzgesetz« oder das Berufsbeamtengesetz. Damit wurden die Sinti und Roma aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens ausgegrenzt; die Heirat mit »Deutschblütigen« war ihnen untersagt. Sie wurden aus Berufsorganisationen wie der Handwerkskammer oder der Reichskulturkammer ausgeschlossen und mussten damit ihre Geschäfte aufgeben. Ebenso wurden sie als Beamte oder Angestellte von ihren Arbeitsplätzen verdrängt. Unterstützt wurden diese Ausgrenzungsmaßnahmen durch eine systematische Propaganda, in welcher man unverhohlen die »Ausmerze aller Zigeuner« forderte. Die SS-Zeitung »Das schwarze Korps« schrieb 1937: »Das deutsche Volk wird das Zigeunerproblem auf irgendeine Weise lösen müssen, denn wir können mitten unter uns keinen Fremdkörper dulden, der ein ewiger Ansteckungsherd ... sein würde.«⁴ In der Zeitschrift des deutschen Ärztebundes hieß es 1938: »Ratten, Wanzen und Flöhe sind auch

1 Bekämpfung der Zigeunerplage. RdErl. d. RFSSuEhDtPol. im Rmdl. v. 8. Dezember 1938 – -S-Kr.1, Nr. 557 VIII/38-2026-6 (Bundesarchiv R 58 /473).

2 In: Joachim C. Fest: Heinrich Himmler. Geheimreden 1933-1945, Frankfurt a. M. 1974, S. 139.

3 Deutsche Juristenzeitung vom 1. Dezember 1935 (40. Jg., Heft 23), Sp. 1391.

4 Das schwarze Korps, 5. Juli 1937, S. 12.

Naturerscheinungen, ebenso wie die Juden und Zigeuner. Wir müssen deshalb alle diese Schädlinge biologisch allmählich ausmerzen.« Diese Sprache unterschied sich nicht von den Hasstiraden gegen Juden im »Stürmer«.⁵

Zahlreiche diskriminierende Sonderbestimmungen schränkten den Lebenskreis der deutschen Sinti und Roma bereits vor Kriegsbeginn immer stärker ein. So war ihnen die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, Lokalen, Kinos, Theater, Konzertsälen und der Einkauf in Geschäften verboten. Vermieter durften keine Mietverträge mit Sinti und Roma abschließen und mussten bestehende lösen. Krankenhäusern wurde deren Behandlung untersagt. Und in Minden hieß es: »Zigeunern und Zigeunermischlingen ist das Betreten des Spielplatzes verboten«.⁶

Viele Sinti und Roma setzten sich gegen ihre Entrechtung zur Wehr und versuchten, die Freilassung verschleppter Familienangehöriger zu erreichen oder ihr durch die »Arisierung« geraubtes Vermögen zurück zu erlangen. Selbst in der Anfangsphase des NS-Regimes hatten diese Versuche keine Aussicht auf Erfolg. Vielmehr schritt die Verdrängung der Sinti und Roma aus der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft«, der nur »Deutschblütige« angehören sollten, immer weiter voran. Sinti-Kindern wurde durch einen Erlass des Reichsministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung der Schulunterricht untersagt, Studierende wurden von den Hochschulen verwiesen.

Auch aus der Wehrmacht wurden Sinti und Roma ausgeschlossen. Obgleich viele Sinti und Roma im Ersten Weltkrieg in der kaiserlichen Armee gedient hatten, erging vom Kriegsministerium 1937 die Weisung, »Zigeuner« aus dem Wehrdienst zu entlassen. Im Februar 1941 und im Juli 1942 ordnete das Oberkommando der Wehrmacht auf Drängen der Parteikanzlei noch einmal den Ausschluss aller Sinti und Roma aus »rassenpolitischen« Gründen an. Trotz der Fürsprache vieler Vorgesetzter wurden sie direkt von der Front nach Auschwitz deportiert.

Ausgrenzung, Erfassung und Deportation der Sinti und Roma erfolgten in Zusammenarbeit von Partei, Behörden sowie Wissenschaftlern, die sich bereitwillig in den Dienst der Nationalsozialisten stellten. Große Bedeutung bei diesem Prozess kam der Rassenforschung zu, die eng mit dem SS-Apparat kooperierte. Ärzte und Anthropologen wie Robert Ritter, Leiter der 1936 in Berlin eingerichteten »Rassenhygienischen Forschungsstelle«, begründeten den Völkermord rassenideologisch und schufen durch die Erfassung aller im Deutschen Reich lebenden Sinti und Roma die Voraussetzung für dessen praktische Umsetzung. Himmlers Runderlass, der für den weiteren Verfolgungsprozess grundlegende Bedeutung hatte, nimmt auf die »rassenbiologischen Forschungen« ausdrücklich Bezug. Zu diesem Zeitpunkt waren schon zahlreiche Sinti und Roma in KZ inhaftiert. Bereits im September 1937 erklärte Adolf Würth, ein Mitarbeiter von Ritter, vor der Deutschen Gesellschaft für Rassenforschung: »Die Zigeunerfrage ist uns heute eine Rassenfrage. So wie der nationalsozialistische Staat die Judenfrage gelöst hat, so wird er auch die Zigeunerfrage grundsätzlich regeln müssen.«⁷

Die Zugehörigkeit zu den Sinti und Roma konnte im Gegensatz zu den Juden nicht anhand der Religion festgemacht werden, da unsere Menschen größtenteils katholisch waren. Daher griff Ritter auf Un-

5 Vgl. Michail Krausnick: Abfahrt Karlsruhe, hrsgg. vom Verband der Sinti und Roma Karlsruhe e. V., 2. Aufl. 1991, S. 53.

6 Kommunalarchiv der Stadt Minden, H. 60, Nr. 34.

7 Adolf Würth: Bemerkungen zur Zigeunerfrage und zur Zigeunerforschung in Deutschland, in: Anthropologischer Anzeiger, Stuttgart, August 1938.

terlagen in staatlichen und kirchlichen Archiven zurück und wertete insbesondere Geburtsurkunden, Taufscheine und Heiratsurkunden aus. Darüber hinaus wurden unsere Menschen gezwungen, ihre Verwandtschaftsverhältnisse preiszugeben, und sie wurden anthropologisch untersucht. Auf der Basis umfangreicher Genealogien erstellte Ritters Institut auf Befehl Himmlers von 1938 bis 1943 etwa 24 000 »Rassegutachten« von Sinti und Roma. Insbesondere die Kirchenbuchstelle arbeitete eng mit der Reichsstelle für Sippenforschung zusammen, indem sie Daten und Dokumente zur Erfassung der Sinti und Roma bereitwillig zur Verfügung stellte. Bezeichnend ist, dass die meisten Angehörigen der Minderheit, etwa 90 %, tief gläubige Katholiken waren. Mit den erfassten Daten war eine entscheidende Grundlage für die späteren Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager geschaffen.

Der immense Aufwand, den Ritter und seine Rassenforscher bei der lückenlosen Erfassung der Sinti und Roma betrieben, belegt, wie bedeutend für die Nationalsozialisten die »Zigeunerfrage« war. Bis Kriegsende versuchten sie, noch den letzten »Achtelzigeuner« aufzuspüren, um ihn der Vernichtung preiszugeben.

Der Vorbereitung der Deportationen dienten die kommunalen Lager für Sinti und Roma, die Mitte der dreißiger Jahre in vielen deutschen Städten entstanden. Ohne Rechtsgrundlage wurden hier ganze Familien inhaftiert und von SS oder Polizei bewacht; Zwangsarbeit und Misshandlungen waren an der Tagesordnung. In Berlin-Marzahn wurde im Vorfeld der Olympischen Spiele 1936 ein solches Lager errichtet, wo etwa 600 Berliner Sinti unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert waren, bevor sie 1943 nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Nach Kriegsbeginn dienten diese Lager ebenso wie die jüdischen Gettos als Sammel- und Durchgangsstationen für die Deportation in die Todeslager im besetzten Polen.

Bereits bei den Massenverhaftungen der Jahre 1938 und 1939 waren auch Hunderte von Sinti und Roma, darunter viele Jugendliche, gemeinsam mit jüdischen Menschen in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück verschleppt worden. Dort mussten sie für die neugegründeten Produktionsstätten der SS Zwangsarbeit leisten. Viele Sinti und Roma fielen in den Konzentrationslagern schon vor Kriegsbeginn dem Terror der SS und den unmenschlichen Lebensbedingungen zum Opfer.

Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs im September 1939 und der Gründung des Reichssicherheitshauptamts als zentraler Instanz der nationalsozialistischen Rassenpolitik trat der Verfolgungsprozess in eine neue Phase. Nach der Besetzung Polens setzte die SS ihre utopisch anmutenden Pläne einer »völkischen Flurbereinigung« – verbunden mit der »Umsiedlung« und gewaltsamen Vertreibung hunderttausender Menschen – in die Tat um. Integraler Bestandteil dieses Konzepts war die vorgesehene Deportation aller im Deutschen Reich lebenden Juden sowie Sinti und Roma in das »Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete«. Dies beschloss eine hochrangige SS-Konferenz mit ausdrücklicher Billigung Hitlers, die im September 1939 in Berlin stattfand und deren Protokoll erhalten geblieben ist. Himmlers Festsetzungserlass vom Oktober 1939 untersagte Sinti und Roma unter Androhung von KZ-Haft, ihren Wohnort zu verlassen.

Am 27. April 1940 gab Himmler den Befehl zur Deportation von zunächst 2 500 Sinti und Roma in das Generalgouvernement in geschlossenen Familien. Nach ihrer Ankunft wurden sie in Arbeitslager und Gettos gepfercht. Selbst Kinder und alte Menschen mussten dort bis zur völligen Erschöpfung beim Straßenbau, in Steinbrüchen oder in Rüstungsbetrieben Zwangsarbeit leisten. Hunger und Misshandlungen bestimmten den Alltag. Wer nicht mehr arbeiten konnte, lebte in ständiger Angst, von der SS erschossen zu werden. In Hamburg, Köln und Hohenasperg wurden hierzu besondere Sammellager eingerichtet. Der größte Teil der im Mai 1940 aus Deutschland deportierten Sinti und Roma kam in den nationalsozialistischen Lagern und Gettos im besetzten Polen gewaltsam ums Leben.

Dem bei der systematischen Vernichtungspolitik gegenüber den Sinti und Roma federführenden Reichssicherheitshauptamt unterstanden auch die Befehlshaber der Einsatzgruppen. Dabei orientierte sich die Vernichtungspolitik allein am Kriterium der »rassischen« Zugehörigkeit. In Simferopol auf der Krim ermordeten Kommandos der Einsatzgruppe D im Dezember 1941 alle Roma, nachdem diese zuvor registriert wurden. Roma waren dort schon seit dem 19. Jahrhundert ansässig. Zu den Opfern der Massaker in der Schlucht von Babi Jar in der Ukraine zählten ebenfalls viele Roma, ebenso wie auch in den baltischen Staaten. Dass auch die Kinder der systematischen Vernichtungspolitik zum Opfer fielen, zeigt ein Massaker in der Stadt Kragujevac: Augenzeugen berichteten, dass Roma-Kinder aus dem dortigen Gymnasium auf einem Platz mitten in der Stadt erschossen wurden. Otto Ohlendorf, Befehlshaber der Einsatzgruppe D, sagte vor dem Nürnberger Gerichtshof aus: »Es bestand kein Unterschied zwischen den Zigeunern und den Juden. Für beide galt damals der gleiche Befehl.«⁸

In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass einzelne schriftliche Verordnungen oder Befehle nicht ohne weiteres mit der Praxis der Vernichtungspolitik gleichgesetzt werden können. Auch bei den Massmorden an den Juden im besetzten Ost- und Südosteuropa versuchten die Nationalsozialisten, die systematische Vernichtungspolitik bewusst mit Begriffen wie »Bandenbekämpfung« oder »Spionage« zu verschleiern bzw. zu legitimieren – eine Strategie, die noch in den NS-Prozessen von den Angeklagten verfolgt wurde.

Die Täterquellen allein geben keinen Aufschluss über das Ausmaß und über das eigentliche Mordmotiv, das rassenpolitische Motiv, zumal die Überlieferung bruchstückhaft ist und die Mörder ihre Verbrechen vertuschen wollten. Ab Ende 1941 war der Völkermord an den Sinti und Roma auch in den anderen besetzten Gebieten Ost- und Südosteuropas bereits in vollem Gang. Dies belegen die Massenerschießungen in der Sowjetunion, wo die Einsatzgruppen seit Herbst 1941 in den rückwärtigen Gebieten der Front Juden, Sinti und Roma systematisch ermordeten. Die Beteiligung der SS, Wehrmacht und Polizei an der gegen Sinti und Roma gerichteten Vernichtungspolitik ist auch für Serbien, Kroatien, Transnistrien und Polen – dort allein an etwa 180 Orten – dokumentiert.

Der pauschale Vorwurf der Spionage oder die generelle Gleichsetzung von Juden und Zigeunern mit Partisanen war ein Alibi für die

8 In: Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analyse und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1994, S. 307.

rassistisch motivierte Vernichtungspolitik, wie die Täter nach dem Krieg selbst einräumten. Erich von dem Bach-Zelewski, höherer SS- und Polizeiführer im Bereich der Heeresgruppe Mitte und als Chef der »Bandenkampfverbände« verantwortlich für die Massenerschießungen, sagte vor dem Nürnberger Gerichtshof aus: »Außerdem wurde der Kampf gegen die Partisanen mehr und mehr als ein Vorwand für die Durchführung anderer Maßnahmen genutzt, wie die Ausrottung von Juden und Zigeunern, die systematische Verringerung der slawischen Völker um dreißig Millionen Seelen und die Terrorisierung von Zivilisten durch Erschießungen und Plünderungen. Die Befehlshaber, mit denen ich zusammenarbeitete (die Generalfeldmarschälle Weichs, Küchler, Bock und Kluge), waren sich der Zwecke und Methoden der Partisanenbekämpfung ebenso bewusst wie ich.«⁹ Heinz Jost, Leiter eines Einsatzkommandos im Bereich der Einsatzgruppe I, welche die Massenerschießungen in der Sowjetunion durchführte, gab später in seiner Vernehmung eine Aussage des Einsatzgruppenleiters Streckenbach zu Protokoll. Diese lautete: »Der Führer hat befohlen, im gesamten Gebiet der Sowjetunion zur Sicherung des Raumes sämtliche Juden, Zigeuner und politische Funktionäre zu liquidieren.«¹⁰

9 In: Robert M. W. Kempner: SS im Kreuzverhör, 2. Aufl., Hamburg 1991, S. 101.

10 Richard Breitman: Der Architekt der »Endlösung«. Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden, Washington/Paderborn 1996, S. 218.

Roma und Sinti gehörten zu den ersten Opfern der fabrikmäßigen Massentötungen in den neu errichteten Vernichtungslagern. Wenige Wochen nach den Deportationen der Juden aus dem Reich wurden im November 1941 über 5 000 Roma aus Österreich in das Getto Łódź deportiert, wo innerhalb des jüdischen Gettos ein eigens abgetrenntes »Zigeunerlager« eingerichtet wurde. Zuständig für die Organisation dieser Transporte war Adolf Eichmann. Viele dieser Menschen starben in der Folge aufgrund der mörderischen Lebensbedingungen, vor allem an Typhus. Man begrub sie in einem gesonderten Areal des jüdischen Friedhofs. Im Januar 1942 wurden alle Roma aus dem Getto Łódź in das Vernichtungslager Chełmno gebracht, wo man sie sofort nach ihrer Ankunft in Gaswagen erstickte. Am 16. Dezember 1942 ordnete Himmler die Deportation der noch im Reichsgebiet verbliebenen Sinti und Roma nach Auschwitz an. Wenig später ergingen entsprechende Befehle für Österreich, den Bezirk Białystok, Elsass und Lothringen, Luxemburg, Belgien und die Niederlande. Dem vorangegangen war ein Schreiben des Leiters der Partei-Kanzlei Bormann an Himmler, wonach der »Führer« es nicht billigen würde, einzelne Zigeuner von den derzeitigen Maßnahmen der Vernichtung auszunehmen.

Etwa 23 000 Sinti und Roma wurden ab Februar 1943 nach Auschwitz-Birkenau verschleppt, darunter Staatsangehörige fast aller europäischen Länder. Der größte Teil stammte aus dem Reichsgebiet: 10 000 deutsche und 3 000 österreichische Sinti und Roma. Eingepfercht in Eisenbahnwaggons, überlebten viele die Torturen der mehrtägigen Fahrt nach Auschwitz-Birkenau nicht. Die dort eintreffenden Sinti- und Roma-Familien wurden im Lagerabschnitt B IIe, von der SS »Zigeunerlager« genannt, in völlig überfüllte Holzbaracken gebracht. Zuvor erfasste man die Menschen nach Geschlechtern getrennt in Lagerbüchern und tätowierte ihnen ein »Z« mit einer Nummer auf den Arm, kleinen Kindern auf den Oberschenkel. Im März und im Mai 1943 führte die SS zwei Vergasungsaktionen an insge-

samt über 2 700 Sinti und Roma durch. Ende 1943 waren die meisten aufgrund des Terrors und der unmenschlichen Lebensbedingungen umgekommen. Der gesamte Besitz der Menschen – Häuser und Grundstücke, Schmuck und Barvermögen, der zurückgebliebene Hausrat – wurde wie im Fall der Juden von den Finanzbehörden als staatsfeindlich beschlagnahmt. Im Mai 1944 – zu diesem Zeitpunkt waren von den insgesamt 23 000 Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau noch etwa 6 000 Menschen am Leben – gab es einen ersten Versuch, das »Zigeunerlager« zu »liquidieren« und alle Lagerinsassen zu vergasen. Dies scheiterte am Widerstand der Häftlinge, unter ihnen viele ehemalige Wehrmachtssoldaten, die sich in den Blocks verbarrikadierten und mit Werkzeugen bewaffneten, so dass die SS die geplante Vernichtungsaktion abbrach.

In der Folge wurden alle als »arbeitsfähig« eingestuft Sinti und Roma selektiert und in andere Konzentrationslager im Deutschen Reich transportiert, um sie durch Arbeit zu vernichten. Vor ihrer endgültigen Ermordung sollte ihre Arbeitskraft rücksichtslos ausbeutet werden. In Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen, Mittelbau-Dora, Flossenbürg, Neuengamme oder Ravensbrück und ihren Außenkommandos wurden sie als Sklavenarbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie eingesetzt. Insgesamt blieben etwa 2 900 Sinti und Roma, vor allem alte, kranke Menschen und Kinder, in Auschwitz. Sie wurden bei der Auflösung des Lagers am 2. August 1944 in den Gaskammern ermordet. Auschwitz steht für die totale Entmenschlichung des Menschen durch den Menschen. Man raubte den Häftlingen die Namen und Persönlichkeit; jeder Anspruch auf menschliche Würde wurde ihnen aberkannt.

Für die SS waren sie bloße Arbeitssklaven oder Objekte medizinischer Versuche, die ebenso Bestandteil des Vernichtungsprogramms waren. Die Ausbeutung war total: bis zu den Haaren und Goldzähnen der Ermordeten, die verwertet wurden. Die Vernichtung durch Arbeit war zentraler Bestandteil des nationalsozialistischen Mordpolitik. Am 14. September 1942 notierte Reichsjustizminister Thierack dazu nach einer Besprechung mit Goebbels: »Hinsichtlich der Vernichtung asozialen Lebens steht Dr. Goebbels auf dem Standpunkt, dass Juden und Zigeuner schlechthin vernichtet werden sollen. Der Gedanke der Vernichtung durch Arbeit sei der beste.«¹¹ Der Sinto Franz Rosenbach, Überlebender der Lager Auschwitz, Buchenwald und Mittelbau-Dora, beschrieb dies mit einprägsamen Worten: »Solange man noch fähig war zu arbeiten, hatte man ein Recht auf Leben, doch wer nicht mehr arbeiten konnte, war verloren.«¹²

Noch kurz vor Kriegsende, als die SS auf Befehl Himmlers die Konzentrationslager evakuierte, kamen viele unserer Menschen auf den Todesmärschen um. Andere starben bald nach ihrer Befreiung an den Folgen der erlittenen KZ-Haft. Sinti und Roma haben sich gegen den nationalsozialistischen Terror durch vielfältige Formen des Widerstandes gewehrt, auch in Widerstandsgruppen in den besetzten Gebieten. Vor allem in Ost- und Südosteuropa spielten sie eine wichtige Rolle in den nationalen Befreiungsbewegungen, auch in Frankreich arbeiteten sie eng mit der Résistance zusammen. Viele von ihnen verloren dabei ihr Leben.

11 Nürnberger Dokumente, PS 682.

12 Franz Rosenbach, Norbert Aas: Der Tod war mein ständiger Begleiter. Das Leben, das Überleben und das Weiterleben des Sinto Franz Rosenbach, München, Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, 2005.

Jahrzehntelanges Verschweigen

Die scheinbare Normalität, mit der die Behörden die Deportationen der Sinti und Roma in die Mordzentren im besetzten Polen abwickelten, offenbart die tiefe Verstrickung der deutschen Gesellschaft in ein Völkermordverbrechen, das sich vor den Augen aller vollzog und das ohne die Mithilfe unzähliger Schreibtischtäter nicht möglich gewesen wäre. Das Zusammenspiel zwischen Reichsbahn, staatlichen Stellen wie der Verwaltung und der Polizei sowie der SS funktionierte bei der tausendfachen Verschleppung nahezu reibungslos.

Diese enge Kooperation zwischen den staatlichen Behörden fand nach Ende des Krieges beinahe nahtlos ihre Fortsetzung, als die wenigen überlebenden deutschen Sinti und Roma nach schlimmen Jahren der Verfolgung und Entwürdigung, der Qualen und Verluste wieder in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehrten. Fortan waren Sinti und Roma einer erneuten staatlichen Sondererfassung und Diskriminierung ausgesetzt, nicht zuletzt deshalb, weil dafür nahezu das gleiche Personal des damaligen Reichssicherheitshauptamtes in den Behörden und Dienststellen der neuen Bundesrepublik zuständig war. Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma wurde nach 1945 Jahrzehnte lang aus dem öffentlichen Gedenken ausgeschlossen; dies gilt für die Bundesrepublik ebenso wie für die DDR. In beiden deutschen Staaten wurde den Überlebenden weder moralische Anerkennung noch materielle Entschädigung für das erlittene Unrecht zuteil.

Die Auswirkungen des Völkermords sind innerhalb der Minderheit bis heute deutlich spürbar, die Erinnerung daran ist Bestandteil der eigenen Kultur und Identität. Erst die sich seit den 70er Jahren formierende Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma konnte in Westdeutschland einen Bewusstseinswandel einleiten. Eine entscheidende Zäsur war der 17. März 1982, als der damalige Bundeskanzler Schmidt in völkerrechtlich bedeutsamer Weise die nationalsozialistischen Verbrechen an den Sinti und Roma als Völkermord aus Gründen der Rasse anerkannte. Das vorrangige Ziel der Bürgerrechtsbewegung war es, eine eigene Facheinrichtung zu schaffen, welche die Geschichte – insbesondere den Völkermord – aufarbeitet und im kollektiven Gedächtnis verankert. Diese Aufgabe wurde als ein unerlässlicher Beitrag für das demokratische Selbstverständnis und die politische Kultur der Bundesrepublik verstanden. Wichtigste Station war die Gründung einer bundesweiten politischen Vertretung, des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, im Jahr 1982.

Zu Beginn der 90er Jahre wurde das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg eingerichtet. Hier ist seit dem 16. März 1997 die weltweit erste Dauerausstellung zum NS-Völkermord an unseren Menschen zu sehen. Bei der Eröffnung sagte der damalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog: »Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und mit dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.«

Es gilt aufzuzeigen, dass Vorurteile und staatliche Diskriminierungen, die unmittelbar auf den rassistischen Denkstrukturen und Zerrbildern der Nationalsozialisten beruhen, bis heute fortbestehen und das öffentliche Bild der Minderheit noch immer weithin prägen. Ursache sind auch die Versäumnisse bei der historischen Aufarbeitung des NS-Völkermords an den Sinti und Roma.

Aber nicht nur Politik und Wissenschaft haben diesen Völkermord jahrzehntelang ignoriert, dieses Thema wurde auch an den ehemaligen Orten der Verfolgung, den heutigen Gedenkstätten, verdrängt oder als Randnotiz behandelt. Dass sich heute in der Gedenkstättenarbeit Grundlegendes geändert hat, ist das Ergebnis der engen Zusammenarbeit des Dokumentationszentrums mit nationalen und internationalen Gedenkstätten. Inzwischen ist das Zentrum in einigen Fachgremien vertreten, welche die Gedenkstätten beraten: im Stiftungsrat und Internationalen Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, im Beirat der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, im Beirat der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten und im Internationalen Beirat der Stiftung Topographie des Terrors. Die Neukonzeption der Gedenkstätten bot die Chance, bei deren Gestaltung mitzuwirken und Defizite hinsichtlich der Präsentation des Völkermords an den Sinti und Roma zu beseitigen. Für neue Ausstellungen wurden Opferbiographien und Materialien aus dem eigenen Bildarchiv zur Verfügung gestellt. In einigen ständigen Ausstellungen wird der Völkermord an den Sinti und Roma bereits thematisiert: in den Gedenkstätten Buchenwald, Dachau, Deutscher Widerstand, Moringen, Neuengamme, Sachsenhausen, den Dokumentationszentren Reichsparteitagsgelände Nürnberg und Obersalzberg, im Ort der Information am Denkmal für die ermordeten Juden Europas und im Imperial War Museum in London. Im Staatlichen Museum Auschwitz wird seit 2001 eine vom Dokumentationszentrum konzipierte und vom Internationalen Museumsrat Auschwitz inhaltlich geprüfte und bestätigte Dauerausstellung zum NS-Völkermord an den Sinti und Roma gezeigt.

Es sind auch Kooperationen mit anderen Institutionen vereinbart, wo dieses Thema bald dokumentiert wird: US-Holocaust Memorial Museum, Deutsches Historisches Museum, Topographie des Terrors sowie die Gedenkstätten Bergen-Belsen, Haus der Wannseekonferenz, Ravensbrück, Mittelbau-Dora, Roter Ochse in Halle und Flossenbürg.

Für die Wahrhaftigkeit des Gedenkens – gegen fortgesetzten Rassismus

Trotz dieser positiven Entwicklungen ist der Rassismus gegenüber Sinti und Roma ungebrochen. Dies zeigt sich auch darin, dass es sogar innerhalb der Geschichtsschreibung bis heute eine Tendenz gibt, den Inhalt der Täterdokumente unkritisch mit der Lebenswirklichkeit der Sinti und Roma gleichzusetzen. Diese muss grundlegend von den antiziganistischen Klischees unterschieden werden, die seit Jahrhunderten im kollektiven Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft verwurzelt sind und die schon die Nationalsozialisten für ihre Ziele benutzten. Nahezu alle in Archiven zugänglichen Dokumente und Fotos über Sinti und Roma, die nicht selbst von ihnen stammen,

sollen das vermeintlich »Fremdartige« herausstellen. Diese zementieren tief verwurzelte Vorurteile und einen ahistorischen Blick auf Sinti und Roma, die auf das immer gleiche, unwandelbare Klischee reduziert werden. Diese Problematik bedarf umso mehr einer kritischen Reflexion, wenn es um Dokumente aus der NS-Zeit geht. Im Falle der Sinti und Roma kommt dem Prinzip der Personalisierung und damit dem Versuch, den Opfern ein Gesicht und ihre einzigartige Lebensgeschichte zurückzugeben, eine besondere Bedeutung zu. Denn obgleich biografische Selbstzeugnisse über die NS-Verfolgung vorliegen – etwa das Buch des Berliner Sinto und Auschwitz-Überlebenden Otto Rosenberg »Das Brennglas«¹³ –, werden Sinti und Roma im öffentlichen Bewusstsein nur selten als individuelle Persönlichkeiten wahrgenommen.

13 Otto Rosenberg: Das Brennglas, aufgez. von Ulrich Enzensberger, Frankfurt a. M. 1998.

Ohne das Engagement der unmittelbar Betroffenen, die seit langem um die moralische Anerkennung als Opfer des Holocaust ringen, wäre der Völkermord an den Sinti und Roma nach Jahrzehnten des Verleugnens noch immer eine Fußnote im historischen Gedächtnis. Dabei geht es nicht allein um die historische Anerkennung des Völkermords an Sinti und Roma; diese ist erfolgt. Es geht um die Wahrhaftigkeit des Gedenkens an ihre zahlreichen Opfer und um die Wahrnehmung und den Stellenwert der Sinti und Roma in dieser Gesellschaft. Eine würdige und wahrhaftige Erinnerung ist nicht teilbar.

Während die Bundesregierung die jüdischen Opfer vor allem auch deshalb anerkannte, um in die Staatengemeinschaft zurückzukehren, wurde der Völkermord an den Sinti und Roma öffentlich nicht wahrgenommen. Man betrog die Überlebenden um die moralische Anerkennung als Opfer der NS-Rassenpolitik und um ihre Ansprüche auf Entschädigung. Selbst das von den Nazis geraubte Vermögen wurde ihnen nicht zurückerstattet. Gesundheits- und Ausbildungsschäden erkannten die Behörden und deren Gutachter nicht als verfolgungsbedingt an. Dabei vertraten sie unverhohlen die Rassenideologie der Nazis.

Die Praxis der Entschädigungsbehörden in den sechziger Jahren, den Sinti und Roma Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz zu verweigern, wurde von der deutschen Justiz bis zum Bundesgerichtshof unterstützt. Dieser schrieb 1956 in einem Urteil: »Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und zu Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor fremdem Eigentum, weil ihnen, wie primitiven Urmenschen, ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.« Die Organisatoren des Völkermords blieben nach 1945 zumeist unbehelligt und wurden in den Staatsdienst übernommen. Vor allem im Bayerischen Landeskriminalamt setzten sie die Sondererfassung der Sinti und Roma fort. Außerdem sollten sie als Zigeunerspezialisten für die Entschädigungsämter die Deportationen in die KZ als »kriminalpräventiv« rechtfertigen und ihre tatsächliche Verfolgung aus Gründen der »Rasse« bestreiten. Einer dieser Experten schrieb 1962 in der Polizeizeitung »Kriminalistik«: »Bei der zur Beobachtung zur Verfügung stehenden Personengruppe handelte es sich um Zigeunermischlinge mit Elternteilen deutschblütiger, jüdischer und kombinierter Zusammensetzung, letztlich also um ein Mischvolk aus

drei Blutstämmen, bei denen biologisch unterstellbar ein Konzentrat negativer Erbmasse zu verzeichnen sein dürfte.«¹⁴

In der geschichtlichen Aufarbeitung muss der Völkermord an den Sinti und Roma in seiner Dimension sichtbar werden: als der Versuch der totalen Vernichtung aufgrund ihrer bloßen Existenz. Sinti, Roma und Juden waren die einzigen Gruppen, die vom Säugling bis zum Greis mithilfe eines arbeitsteiligen Staatsapparats »rassisch« erfasst, deportiert und ermordet wurden. Diese Politik der systematischen Vernichtung der Minderheit stellt einen Zivilisationsbruch dar.

Trotz politischer und geschichtswissenschaftlicher Fortschritte – vielleicht aber auch als Reaktion darauf – gibt es Versuche, den NS-Völkermord an den Sinti und Roma umzudeuten und zu relativieren. Einzelne Historiker und Politiker vertreten eine Geschichtsschreibung, welche die Vorstellung von der Singularität des Holocaust an den Juden als ein Dogma betrachtet. Sie verneinen mit aller Entschiedenheit, dass es hinsichtlich der Vernichtungspolitik gegenüber Juden sowie Sinti und Roma grundlegende Gemeinsamkeiten gibt. Untermauert wird dies damit, dass Sinti und Roma anders als Juden in erster Linie aufgrund ihrer Kultur und Lebensweise ins Visier der Vernichtungspolitik geraten seien und diese nicht rassenideologisch, sondern soziokulturell motiviert gewesen sei. Dabei werden seit Jahrhunderten reproduzierte antiziganistische Vorurteile nicht kritisch hinterfragt, sondern vielmehr geteilt.

Es lässt sich leicht ausmalen, was für ein öffentlicher Proteststurm sich erheben würde, wenn jemand unter Rückgriff auf die gesamte Palette antisemitischer Diffamierungen in gleicher Weise mit jüdischen Opfern verfahren würde. Unter rationalen Gesichtspunkten ist es kaum erklärbar, dass sich breite Teile der Öffentlichkeit und der Politik, zwar einerseits – völlig zu Recht – gegen alle Formen des Antisemitismus vehement zur Wehr setzen und damit bürgerschaftliche Verantwortung zeigen, jedoch andererseits im Falle der Sinti und Roma nahezu teilnahmslos jegliche Form der Diskriminierung bis hin zu rechtsextrem motivierten Morden hinnehmen. Dies ist keinesfalls ein bloßes »gesellschaftspolitisches Phänomen«, sondern es zeigt, dass bei den »engagierten Bürgern« durch eine mancherorts die Grenze der Peinlichkeit überschreitende Überidentifikation mit der zweifellos großen jüdischen Kultur und ihren zahlreichen ebenso herausragenden Persönlichkeiten kaum mehr Raum bleibt, um auch anderen Opfergruppen des NS-Völkermordes Respekt und Würde entgegenzubringen. Große Bevölkerungsteile Deutschlands, etwa zwei Drittel, stehen laut einer Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 1994 den Sinti und Roma ablehnend bis feindlich gegenüber, vom restlichen Drittel sind die meisten immer noch relativ gleichgültig eingestellt.

Unwürdige Diskussion um den Begriff ›Zigeuner‹

Obwohl seit Jahrhunderten zahlreiche Parallelen zwischen dem Antisemitismus und dem Antiziganismus existieren,¹⁵ muss auch auf ein weiteres Phänomen hingewiesen werden, nämlich, dass der Philosemitismus der nichtjüdischen Bevölkerung traditionell eng einhergeht mit dem Antiziganismus.

Dieses Verhalten wird vor allem deutlich im Streit um das geplante Denkmal in Berlin zur Erinnerung an die 500 000 im Nationalsozia-

14 Hans Bodlee: Arbeitsbericht als Leiter der Sonderkommission »Diebische Landfahrer«, Kripo Düsseldorf, für die Polizeizeitung »Kriminalistik«, 1962.

15 Vgl. Wolfgang Wippermann: »Wie die Zigeuner«. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich« Berlin 1997; Derselbe: Auserwählte Opfer? Shoah und Porrajmos im Vergleich. Eine Kontroverse, Berlin 2005.

lismus ermordeten Sinti und Roma. Während einige der Protagonisten des Denkmals für die ermordeten Juden nicht müde werden, die »Einzigartigkeit der Shoah« zu betonen, sprechen sie gleichzeitig den Sinti und Roma jeglichen Anspruch auf ein würdiges Gedenken ab. Die für die Realisierung des Denkmals bisher zuständige Politik bedient sich hierbei der Hilfe von Personen und »Argumenten«, die offensichtlich nur eines zum Ziel haben, nämlich ein würdiges Denkmal für die Sinti und Roma mit allen Mitteln zu verhindern.

Das erklärt, dass es in Deutschland wieder möglich war, dass eine derart unwürdige Diskussion um den Begriff »Zigeuner« – übrigens von einem der oben genannten »Protagonisten« – entfacht wurde. Dies stellt einen Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten dar, ist jedoch sichtbarer Ausdruck eines Anlass zur Sorge gebenden negativen Weltbildes über Sinti und Roma, das offenbar von tiefer persönlicher Verachtung der Minderheit und ihrer politischen Repräsentanten geprägt sein muss.

Die Selbstbezeichnung Roma und Sinti ist ein allgemein gültiger Begriff und bedeutet in der Minderheiten-Sprache Romanes »Menschen«. Seit vielen Jahren werden die Eigenbezeichnungen Roma und für den deutschen Sprachraum Sinti offiziell in den internationalen Organisationen (OSZE, Europarat, EU, UNO) geführt. »Zigeuner« ist eine von Vorurteilen überlagerte Fremdbezeichnung der Mehrheitsgesellschaft, die von den meisten Angehörigen der Minderheit als diskriminierend abgelehnt wird – so haben Sinti und Roma sich niemals selbst genannt. Im Duden der sinn- und sachverwandten Wörter (1986) wird unter dem Stichwort »Zigeuner« auf die Begriffe »Abschaum« und »Vagabund« verwiesen. Die Bezeichnung »Zigeuner« ist untrennbar verbunden mit rassistischen Zuschreibungen, die sich über Jahrhunderte zu einem geschlossenen und aggressiven Feindbild verdichtet haben, das tief im kollektiven Bewusstsein verwurzelt ist. Das von bössartigen Vorurteilen und romantischen Klischees bestimmte Bild vom »Zigeuner« hat sich längst verselbstständigt. In der Umgangssprache wird »Zigeuner« immer noch als Schimpfwort benutzt. Als schillernde Projektionsfläche sagt es viel über die Fantasien, Ängste und Wünsche derer aus, die es benutzen. Mit der Lebensrealität der Sinti und Roma hat es nichts gemeinsam. Es ist die diffamierende Bezeichnung, unter der sie in die Todeslager deportiert wurden. In Auschwitz tätowierte ihnen die SS ein »Z« mit einer Nummer auf den Unterarm.

»Zigeuner« ist eine Kategorie der Täter und gleichbedeutend mit jenen verleumderischen Stereotypen, welche die Nazis zur Legitimation ihrer mörderischen Rassenpolitik gezielt benutzten. Mit dem Begriff »Zigeuner« ist das Stigma des Fremden untrennbar verbunden, er verstellt den Blick auf die Minderheit. Die Durchsetzung der Eigenbezeichnung Sinti und Roma in der Öffentlichkeit soll zugleich ein Bewusstsein für jene Vorurteilsstrukturen und Ausgrenzungsmechanismen schaffen, die im Stereotyp vom »Zigeuner« ihre Wurzeln haben. Die alten Menschen, die Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungslager, tragen das eintätowierte »Z« als Stigma ihrer Entmenschlichung immer noch auf ihrer Haut. Bis heute sehen sie sich den Zuschreibungen der Täter ausgesetzt. Der Name »Zigeuner« in der Inschrift des zentralen Denkmals für die im Natio-

nalsozialismus ermordeten Sinti und Roma in Berlin würde eine solche Sichtweise zementieren. Dies kann und wird nicht akzeptiert werden. Die Eigenbezeichnung Sinti und Roma ist wesentlicher Teil der Identität als Minderheit. In unserer pluralistischen Gesellschaft sollte dieses ureigenste Recht auf Selbstbestimmung respektiert werden. Sinti und Roma sind keine »Zigeuner«.¹⁶

Tatsächlich benutzten die Nationalsozialisten wie im Falle der Juden bei der systematischen Kriminalisierung und Diffamierung der Sinti und Roma tief verwurzelte Vorurteile und Projektionsmuster. Damit versuchten sie, ihre Rassenpolitik vor der Bevölkerung zu rechtfertigen und die Mitarbeit der staatlichen Institutionen sicherzustellen. Beide Opfergruppen wurden von den Nazis als Parasiten, Arbeitsscheue und Banditen stigmatisiert oder als Asoziale in KZ verschleppt. Jedoch käme kein ernsthafter Historiker auf die Idee, derartige Zuschreibungen in Bezug auf die Juden mit der Wirklichkeit gleichzusetzen und diese nachträglich zu beleidigen. Die Totalität des nationalsozialistischen Vernichtungswillens gegenüber den Sinti und Roma wird darin deutlich, dass sie ebenso wie Juden in ganzen Familien in die Todeslager deportiert wurden. Ein Großteil der Opfer waren Kinder, auch solche, die man nach der KZ-Inhaftierung ihrer Eltern zunächst in Kinderheime eingewiesen hatte oder die bei »arischen« Adoptiveltern aufwuchsen. Auch sie wurden später nach Auschwitz verschleppt. Dies gilt ebenso für jene Sinti und Roma, die im Ersten Weltkrieg gedient und damit ihre Loyalität für ihr Heimatland bekundet hatten. Sogar Wehrmachtangehörige wurden nach ihrem Ausschluss aus »rassenpolitischen Gründen« nach Auschwitz deportiert. Andere wurden an ihren Arbeitsplätzen – etwa der Reichspost oder Reichsbahn – verhaftet und zu den Deportationszügen gebracht.

Zwar ist im Schnellbrief des RSHA zu Himmlers Auschwitz-Erlass vom 29. Januar 1943 von bestimmten Ausnahmen die Rede, doch spielte dies in der Praxis der Deportationen kaum eine Rolle. Pery Broad, Angehöriger der Politischen Abteilung in Auschwitz-Birkenau und 1965 im Auschwitz-Prozess zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, schrieb dazu: »Die Reichszentrale wusste, dass es der Wille des allmächtigen Reichsführers war, die Zigeuner vom Erdboden verschwinden zu lassen, soweit man sie erfassen konnte. Man wusste, dass die Ausnahmeklauseln nur papierne Dekorationen dieser Ausrottungserlasse waren und dass man sich wegen Milde sehr leicht in Ungnade setzen konnte.«¹⁷

Die seltsame Abgrenzung der einen Vernichtung von der anderen
Angesichts der Zielsetzung einiger Historiker, den Völkermord an den Sinti und Roma grundsätzlich von jenem an den Juden abzugrenzen, kann es kaum verwundern, dass auf die wenigen Ausnahmen das besondere Augenmerk gerichtet wird. Ausnahmen hat es bei allen Opfern gegeben. So waren jüdische »Mischlinge« in Deutschland von der Deportation weitgehend ausgenommen, während die Nazis selbst »Achtelzigeuner« deportierten und ermordeten.

Von 1938 bis 1944 versuchte die Rassenhygienische Forschungsstelle im Auftrag Himmlers alle Sinti und Roma im Reich systematisch zu erfassen, um auch noch den letzten »Zigeunermischling«

16 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma: Stellungnahme zum »Zigeunerbegriff«, Heidelberg 2005.

17 Pery Broad: Vernehmungsprotokoll zu Auschwitz-Prozessen, 1965.

dem Verfolgungsapparat zu überantworten. Unter den Opfern befanden sich Menschen, die sich nicht als Sinti und Roma betrachteten oder die nicht wussten, dass sich unter ihren Vorfahren welche befanden. Wie im Falle der Juden war nicht das Selbstverständnis der Betroffenen entscheidend, sondern die von außen aufgezwungene Rassendiagnose. Die Tatsache, dass die NS-Führung zunächst die Vertreibung und die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden betrieb, zeigt, dass der Vernichtung des europäischen Judentums kein von vornherein festgelegtes und schriftlich überliefertes Mordprogramm zugrunde lag. Deshalb ist die Behauptung, es habe im Falle der Sinti und Roma keinen Generalplan zur Vernichtung gegeben, ohne Wert. Es waren nicht die nachgeordneten Instanzen mit ihren »kriminalpräventiven« Konzepten für den Völkermord an den Sinti und Roma ursächlich verantwortlich. Zwar konnten einflussreiche Personen oder Institutionen im polykratischen Gefüge des NS-Staats unterschiedliche Auffassungen über die Umsetzung ihrer Ziele vertreten, aber die Rassenideologie, die diese Ziele vom Grundsatz her bestimmte, wurde dadurch nicht erschüttert.

Nur unter den spezifischen ideologischen wie strukturellen Voraussetzungen des Nationalsozialismus und unter den Ausnahmebedingungen des Krieges konnte die Verfolgung der Sinti und Roma jene mörderische Dynamik entfalten, die immer radikaleren »Lösungen« zustrebte und in den Gaskammern von Auschwitz endete. Man muss sich fragen, welches Ziel die von Himmler verfügte Deportation der Sinti und Roma nach Auschwitz hätte haben sollen, wenn deren Vernichtung nicht von vornherein intendiert gewesen wäre. Ihr Besitz wurde wie im Fall der Juden als »reichsfeindlich« beschlagnahmt und zu Gunsten des Reiches eingezogen. Allen an der Deportation beteiligten staatlichen Stellen und Personen war klar, dass diese Menschen niemals wieder zurückkehren würden. Als im Frühjahr 1943 die ersten Deportationszüge mit Sinti und Roma nach Auschwitz fuhren, war ihre systematische Vernichtung andernorts im vollen Gang. Dies belegen die Massenerschießungen in Polen oder seit Herbst 1941 in der Sowjetunion. Seit 1941 wurden Sinti und Roma in Gaskammern ermordet.

Vor diesem Hintergrund können Thesen, dass die Deportationen der Sinti und Roma nach Auschwitz nicht deren Vernichtung, sondern lediglich ihrer Vertreibung aus Deutschland galten, nur als Leugnung dieses Völkermords betrachtet werden. Die Kriterien, welche die »Singularität« des Völkermordes an den Juden ausmachen, erweisen sich letzten Endes als willkürlich, als bloße Konstrukte. Allein die Tatsache, dass zwischen 1933 und 1945 der prozentuale Anteil der in Deutschland und Österreich ermordeten Sinti und Roma mit über 75 % höher ist als im Falle der Juden, widerlegt die Behauptung, allein der Völkermord an den Juden sei »total« gewesen. Ein Begriff, der für die historische Analyse schon deshalb nicht taugt, weil er *überhaupt keine* Ausnahmen zulässt. Ausnahmen hat es bei allen Opfergruppen gegeben, daher ist es sinnlos, Bedingungen an den Begriff des Genozids zu knüpfen, die der Komplexität der historischen Wirklichkeit nicht gerecht werden.

Insbesondere Yehuda Bauer wendet sich seit Jahren gegen eine Parallelisierung des Völkermords an Juden sowie Sinti und Roma

und beharrt darauf, dass die Shoah präzedenzlos sei. Während der Genozid an den Juden auf reiner Ideologie basiert habe, seien allen anderen Völkermorden pragmatische Überlegungen nicht fremd gewesen: So hätten die Nazis umherziehende Roma für Spione gehalten und deshalb umgebracht.

Bereits 1998 sagte Bauer bei seiner Rede am 27. Januar im Deutschen Bundestag, im Falle der Shoah sei »die völkermordende Ideologie auf reiner Phantasie aufgebaut«, während bei allen anderen Völkermorden das Motiv »irgendwie realistisch« gewesen sei. Warum hinterfragt Bauer im Fall der jüdischen Opfer die Rechtfertigungen der Täter und entlarvt sie zu Recht als Propaganda sowie als ideologische Wahngelbte, während er im Falle der Sinti und Roma stigmatisierende Zuschreibungen als Begründung für den Völkermord unkritisch übernimmt? Neben groben Vereinfachungen finden sich Behauptungen, die schlicht unwahr sind, so etwa, dass man in Deutschland nichtsesshafte wie sesshafte Roma und Sinti ermordete, diese jedoch außerhalb Deutschlands kein besonderes Problem darstellten und die Nazis nicht versucht hätten, Roma und Sinti außerhalb des Reichs zu registrieren. Die historischen Fakten beweisen das Gegenteil von Bauers Behauptungen. Im »Reich« wurden fast alle Sinti und Roma erfasst und deportiert. Die große Mehrheit ihrer Opfer stammte aus den deutsch besetzten oder mit den Nazis verbündeten Ländern; sie wurden außerhalb Deutschlands gezielt registriert. In Frankreich ordnete die deutsche Militärverwaltung im Oktober 1940 an, »Zigeunerlisten« zusammenzustellen und Sinti und Roma in Sammellager zu überführen. In Serbien verfügte der deutsche Militärbefehlshaber in seiner »Verordnung betreffend die Juden und Zigeuner« vom 30. Mai 1941, Roma in »Zigeunerlisten« einzutragen, ebenso wie Juden in »Judenregister«. Im Protektorat Böhmen und Mähren wurden Roma von 1942 bis 1943 systematisch erfasst und dann nach Auschwitz deportiert. In den besetzten Gebieten der Sowjetunion, wo Juden und Roma nicht in Lager verschleppt, sondern direkt vor Ort umgebracht wurden, sind entsprechende Fälle belegt: So wurden in Simferopol auf der Krim alle Roma vor ihrer Ermordung durch die Einsatzgruppe D namentlich registriert.

Dies ist nur ein Beispiel für Bauers Umgang mit historischen Fakten, die nicht in sein Interpretationsschema passen. Während er im Falle der jüdischen Opfer betont, dass es sich bei den Zuschreibungen durch die Nazis um »mörderische Phantasien« handelte, erscheinen Sinti und Roma in der Perspektive der Mörder als Objekte der Verfolgung, nicht als reale Menschen. Ihre Lebenswirklichkeit setzt er mit den Stereotypen der Nazis gleich und übernimmt aus den Täterquellen das Zerrbild vom »asozialen Zigeuner« mit in seine Bewertung. Damit setzt er die Entpersönlichung der Opfer fort und macht diese letztlich selbst verantwortlich, indem er den Völkermord an den Sinti und Roma nicht im biologischen Rassismus der Nazis, sondern in ihrem Verhalten begründet sieht. Dies entspricht jenem rassistischen Diskurs über Sinti und Roma, der die fünfziger und sechziger Jahre bestimmte.

Für Gilad Margalit verbietet sich ein Vergleich ebenfalls. Die Spaltung des Holocaust in zwei Opfergruppen diene dem Zweck,

18 Gilad Margalit: Rassismus zwischen Romantik und Völkermord. Die »Zigeunerfrage« im Nationalsozialismus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Heft 7/8, 1998.

»die Last der Schuldgefühle gegenüber den jüdischen Opfern zu lindern und den Sonderstatus der Judenverfolgung und des Judenmordes im deutschen Kollektivbewusstsein zu verwischen.«¹⁸ In dieser Sichtweise scheint jeder Hinweis auf die Gemeinsamkeiten des Genozids an Sinti, Roma und Juden von der Absicht bestimmt, die Shoah zu relativieren. Man kann auch den umgekehrten Schluss ziehen: Um das Dogma von der Singularität des Holocaust an den Juden zu verteidigen, muss der Völkermord an den Sinti und Roma notwendigerweise bagatellisiert werden. Hier stellt sich die Frage, welches eigentliche Motiv hinter dieser Geschichtsinterpretation steckt.

Das Spezifische der NS-Verfolgung bestand darin, dass sie sich nicht gegen Individuen mit »abweichendem« oder »unerwünschtem« Verhalten richtete, sondern gegen eine genetisch definierte Gruppe, nämlich gegen die Sinti und Roma als Ganzes. Was den Völkermord an Sinti und Roma sowie Juden grundlegend verbindet, ist die Tatsache, dass diesen Menschen allein auf der Grundlage ihrer Geburt das schiere Existenzrecht abgesprochen wurde. Durch nichts wird dies augenfälliger als dadurch, dass bei beiden Opfergruppen selbst Säuglinge und kleine Kinder in die Vernichtungslager deportiert wurden. Ihre Ermordung entsprach der mörderischen Logik eines Denkens, welches in der »Rasse« und dem »Rassenkampf« das Antriebsgesetz der Geschichte sah und daher auch in Kindern eine Bedrohung einer zu schaffenden »rassisch homogenen Volksgemeinschaft« feststellte. Diese biologistische Deutung von Geschichte und Gesellschaft und ihre radikale Umsetzung in politisches Handeln machen das eigentlich Neue und Revolutionäre des Nationalsozialismus aus. Die Vorstellungen eines genetischen Determinismus sowie der starke Einfluss der Rassenwissenschaften auf die politische Führung waren wesentliche Voraussetzungen für das Konzept der »Endlösung der Zigeunerfrage«. Anders lässt sich die mörderische Dynamik der gegen Sinti und Roma gerichteten Politik nicht erklären. Deshalb wurden sogar Adoptivkinder aus »arischen« Familien oder »Achtelzigeuner« nach Auschwitz deportiert, nur weil Rassenbiologen unter den Vorfahren einen »Zigeuner« ausgemacht hatten. Einem Regime, das dazu entschlossen war, seine ideologischen Ziele mit aller Radikalität umzusetzen, erschien die physische Vernichtung ihrer rassistischen Feinde – der Sinti und Roma sowie der Juden – letztlich als unausweichliche Notwendigkeit.

Zusammenfassend lassen sich die grundlegenden Gemeinsamkeiten der aus rassistischen Gründen verübten Morde an Juden und Sinti und Roma innerhalb des Komplexes der nationalsozialistischen Völkermordpolitik an folgenden Kriterien festmachen: die rassenideologischen Motive und deren rassenbiologische Begründung, der eigens dafür eingerichtete staatliche Täterapparat, die systematische Erfassung der Opfer, die Rassengesetze, die systematische Planung sowie bürokratische Organisation der unterschiedlichen Mordaktionen, die Schaffung von entsprechenden Vernichtungsorten.

Zum Schluss sei Peter Steinbach zitiert. Er sagte im März 2001, »dass der industriemäßig betriebene Mord an den Juden und an der Volksgruppe, die man »Zigeuner« nannte, aus einer gemeinsamen, gleichen rassenideologischen Wurzel legitimiert wurde. Deshalb ist

es geschichtsphilosophisch völlig unangemessen, die parallel verlaufenden Vernichtungsversuche – den Völkermord an den Juden und an den Sinti und Roma – zu isolieren und die Vergleichbarkeit und Einzigartigkeit des einen Völkermordes zu betonen und die Bedeutung des anderen zu relativieren. Es wird deutlich, dass der Völkermord an den europäischen Sinti und Roma, die wie die Juden seit Jahrhunderten in Europa leben, sich identischer Methoden bediente, dass die Praktiken der Vernichtung von Juden und Sinti und Roma völlig identisch waren. Insofern ist es völlig müßig, irreführend und abwegig, die Sinti und Roma auszugrenzen oder zu isolieren, wenn es um die Beschreibung des nationalsozialistischen Völkermordes geht.«¹⁹

19 Peter Steinbach: Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung »Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma« in der Staatsbibliothek zu Berlin im März 2001.

MARIO KESSLER

Von Hippokrates zu Hitler. Medizin ohne Menschlichkeit

Die in Exil, Illegalität oder KZ überlebenden Opfer des Nazismus konnten nur schwer begreifen, wie perfekt die Mordmaschine funktioniert hatte, welch glücklicher Verkettung von Umständen sie selbst ihr Überleben verdankten. Der Historiker Golo Mann, Exilant in Frankreich und den USA, staunte, so schrieb er 1964, »über den Gehorsam, den Mangel an Widerstand, das emsige protestlose Mitmachen der Bürokraten, ziviler wie militärischer«, und zwar nicht erst dann, als jeder Widerstand zur tödlichen Gefahr wurde, sondern schon bei der Errichtung des Gewaltregimes.¹ Die Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung als Vorbedingung des Griffs zur Weltmacht wurde von den sogenannten »geistigen Eliten der Nation« enthusiastisch begrüßt. Lange vor 1933 war die Lehre vom »arischen Herrenmenschentum« gerade unter akademisch geschulten Deutschen weit verbreitet; sie wuchs mit Antikommunismus und Demokratiefreundschaft zu jenem Gemisch zusammen, das als Schmieröl im Getriebe des Vernichtungsapparates diente.

Diese bedrückenden Tatsachen sind in den letzten Jahren durch die Forschung so detailliert nachgewiesen worden, daß die Zweckklüge von der angeblich unpolitischen Wissenschaft nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Juristen, Historiker und Germanisten, Physiker, Biologen und Geographen wurden Gegenstand von Untersuchungen, die den Anteil der einzelnen Berufsgruppen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik detailliert nachzeichneten. Dies geschah nicht ohne erbitterten Widerstand der Betroffenen, ihrer Schüler und Nachbeter.

Die meisten Widerstände hatte wohl eine Forschung zu überwinden, die sich ab 1945 mit der Rolle von Medizinerinnen im »Dritten Reich« befaßte. Dabei wurde das Thema schon in den Nürnberger Prozessen behandelt. Doch die frühen Arbeiten von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke stießen auf ein Kartell des Totschweigens. Mitscherlich sollte die wissenschaftliche Laufbahn zerstört werden, was beinahe gelungen wäre. Sein Weg zum Professor und Institutsdirektor gestaltete sich ungemein langwierig und mühselig, was natürlich auch mit Mitscherlichs Engagement für die Freudsche Psychoanalyse zusammenhing, die damals auch im Westen abgelehnt wurde.

Dieses Kartell des Schweigens wird in einem Buch von Ernst Klee genau nachgezeichnet: *Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945*.² Gezeigt wird der Weg einer Wissenschaft von den frühen »rassenhygienischen« Vorstellungen bis hin zum or-

Mario Kessler – Jg. 1955; Dr. habil., Professor an der Yeshiva University of New York. Veröffentlichungen u. a.: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR; Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert; Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943); Ein Funken Hoffnung (Hamburg 2004); Ein dritter Weg als humane Möglichkeit (Berlin 2004); zuletzt in UTOPIE kreativ: Antisemitismus nach Hitler Reportagen aus Nachkriegsdeutschland, Heft 175 (Mai 2005)
Foto: privat

1 Golo Mann: Vorwort zur deutschen Ausgabe von William L. Shirer: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Bd. 1, München/Zürich 1964, S. 14.

ganisierten Massenmord an geistig Behinderten, die als »lebensunwert« klassifiziert wurden. Die im 19. Jahrhundert entstehende Genetik wurde von nationalistisch denkenden Biologen und Medizinern mit rassistischen Ideen zur sogenannten »Erbbiologie« verschmolzen. Im Ergebnis eines angeblich natürlichen Ausleseprozesses setzte sich die als höherwertig angesehene »arische Rasse« im »Daseinskampf« der Natur durch. Aufgabe des Arztes sei es, diesen Ausleseprozeß voranzutreiben, indem das als minderwertig klassifizierte »Menschenmaterial« ausgesondert werde. Diese Ideologie paßte recht gut zu den Weltmachtplänen der herrschenden Klassen Deutschlands. Durch entsprechende Forschungsförderung und Berufungspolitik an den Universitäten gelangten die Protagonisten dieses Sozialdarwinismus lange vor 1933 in Schlüsselpositionen. Dies korrespondierte mit den rechtsradikalen Bestrebungen der studentischen Verbindungen. So wurden die Hochschulen in der Weimarer Republik zu Festungen des antidemokratischen Elitedenkens. Auch jene Wissenschaftler, die über Hitler zunächst noch die Nase rümpften, paßten sich rasch und gern dem nazistischen Rassenstaat an, obwohl dessen höchste Würdenträger über ihre akademischen Nachläufer intern verächtlich spotteten.

All dies ist im allgemeinen bekannt. Klees Verdienst ist es jedoch, die in Grundzügen geläufigen Entwicklungslinien durch ein geradezu unglaubliches Tatsachenmaterial untermauert zu haben. Das Buch zerstört jene Rückzugslinien der nazistischen Mitläufer, die ihre Legende von der angeblich unpolitischen Wissenschaft pfliegten und die Verantwortung auf wenige Würdenträger wie Karl Brandt oder Leonardi Conti abwälzten, auf den Reichskommissar für das Gesundheitswesen bzw. den Reichsgesundheitsführer.

Klees Buch befaßt sich mit der Verfolgung jüdischer Ärzte, der massenhaften Sterilisierung und schließlich systematischen Ermordung der als »Erbkranke« Bezeichneten, der Psychiatrie wie der Psychoanalyse und der Genetik unter dem Nazismus, aber auch dem Anteil der Kaiser-Wilhelm-Institute wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft an den Verbrechen. Die Fallstudien über Österreich und die DDR (hier am Beispiel der Universität Jena) sind ebenfalls von Interesse. Klee belegt, wie fragwürdig die Stilisierung als angeblich erstes Opfer Hitlers (Österreich), aber auch die Idealisierung des antifaschistischen Neuanfanges (DDR) war.

Was die Politik als Entlastungsstrategie vorgab, vollzogen die Wissenschaftler nur allzu bereitwillig nach. Aber die meisten der Nazitäter, so ihnen nicht die Flucht nach Südamerika (oder in den arabischen Raum) gelang, bildeten in den Westzonen und der Bundesrepublik rasch jene Seilschaften, die den Wissenschaftsbetrieb durchsetzten, Remigranten von der Universitätslaufbahn auszuschließen gedachten, unbequemen Fragestellern den Weg zur Promotion und Habilitation zu verbauen suchten und, gefördert vom Klima der Restauration, ihr Saubermann-Image pfliegten. So konnte es geschehen, daß der Massenmörder Werner Catel, Obergutachter beim Kindermord an der Universitätsklinik Leipzig, 1954 wieder Ordinarius, diesmal in Kiel, wurde. Werner Heyde, Professor in Würzburg und der medizinische Leiter des Krankmordes, konnte neun Jahre unter dem angenommenen Namen Fritz Sawade unbehelligt, aber

2 Ernst Klee: Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2001. Ernst Klee: geb. 1942; Lehre als Sanitär- und Heizungstechniker, Abitur auf dem zweiten Bildungsweg; Studium der Theologie und Sozialpädagogik; Freier Journalist und Wissenschaftshistoriker. Zahlreiche Buchveröffentlichungen, u. a.: Behinderten-Report, 2 Bde. (1974/76); Euthanasie im NS-Staat (1983); Dokumente zur Euthanasie (1985); Was sie taten – was sie wurden (1986); Persilschein und falsche Pässe. Wie die Kirchen den Nazis halfen (1991); Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer (1997); Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945 (2001); Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945 (2003). Ernst Klee wurde 1982 mit dem Adolf-Grimme-Preis und 1998 mit dem Geschwister-Scholl-Preis geehrt.

3 Erst als die Teilhaber der Nazi-Medizin auch in der DDR gestorben waren, wurden entsprechende Forschungen zur Geschichte des Faches initiiert, so an der Akademie für Ärztliche Fortbildung in Berlin (Bernd Meyer) und am Sudhoff-Institut für Medizingeschichte in Leipzig. Wichtige Ergebnisse lagen aber erst in den achtziger Jahren vor, ihre Fortsetzung fiel der Entlassung der Wissenschaftler nach 1990 zum Opfer.

4 Werner Schmidt: *Leben an Grenzen. Autobiographischer Bericht eines Mediziners aus dunkler Zeit*, Zürich 1989, Taschenbuchausgabe: Frankfurt a. M. 1993, 1998 und erweitert 2003 (Suhkamp-Taschenbuch 2162).
 Werner Schmidt: geb. 1913 in Östringen (Baden), aufgewachsen in Gießen; 1932 Aufnahme eines Medizinstudiums in Gießen; 1937 Staatsexamen, 1942 Promotion. 1944-1945 Zwangsverpflichtung zur Organisation Todt; 1945 (April) Flucht bei Leipzig. 1947-1950 kommissarischer Leiter der Medizinischen und Nervenklinik der Universität Gießen; 1951-1960 Zweiter bzw. Erster Oberarzt der Klinik; 1951 Habilitation; 1956 Ernennung zum außerplanmäßigen Professor; 1960-1964 Chefarzt der medizinischen Klinik des Stadtkrankenhauses Hanau; 1964 Ärztlicher Direktor. Werner Schmidt wurde 1990 mit dem Literaturpreis der Bundesärztekammer geehrt.

wohlbekannt in Flensburg arbeiten, bis er, ein seltener Fall von Gerechtigkeit, 1959 verhaftet wurde (er beging 1964 im Gefängnis Selbstmord). Robert Herrlinger, ein Milzforscher, der die Organe von ermordeten Polen »verwertete«, wurde nach 1945 außerplanmäßiger Professor in Würzburg, dann Lehrstuhlinhaber in Kiel. Aber Würzburg und Kiel, obgleich sich gerade hier die Namen Belasteter häuften, waren die Regel und keine Ausnahmefälle unter den bundesdeutschen Hochschulen.

Herrlingers Kriegsvorgesetztem Hermann Voss gelang eine akademische Karriere in der DDR: Nachdem er 1945 seine Professur an der »Reichsuniversität« Posen verloren hatte, wurde das frühere NSDAP-Mitglied zuerst als Professor mit Lehrauftrag nach Halle, schließlich auf einen Lehrstuhl nach Jena berufen. Voss und Herrlinger publizierten gemeinsam das *Taschenbuch der Anatomie*, das in vielen Auflagen in beiden deutschen Staaten erschien. Nicht bekannt wurde hingegen zunächst das Posener Tagebuch des Hermann Voss, in dem dieser seinen schwunghaften Handel mit den Körperteilen von Gestapo-Opfern schilderte. Götz Aly, wie Klee ein Wissenschaftshistoriker, entdeckte diese Aufzeichnungen des späteren *Verdienten Arztes des Volkes*.

Den gleichen Titel erhielt auch der international renommierte Kinderarzt Jussuf Ibrahim, auch er ordentlicher Professor und Klinikdirektor in Jena. In die NSDAP wurde Ibrahim wegen seines ägyptischen Vaters nicht aufgenommen, so sehr er sich darum bemühte. Nach 1945 gehörte er, wie auch der Chemiker Peter Adolf Thiessen, ein gleichfalls einschlägig in die Naziverbrechen Verwickelter, zu jenen bürgerlichen Starintellektuellen, mit denen sich Walter Ulbricht gern umgab.³ Als Klee 2002 sein Buch in Jena vorstellte, schlug ihm genau jenes »gesunde Volksempfinden« entgegen, das nach 1945 auch im Westen eine unumgängliche Voraussetzung des restaurativen Klimas gewesen war. Klee solle wieder in den Westen verschwinden – und »seine Susanne Zimmermann gleich mitnehmen«, schrieb ein erboster Leserbriefschreiber in der *Osthüringer Zeitung*. Susanne Zimmermann, eine Ostdeutsche, hatte in ihrer Habilitationsschrift zuerst jene braunen Netzwerke offengelegt, die dem am »Euthanasie«-Programm beteiligten Ibrahim seine akademischen und gesellschaftlichen Privilegien auch über 1945 hinaus bewahrten.

Zu den bemerkenswertesten Zeugnissen des Überlebenskampfes im Nazireich gehört *Leben an Grenzen. Autobiographischer Bericht eines Mediziners aus dunkler Zeit*.⁴ Sein Verfasser Werner Schmidt, Jahrgang 1913, war Medizinstudent in Gießen und sogenannter »Halbjude«. Die Nürnberger Gesetze erklärten ihn für rechtlos. Unter kaum glaublichen Bedingungen gelang ihm dennoch die Fortsetzung des Studiums, 1942 sogar die Promotion – allerdings nur unter der Bedingung, daß er von der Führung des Dokortitels keinen Gebrauch mache und auf die Ausübung des Arztberufes verzichte. Sein verehrter Lehrer Josef Heine gewährte dem Internisten an einem katholischen Krankenhaus in Hamburg Schutz. 1944 kam Schmidt dann am Kerckhoff-Forschungsinstitut in Bad Nauheim unter, wurde aber schließlich zur »Organisation Todt« zur Zwangsarbeit verpflichtet. In Dresden wurde er Augenzeuge des alliierten Luftangriffes vom 13. Februar 1945. Schmidts Mutter wurde, nachdem sie

schon vorher in sogenannter »Schutzhaft« war, kurz vor Kriegsende nach Theresienstadt deportiert, doch überlebte sie das Konzentrationslager.

In sehr sorgfältiger Sprache, die Naziterminologie stets in Anführungszeichen setzend, porträtiert Werner Schmidt kurz, doch prägnant seine Zeitgenossen: die wenigen heimlichen Helfer, die größere Anzahl der fanatischen Nazis und die vielen Mittäter, die sein Leben, ein Leben auf Abruf, kreuzten. Immer gefährdet, entkam er oft nur sehr knapp der stets drohenden Verhaftung und Ermordung. Der Kriegseinsatz als Arzt im Hinterland des zerfallenden Reiches war für ihn der Vorhof des Todes. Ständig war Schmidt von Denunziation bedroht. Bei einem Weihnachtsurlaub in Gießen erfuhr er von den medizinischen Versuchen der Mörder im Weißkittel an Gefangenen. Was ihn aufrecht hielt, war die Sorge um das Schicksal seiner Familie, waren aber auch Theater und Literatur als Lebenselixier.

Die Befreiung erlebte Schmidt in der Nähe von Leipzig. Es gelang ihm tatsächlich, sich nach Theresienstadt durchzuschlagen und seine Mutter herauszuholen. Die Nachkriegszeit begann verheißungsvoll, zumal Schmidt seine spätere Frau Herta, eine Schauspielerin, kennenlernte. Er wurde kommissarischer Leiter der Medizinischen und Nervenklinik der Universität Gießen. Die Universität war als Hochburg des braunen Ungeistes zunächst von den Amerikanern geschlossen worden. Nach ihrer Neueröffnung waren Antifaschisten zuerst gefragt – doch nicht lange:

Dem geschäftsführenden Leiter wurde alsbald ein Ordinarius vorgesetzt, der Schmidt fachlich unterlegen war, dabei aber jenen Geist des Beschweigens verkörperte, der nicht nur unter Medizinern karrierefördernd war.⁵ Dies paarte sich mit skrupellosem Durchsetzungsvermögen sowie aggressiver Abwehr gegenüber denen, die allein durch ihre Anwesenheit die Mittäter an einstiges Versagen erinnerten. »Wenn Sie glauben, daß Ihre Erlebnisse im Dritten Reich noch ins Gewicht fallen, so haben Sie sich getäuscht. Das ist längst passé«, mußte Schmidt hören. Er blieb die Antwort nicht schuldig: »Glauben Sie, daß ich Positionen und Titel mit Mitteln erlangen will, wie sie im Dritten Reich oft üblich waren? Ich denke nicht daran. Für mich und viele ehemals Verfolgte sind im übrigen die Geschehnisse während des Dritten Reiches noch lange nicht passé.«

Werner Schmidt wunderte sich nicht, daß ihm einflußreiche Mitglieder der Gießener Fakultät – er nennt sie häufig mit Namen – Position und Titel vorenthalten wollten. Seine Habilitation gestaltete sich 1951 zu einem teilweise unwürdigen Hickhack. Gegen seine Beförderung zum außerplanmäßigen Professor gab es Widerstände, doch mußte er schließlich ernannt werden. An den Kräfteverhältnissen in Gießen konnte er natürlich nichts ändern. Nach der Ernennung zum Professor zog er es vor, eine Universität zu verlassen, in der ehemalige SS-Ärzte ein höheres Ansehen genossen als ihre einst wehrlosen Opfer. Er wurde ärztlicher Direktor am Stadt Krankenhaus Hanau. Schließlich wurde seine Autobiographie 1990 mit dem Literaturpreis der Bundesärztekammer ausgezeichnet.

Auch Werner Schmidt zitiert Golo Mann: »Wer die dreißiger und vierziger Jahre als Deutscher durchlebt hat, der kann seiner Nation nie mehr völlig trauen ... Der wird, wie sehr er sich auch Mühe ge-

5 Dieser Geist gebar Legenden, so die von Jussuf Ibrahims »halbjüdischer« Herkunft und seines angeblich ehrenhaften Verhaltens im Nazireich, die auch Werner Schmidt noch glaubt (S. 285).

6 Das Originalzitat findet sich bei Golo Mann: *Der Antisemitismus*, in: *Zeiten und Figuren. Schriften aus vier Jahrzehnten*, Frankfurt a. M. 1979, S. 182.

ben mag und soll, in tiefster Seele traurig bleiben, bis er stirbt.«⁶ Es blieb ein Schatten, schrieb Schmidt, »der sich nur allmählich aufhellte und bis heute nicht völlig gewichen ist.«

Werner Schmidts schlicht als »Bericht« betiteltes Erinnerungswerk ist ein Mahnmal, das Victor Klemperers Tagebüchern an die Seite zu stellen ist. Doch mehr als Klemperer zeigt Schmidt, wie der einzelne mit noch so begrenzten Mitteln und in noch so aussichtsloser Lage sich nicht in die ihm zugedachte Rolle des Opfers drängen ließ. Das Buch sollte zur Pflichtlektüre nicht nur für jeden Mediziner, sondern für jeden Deutschen werden.

Der Weg vom Eid des Hippokrates zu Hitler schien vielen gangbar, die im Nazireich Karriere machen wollten. Der Weg zurück, von Hitler zu Hippokrates, war diesen Konjunkturrittern hingegen versperrt. Was immer jene nach 1945 taten, die sich an den medizinischen Verbrechen im »Dritten Reich« beteiligt hatten, sie blieben Eidbrüchige. Die Werke von Ernst Klee und Werner Schmidt dokumentieren dies auf das Eindrucksvollste. Wer genau wissen will, *was* die deutsche Medizin unter Hitler war, muß Ernst Klees Buch lesen. Wer wissen will, *was* und *wie* sie war, die Medizin im Braunhemd, wird an Werner Schmidts Autobiographie nicht vorbei können.

JOACHIM WILKE

Vernunft für die Welt

Eigenartiges Wiedersehen: Ende Mai 2005 begegneten sich im Bürgerhaus »Wendische Kirche« zu Senftenberg Enrique Dussel aus Ciudad de México (früher Mendoza, Argentinien), Albert Kasanda aus Brüssel (früher DR Kongo), Franz-Joseph Hinkelammert aus San José (Costa Rica), Juraj Baláč aus Berlin, gebürtiger Tschechoslowake, und ich aus Zeuthen (früher Akademie der Wissenschaften der DDR, inzwischen Associé am französischen Forschungszentrum CNRS). Was führte uns in der Lausitz – wiederum – zusammen?

Aktuell war es der VI. Internationale Kongress für interkulturelle Philosophie, gemeinsam veranstaltet vom Missionswissenschaftlichen Institut Aachen, von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von der Fachhochschule Lausitz, zum Thema »Dominanz der Kulturen und Interkulturalität«. Das Treffen passte ausgezeichnet zu dem Mühen um Vernunft für die Welt, das die Genannten und andere teils seit langen Jahren verbindet. Davon zeugten auf dem Büchertisch des Kongresses die ersten Titel der in Paris lancierten Schriftenreihe zur *Raison mondialisée*, der »Globalisierten Vernunft«.

In der Tat streiten die Kongresse für interkulturelle Philosophie seit zehn Jahren – und diese interkontinentale Forschung zu einer Geokultur der Vernunft nicht weniger lange – *gegen die Dominanzansprüche* gewisser »Kulturträger«. Die Welt darf ebenso wenig auf die neoliberale Profitkultur wie auf das pseudorationale Einheitsdenken, wonach es keine Alternativen zur globalisierten Profitjagd gäbe, festgelegt werden. Solchen Zwangsjacken können Milliarden auf Erden weder durch irrationales Hochspielen von »Leitkulturen« noch durch Aufwerten irgendeiner Spielart von akademisch-reinem »interesselosem Denken des Denkens« entrinnen. Vielfältig einander achtende und bereichernde Kulturen sind so lebenswichtig für die Welt wie eine kohärente Vielfalt von Denk- und Aktionsinstrumenten, die einem vitalen Interesse dienen: der Produktion, Reproduktion und gemeinschaftlichen Entwicklung eines menschenwürdigen Lebens für jede und jeden der heute sechs, demnächst zehn Milliarden Menschen auf Erden. Dass sie in der Mehrzahl dieses Leben entbehren, zu Milliarden entrechtet, geschunden vegetieren, ist der Hauptfaktor der dramatischen Weltkrise. Dass sie es sich mit Geist, Leib und Seele gemeinsam verschaffen, ist Ziel der Mühen um »Globalisierte Vernunft« im Zeichen der *Transmoderne*.

Ich übernehme hier Ideen Enrique Dussels. Dessen temperamentvolles Referat auf dem Kongress schilderte Stand und Perspektiven des *transmodernen Prozesses*, kurz gesagt, eines von Befreiungsbe-

Joachim Wilke – Jg. 1928, Dr. phil., Assoziierter Forscher, CNRS Paris, Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für französischsprachige Philosophie (DGFP), Beauftragter für die Beziehungen der DGFP zur internationalen Vereinigung der französischsprachigen Philosophiegesellschaften (ASPLF). Herausgeber der Schriftenreihe (Directeur de la Collection) *Raison mondialisée* beim Verlag L, Harmattan, Paris

wegungen in aller Welt getragenen Hinausgehens über die Engen der eurozentrischen Moderne, das zugleich deren emanzipative Momente in kritischem Dialog weiter entwickeln will. Währenddessen prangte das Kompendium dazu gleich zweimal auf dem Büchertisch – seine »Ethik der Befreiung« im spanischen Original und in der französischen Übersetzung Albert Kasandas, dem ersten Titel der Schriftenreihe zur *Raison mondialisée*.

Das Vorwort darin ist von mir, denn ich leite dieses Projekt, beraten von dem Ökonomen Samir Amin in Dakar und dem Philosophen Jean-Marc Gabaude in Toulouse. In der »Wendischen Kirche« flankierten dieses Buch seine bisher zwei Nachfolger in der Reihe: »Philosophie oder Barbarei. Das Europa der Vernunft und das Europa des Verrats« von Oward Ferrari und »Fortschrittliche Neugründung gegen die liberale Konterrevolution« von Michel Clouscard, sowie von ihrem Vorläufer »Die Wege der Vernunft«, ein Sammelband über hundert Jahre Arbeit am Vernunftkonzept im frankophonen Raum. Sieben Jahre lang von dreizehn Autoren erarbeitet, schickte gerade er die Forschergruppe auf die erweiterte Suche. Frankophones Denken ist ja Schnittpunkt und Impulsgeber weltweiter Regungen.

Damit zu Lebensdaten und Aussagen der Autoren: Enrique Dussel engagierte sich seit jungen Jahren für eine Philosophie, die das Erbe und die Interessen der Lateinamerikaner artikuliert, also der Mehrheit der Amerikaner. Dafür vertrieb ihn die Militärjunta, die sein Argentinien dem neoliberalen Ansturm öffnete und damit den heutigen Ruin des Landes anbahnte, aus der Heimat Mendoza. Auf einer modernen Odyssee, stets im Kontakt mit Befreiungsbewegungen, absolvierte Dussel ein umfassendes Studienpensum – Marx, Freud, Luxemburg, Levinas, Habermas u. v. a., nicht zu vergessen die auf nichtutopische Praktikabilität gerichteten methodischen Ratschläge eines F. J. Hinkelammert wie auch den Lebensbericht der Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú vom Leid und vom Selbstbewusstsein, der *conscientización*, der guamalteknischen Urbevölkerung. Ein Netz von Solidaritäten zwischen erwachenden Indígenas, aufbegehrenden Frauen, jungen Menschen, gehetzten Werktätigen und erniedrigten Erwerbslosen, denen progressive Intellektuelle beistehen sollten, könne diese Massen zum *neuen historischen Subjekt* formieren, sagt er, und fordert zugleich, jede errungene Befreiung kritisch zu überprüfen, damit sie nicht zu neuer Unterdrückung entarte: Befreiung bleibe eine nie zu vollendende Aufgabe.

Oward Ferrari, seinen ex-Kollegen von der Universidad de Cuyo, traf ich vor fünfzehn Jahren als Exilanten in Südfrankreich. Weil er den zur Selbstbefreiung aus Unmündigkeit und Entrechtung rufenden Kern der klassischen deutschen Philosophie propagierte, wurde auch Ferrari in Mendoza von der Junta verhaftet und vertrieben. Seine Odyssee führte ihn über Lehrämter in Heidelberg und Toulouse schließlich nach Colmar im Elsaß. Dort schrieb er für die *Raison mondialisée* das Buch, das gründlich in das klassische Erbe Europas speziell bei Kant und Hegel einführt, zugleich aber aufdeckt, was der heutige Verrat an diesem Erbe unserem Kontinent einträgt: Verrufen als schuldig an Völkermord, an kolonialer und neokolonialer Verelendung in Übersee, ja noch rezent als Exporteur von Folterexperten nach Argentinien, in sich zerstritten, stets neu in

Kriege verwickelt, zersetzt von Korruption als gängiger Geschäftspraxis einer »Wirtschaft«, die nicht zu wirtschaften, sondern nur Reiche weiter zu bereichern versteht – so steht Europa heute in Schanden da und zudem in tiefer Krise. Bleibt die Frage: Kann sich, wird sich Europa wieder besinnen auf sein kostbarstes Erbe? Mendoza und die Universidad de Cuyo haben jedenfalls Oward Ferrari für dieses Werk wieder in Ehren aufgenommen.

Michel Clouscard, Emeritus der Universität Poitiers, lebt in Gailac am Tarn, wo einst Religionsstreit hohen Blutzoll forderte. Nahe am alten Kloster, das allein den guten Rotwein der Region keltern durfte, stürzten erst Reformierte die »Papisten« vom Steilufer zu Tode, dann vergalteten es treue Katholiken den »Ketzer« ebenso. Einen alt-legendären Streit in der Menschenbrust zwischen Narziss, dem selbstbespiegelnden Genießer, und Vulkan, dem Wert schöpfenden Schmied, verwendet Clouscard als ästhetische Brücke zum Verständnis des Heute: Will nicht die klandestine Politökonomie des Neoliberalismus den Narziss in vielen, besonders in unbedarften jungen Menschen zum Überkonsum verführen? Damit bringt sie nicht nur die Betroffenen, sondern die Menschheit in Lebensgefahr! Wie aber kann der Vulkan in so vielen von uns das Blatt wenden? Können nicht die wahrhaft Tätigen über Differenzen hinweg zueinander finden, zunächst zu Generalständen, dann zu einem außerparlamentarischen »Parlament des kollektiven Arbeiters«, das Gesetze zu erzwingen vermag? Ähnliches war in Frankreich sogar unter dem Absolutismus möglich, warum also nicht im Heute, wenn gewiss auch auf längere Sicht.

Weltweite Vernunft zu stiften, verlangt langen Atem in einem hektischen Ambiente zu bewahren. Unser Berater Samir Amin plädiert für einen »langen Weg zum Weltsozialismus« – dazu habe ich unlängst publiziert.

Für die *Raison mondialisée* arbeiten zur Zeit zwei Ökonomen über vernünftiges Wirtschaften, ein Philosoph über Determinismus in unserer Zeit, ein weiterer über das Zusammenführen speziell afrikanisch-oraler und speziell europäisch-literalen Denk- und Vermittlungstraditionen, und so weiter.

Referate und Austausch in Senftenberg unterrichteten uns vom Denken und Handeln in Bolivien, im Süden der USA, in der islamischen Welt, in Korea und anderenorts. Juraj Baláč Mitautor seit den »Wegen der Vernunft«, will in seiner Heimat davon berichten. Ermutigt, hoffe ich auf einen Materialband von diesem Kongress.

Literatur:

- Enrique Dussel: L'éthique de la libération à l'ère de la mondialisation et de l'exclusion. Préface de Joachim Wilke, Paris, L'Harmattan 2002, 268 pp., collection »Raison mondialisée«.
- Oward Ferrari: Philosophie ou barbarie. L'Europe de la raison (du logos) et l'Europe de la trahison, a. a. O., 236 pp.
- Michel Clouscard: Refondation progressiste face à la contre-révolution libérale, a. a. O. 2003, 162 pp.
- J. Wilke, J.-M. Gabaude, M. Vadée (éds.): Les chemins de la raison. XXe siècle: la France à la recherche de sa pensée. Préface de Bernard Bourgeois, Paris, L'Harmattan 1997, 332 pp.
- Joachim Wilke: Samir Amins Projekt eines langen Weges zu einem globalen Sozialismus, Berlin, »Helle Panke« e. V. 2005, 39 S., Reihe »Vielfalt sozialistischen Denkens«.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Anlässlich der jüngst stattgefundenen Implantation Matthias Platzecks an die Spitze der einst einzigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands (mittlerweile hat sich ja eine zweite hinzugesellt) ließ sich Holger Schmale, leitender Politredakteur der *Berliner Zeitung*, zu einer netten Betrachtung über die legendäre Taschenuhr August Bebels verleiten, die jedem Parteivorsitzenden zur Verfügung steht und die er – so der Brauch – an seinen Nachfolger weitergibt. Allerdings gibt es derer drei, ich meine Uhren, und so passierte es zum Beispiel, daß Willy Brandt zwar schon stolz (s)eine Bebel-Uhr trug, aber eines Tages von Onkel Herbert noch eine überreicht bekam. Brandt, schreibt Schmale, soll es gelassen genommen haben. Und nun also wird Platzeck von Holger Schmale dezent an Bebels Uhr erinnert. Das zeugt geradezu von des Redakteurs ungebrochenem Gottvertrauen, sozusagen. Denn wenn ich mir die Genesis und den Zuschnitt der ostdeutschen 1990er Neusozialdemokraten sowie den des erst später im Zuge politischer Karriereplanung hinzugestoßenen Platzeck ansehe, bin ich sehr im Zweifel, daß dieser Personenkreis je in seinem Leben August Bebel »durchgenommen« hat. Auch in der Babelsberger Zahnarztfamilie Platzeck, wiewohl mit dem Nowaweser Sozi-Milieu auf der anderen Straßenseite in Tuchfühlung, dürfte kaum »Die Frau und der Sozialismus« oder »Aus meinem Leben« zur bevorzugten Lektüre gehört haben. Will vermuten: Mit Platzeck hat die SPD nun einen neuen Vorsitzenden, der so bebefremd und bebefern ist wie kaum einer vor ihm. Aber die Genossen (Entschuldigt, Genossen, das Wort Genossen ...) werden sich schon etwas dabei gedacht haben.

Auch bei den Jungpastores, die vor anderthalb Jahrzehnten die DDR-Behörden mit der Gründung einer sozialdemokratischen Partei er-

schrecken wollten (denn wirklich zu erschrecken waren die ja nicht mehr, Ibrahim Böhme funktionierte ...), ist mir nie richtig klargeworden, warum sie ihrer Opposition gegen den verhaßten und ungeliebten Staat DDR gerade eine sozialdemokratische Note gaben. Aber vielleicht war das damals schon eine probate Form von Realpolitik. Denn in Brandenburg und Berlin – und die Gründer kamen meist von dort – hätten sie mit der Gründung einer CDU keinen Blumentopf bei der Bevölkerung gewinnen können. Ebenso wie der jetzige neue SPD-Chef eines Tages erkannt hatte, daß im Osten mit B'90/Die Grünen nichts zu holen ist, und schnell mal Sozialdemokrat wurde. Schon damals also ein Realpolitiker durch und durch.

Im Berliner *Tagesspiegel* beschäftigte sich Kerstin Decker ganzseitig mit Angela Merkel und – Katharina der Großen. Die Autorin ließ sich zu dem verblüffenden Artikel unter anderem durch den Umstand verleiten, daß beider Lebensläufe und Karrieren mit deutscher Provinz zu tun haben: Angela wuchs in der Uckermark auf, Sophie Auguste Friederike (die spätere Katharina) in Stettin. »Doch jeder rief sie nur ›Fieke‹. Fieke. Kann schon sein, dass Menschen, denen solche Rufnamen zugefügt werden, einen gewissen dunklen Ehrgeiz entwickeln. Angela Merkel hieß früher Kasi. Das kommt von Kasner, Angela Merckels Nachname zum Zeitpunkt ihrer Geburt und noch lange Zeit später«. Worauf die Autorin dieser netten kleinen Bosheit noch eine folgen läßt: »Es muss schon seltsam sein für den geschiedenen Herrn Merkel, wenn sein Name nun bald ohne ihn Kanzlerin wird.«

Natürlich ist Angela Merkel keine Katharina die Große und wird es nie sein und – vielleicht – auch gar nicht wollen. Aber wer sich das Porträt der Zarin auf seinen Schreibtisch stellt, ist der Aufmerksamkeit und des Spottes sicher. Und bezeugt außerdem eine evidente Geschmacksunsicherheit. Mit der hatten Merckels politische Partner schon zu tun, als sie begann, Politik zu machen. In dem Artikel lesen wir nämlich, daß sich Lothar de Maizière, letzter DDR-Ministerpräsident, veranlaßt gesehen hatte, seine stellvertretende Pressesprecherin darauf hinzuweisen, »dass sie bei Staatsbesuchen nächstens keine Jesuslatschen tragen solle, und auch die selbstgenähten Walle-Röcke wären nicht ganz so gut«.

Wenn Sie diese *Festplatte* lesen, haben wir gewiß eine neue Regierung, und der Wahlkampf mit seinen Zusagen, gegenseitigen Beschimpfungen und ehernen Versicherungen (beidseitig: »Mit denen nie!!!«) wird vergessen gemacht worden sein – vorwärts immer, rückwärts nimmer! Und auch von dem SPD-Knatsch Müntefering – Nahles wird kaum noch geredet werden. Bei dem übrigens alle Beteiligten (einschließlich der Journalisten) irritierenderweise so getan hatten, als hätte Andrea Nahles Andrea Nahles gewählt. Und an dem schnellen Vergessen dieses Vorgangs war sogar (Zwischenruf: *Wieso ›sogar‹?*) die *Linkspartei* nicht ganz unbeteiligt, um es dezent zu umschreiben. Das ist erklärlich: Was schon hätten zum Beispiel die neuen Macher Gysi und Lafontaine (Lothar Bisky, den Friedensrichter und bewährten Ausgleichler, lassen wir jetzt mal außen vor) denn für bissige oder hämische Kommentare abgeben sollen, als Müntefering, weil ihm ein Wahlergebnis nicht paßte, seine Fleppen mit Lichtgeschwindigkeit auf den Vorstandstisch geknallt hatte? Zumal weder Gysi noch Lafontaine bis heute vermocht haben, mit ihren jeweiligen Rücktritten zu überzeugen.

Am Horizont geht's weiter – kommen Sie gut ins Neue Jahr.

Christa Luft:
Wendeland. Fakten und Legenden,
Aufbau Taschenbuch Verlag
Berlin 2005, 275 S. (8,50 €)

Tiefe Einschnitte in Wirtschaft und Gesellschaft, in ihre Verfasstheit und Entwicklung, in das differenzierte und umfangreiche Geflecht ihrer Makro- und Mikrostrukturen, kurz: historische Wendungen, sind für Christa Luft seit gut fünfzehn Jahren politische wie wissenschaftliche Herausforderungen besonderer Art.

Bereits in ihren Schriften »Zwischen Wende und Ende« (1990) sowie »Die nächste Wende kommt bestimmt« (1994) thematisierte die renommierte Ökonomin und PDS-Politikerin jene gewichtigen Umbrüche, Problemlagen und Fragen, die der Epochenwandel von 1989/90 hervorbrachte. Spezielle Aufmerksamkeit widmete sie hierbei Prozessen und Ergebnissen der Transformation der ostdeutschen Planwirtschaft, ihrer Einordnung in die bundesdeutsche Marktökonomie. Und es ging ihr um die Perspektiven der ostdeutschen Teilgesellschaft, die im Verlauf der Vereinigung praktizierten Politikmuster und verbreiteten Mythen sowie um die Frage möglicher Alternativen zum gewählten Entwicklungspfad. Aus Anlass von eineinhalb Jahrzehnten deutscher Einheit und mit genügendem, fundierte Urteile erlaubendem zeitlichem Abstand zum geschichtlichen Ereignis selbst nimmt Luft diesen Topos wieder auf und – dies gleich vorweg – bearbeitet ihn eindrucksvoll.

Mit »Wendeland« dokumentiert sie nicht nur überzeugend ihre umfassende Kompetenz in Wirtschaftstheorie und -praxis, ihre intime Sicht auf Abläufe und Bilanz, Irrtümer und Irrationalitäten der Transformation. Vielmehr gelingt es ihr, *zum einen* den Begriff »Wende« inhaltlich zu weiten, ihn für neue, gesamtdeutsche Dimension zu öffnen. Kurz: Es geht um die Erkenntnis, dass sich in der Bundesrepublik gerade in den letzten fünfzehn Jahren eine mehr als problematische Mutation vollzog – die ökonomisch und sozial höchst bedrohliche Wende vom »rheinischen« zum »reinen« Kapitalismus (S. 125 ff.). Daher besteht die Notwendigkeit – und das ist eine Kernbotschaft von Luft –, diese Wirtschaft und Gesellschaft

dringend einer grundlegenden Wende zu unterziehen. Insofern leben wir heute in einem »Wendeland«. Damit wird auch die Bedeutung der im Vorwort formulierten Position nachhaltig unterstrichen: »Mit dem Untergang des real existierenden Sozialismus ist ein Denken in gesellschaftlichen Alternativen nicht abwegig geworden. (...) Die Systemdebatte kehrt in neuer Form zurück« (S. 11/12).

Zum anderen präsentiert sie selbst ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie ihr engagiertes Plädoyer für eine *Politische* Ökonomie (S. 189 ff.) zu verstehen ist und was diese zur ökonomischen Aufklärung innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft beizutragen vermag. Den LeserInnen wird in diesem Kontext nicht nur schlüssig vor Augen geführt, auf welche Erkenntnis- und damit auch Handlungsblockaden die ökonomischen Legenden und Mythen des Neoliberalismus zielen, welche fatalen Folgen gerade dessen Monopol langfristig für die Gesellschaft im allgemeinen wie für ihre Ökonomenzunft im besonderen zeitigt. Zugleich wird – wider die Modellökonomie des neoklassischen Mainstream und der häufig bemühten »reinen Logik des Sachzwanges« – argumentativ auf den Punkt gebracht, dass die Wende innerhalb des bundesdeutschen Kapitalismus ökonomisch wie sozial eindeutig Gewinner und Verlierer kennt. Etabliert wurde eine »Republik für Reiche«, in der »eine Reichtumspflege ungeahnten Ausmaßes« stattgefunden hat (S. 155).

Worin bestehen die Vorzüge dieses Buches? Die Antwort könnte und müsste eigentlich viele Facetten benennen. Doch das würde den zur Verfügung stehenden Platz sprengen, weshalb ich mich auf vier Punkte konzentrieren will. *Erstens* fällt aus methodischer Sicht positiv ins Auge, dass sowohl die drei Hauptkapitel wie auch die meisten Unterkapitel mit einer klar umrissenen und vor allem gewichtigen Problemstellung, mit einer konkreten Leitfrage eröffnet werden. So wird etwa im ersten Kapitel (»Nach dem Fall der Mauer – Kapitalismus ohne Schamgrenze«) analysiert, »wie der Kapitalismus mit seinem ›Sieg‹ umgeht« (S. 17), im Mittelpunkt des zweiten Kapitels (»Vom ›rheinischen‹ zum reinen Kapitalismus«) steht die Frage, »wie das einst gezähmte Kapital seine Zügel abwirft und der Sozialstaat praktisch zur Abwicklung freige-

geben wird« (S. 126). Im abschließenden Kapitel (»Alternativlosigkeit – ein Mythos«) wird dem Problem nachgegangen, »wie das natürliche Spannungsverhältnis zwischen betriebswirtschaftlicher Logik und gesamtgesellschaftlicher Vernunft produktiv gemacht« und der Sozialstaat unter vielfach veränderten Verhältnissen erneuert werden kann (S. 188).

Zweitens wird eine mit Fakten gut unterlegte, stringent an zentralen Problemlagen und Prozessen entwickelte Analyse des globalen Kapitalismus der Gegenwart vorgelegt. Sie benennt neue Phänomene und Entwicklungen in dessen Ökonomie, Politik, Ideologie und sozialer Landschaft ebenso wie präzise die konkreten Folgen für Klassen und soziale Gruppen, für ihre Lage und Perspektive. Die treffliche Abhandlung zur Politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus provoziert die Frage, ob Luft – die sich hierzu nicht explizit äußert – vielleicht in Sachen wissenschaftlicher Verallgemeinerung zu neuen, systematisierten Erkenntnissen gekommen ist? Da die marxistische Kapitalismuslehre eine offene Baustelle ist, ihre Qualifizierung seit längerem Diskursobjekt innerhalb der emanzipatorischen Linken ist, sollten Chancen zur Weiterentwicklung der ökonomischen Kapitalismustheorie unbedingt genutzt werden.

Drittens zeichnet sich *Wendeland* dadurch aus, dass das historisch und sozialbiographisch geprägte Interesse von Luft an Umbau und Entwicklung ostdeutscher Ökonomie, ihre Einwendungen zu entsprechenden Strategien und Entwicklungspfaden keineswegs »regionalwirtschaftlich« bestimmt sind. Ihr Ansatz, ihre Forderungen basieren vielmehr auf der Optik der Makroökonomie, zielen auf eine gesamtwirtschaftliche Perspektive, verorten die Ostdeutschland betreffenden Fehldiagnosen und -steuerungen in den Grundfehlern einer die bundesdeutschen Verhältnisse generell prägenden neoliberalen Wirtschafts- und Ordnungspolitik. Nicht zufällig reklamiert sie daher eine »Renaissance makroökonomischen Denkens in der Wirtschaftswissenschaft« bzw. »eine entsprechende Ausrichtung der Wirtschaftspolitik« (S. 188).

Viertens bereichert Luft die aktuelle Debatte über wirtschaftliche Alternativen. Nicht nur, dass sie sich anregend mit dem Spannungsverhältnis von betriebswirtschaftlicher Rationa-

lität und gesamtwirtschaftlicher Vernunft auseinandersetzt, dabei verdeutlicht, dass Maßstab für das Funktionieren einer Gesellschaft nicht die Maximierung unternehmerischen Gewinns sein kann, sondern dass es um »eine neue, gemeinwohlorientierte demokratische Regulationsweise der Wirtschaft« geht, »die sich betriebliches Gewinninteresse zunutze macht, es sowohl stimuliert, als ihm auch Grenzen zieht« (S. 188). Souverän greift sie zudem alle relevanten Themen dieser Debatte auf – zu Eigentum und Zukunft der Arbeit, Wachstum und Arbeitszeitverkürzung, Grundeinkommen und Mindestlohn sowie Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme. Ihre diesbezügliche Polemik mit dem ökonomischen Mainstream wie mit problematischen linken Positionen offenbart Sachkenntnis und Problembewusstsein und hält fraglos gut begründete Lösungsangebote parat. In diesem Kontext fällt allerdings auf, dass der Produktivität der unterschiedlichen theoretischen Quellen, die für wirtschaftliche Alternativen relevant sind, vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zuteil wird.

Kein Zweifel: Mit »Wendeland« hat Christa Luft ein wahrlich inspirierendes und ermutigendes Buch vorgelegt.

GÜNTER KRAUSE

Carsten Pallas:
Ludwig von Mises als Pionier
der modernen Geld-
und Konjunkturlehre,
Metropolis Verlag Marburg 2005,
346 S. (36,80 €)

Der österreichische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Ludwig von Mises (1881-1973), dessen Werk und Wirken hier umfassend dargestellt und kommentiert wird, gehört zum Kreis der »orthodoxen« Liberalen. Als Schüler Eugen von Böhm-Bawerks und Friedrich von Wiesers und Lehrer Friedrich August von Hayeks gilt er als herausragender Vertreter der Österreichischen Schule der Volkswirtschaftslehre. Bezeichnend für sein Schaffen sind sein strenger Subjektivismus, radikaler Liberalismus und strikter Anti-Interventionis-

mus. Heute verbindet sich mit seinem Namen vor allem sein politisches Engagement gegen Staatseingriffe, Wirtschaftsregulierung und Verstaatlichung. Geradezu populär geworden ist sein bereits 1922 erbrachter Nachweis der »logischen und praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus« wegen dessen Unfähigkeit zur Wirtschaftsrechnung und damit zu einer optimalen Allokation. Sein Werk läßt sich jedoch hierauf nicht beschränken. Mises war – neben Joseph A. Schumpeter – auch der bedeutendste Geldtheoretiker der Weimarer Zeit.

Sein wichtigstes geldtheoretisches Buch, die »Theorie des Geldes und der Umlaufmittel«, erschien in erster Auflage bereits 1912. 1924 legte er eine zweite, überarbeitete Fassung vor, die bis heute als Standardwerk der vorkeynesschen Geldtheorie gilt. Berücksichtigt man den Tiefstand der damaligen Geldlehre, die sich praktisch »in einer besseren Geschichte des Münzwesens erschöpfte« (S. 36), so kommt man nicht umhin, die Arbeit von Mises dogmengeschichtlich als bedeutendes Werk zu würdigen. Es gelang ihm nicht nur, den unfruchtbaren Streit zwischen »Metallismus« und »Nominalismus« hinter sich zu lassen. Indem er die subjektive Werttheorie konsequent auf das Geld anwendete, tat er einen wichtigen Schritt, um die Geldtheorie in die Nationalökonomie zu integrieren und damit die Dichotomie der Neoklassik, wonach Geld- und Realwirtschaft getrennte Sphären seien, zu überwinden. Im Zentrum des Werkes steht die Bestimmung des Geldwertes, eine Frage, die er grenzwerttheoretisch löst. Die Geldfunktionen handelt er dagegen klassisch, das heißt, ausgehend vom Tauschparadigma, ab. Durchaus neuartig ist seine Bestimmung der Geldformen, welche Bankdepositen in den Geldbegriff einschließt (S. 55). Als Geld im engeren Sinne faßt er »Warengeld« (Gold, Silber u. a.), »Zeichengeld« (juristisch qualifiziertes Geld) und »Kreditgeld« (Forderungen). Daneben existieren in seinem System »Geldsurrogate« in Gestalt ungedeckter Banknoten und Depositen sowie Geldzertifikate als »Geld im weiteren Sinne«. Dieser Versuch einer Klassifizierung des Geldes folgt der praktischen Entwicklung des Geldwesens nach dem Ersten Weltkrieg, welcher die Periode des Goldes als uneingeschränkt gültiger Geldware beendet und die Wissenschaft damit vor große Heraus-

forderungen gestellt hatte. Andere Autoren, die hierauf eine Antwort suchten, waren Schumpeter, Karl Helfferich, Knut Wicksell, Gustav Cassel, Irving Fischer und John Maynard Keynes. Mises setzt sich mit deren Lösungsansätzen auseinander, freilich nicht immer glücklich, wie sich retrospektiv zeigt. Die größte Schwierigkeit bereitete ihm dabei Keynes. So kritisiert er dessen bis heute hoch geschätzte Liquiditätspräferenztheorie des Zinses als »eine Anschauung, deren Naivität durch nichts übertroffen werden kann« (S. 85). Überhaupt hat Mises den englischen Ökonomen auch in späteren Jahren weitgehend ignoriert oder angefeindet, nicht aber produktiv verarbeitet. Er selbst äußerte in seinen »Erinnerungen«, daß er das Keynessche Werk »von Anfang an für falsch und gefährlich« (S. 138) gehalten habe. Es zeigt sich hier bereits die tiefe Diskrepanz zwischen Liberalismus und Keynesianismus, die bis in die Gegenwart hinein reicht.

Die stockkonservative Grundhaltung Ludwig von Mises tritt mehr noch als in seinen theoretischen Arbeiten in seinen wirtschaftspolitischen Empfehlungen hervor. So plädierte er bis Ende der 50er Jahre für eine Beibehaltung bzw. Wiedereinführung des Goldstandards und lehnte alle Reformversuche der internationalen Währungsordnung strikt ab. Ebenso hartnäckig beharrte er auf der Ablehnung des Zentralbankmonopols. Konjunkturpolitisch vertrat er selbst während der Weltwirtschaftskrise 1929/33 eine extreme anti-interventionistische Position und setzte sich für einen uneingeschränkten Laissez-faire-Kapitalismus ein. Nach seiner Übersiedelung 1940 in die USA nahmen seine Arbeiten immer stärker ideologische Züge an und wurden zu »politischen Kampfschriften«. Er konfrontiert den Leser mit Vorstellungen und Ideen aus vergangenen Zeiten und erwartet, daß diese kompromißlos akzeptiert werden. Von ihm aber werden andere Denkrichtungen vollständig ignoriert. Dies alles wird bald der Vergessenheit anheimfallen. Was aber bleibt, ist seine »Theorie des Geldes und der Umlaufmittel« als ein Werk, womit Theoriegeschichte geschrieben wurde.

Mit dem vorliegenden Band setzte der Metropolis Verlag seine Reihe »Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie«

fort. Inzwischen zählt diese verdienstvolle Edition, die von Birger P. Priddat und Heinz Rieter betreut wird, bereits 27 Bände. Sie stellt ein hervorragendes Pendant zur theoretischen Vorherrschaft der englisch/amerikanischen Wirtschaftstheorie dar und ist eine Fundgrube für Non-Mainstream-Forscher und alternative Ökonomen.

ULRICH BUSCH

**Hendrik Bispinck, Jürgen Danyel,
Hans Hermann Hertle,
Hermann Wentker (Hrsg.):
Aufstände im Ostblock.
Zur Krisengeschichte des realen
Sozialismus. Reihe: Forschungen
zur DDR-Gesellschaft,
Ch. Links Verlag Berlin 2004,
344 S. (24,90 €)**

Es »stellt sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt ›der Sozialismus‹ nicht in einem Zustand der Krise, der prekären Balance gewesen ist. Vielleicht läßt er sich überhaupt besser fassen als eine Permanenzklärung der Krise, der wirtschaftlichen Krise ohnehin, aber auch immer wieder der Herrschaftskrise«. (S. 31) Karl Schlögels Überlegung ist in einem Sammelband zur Krisengeschichte des Ostblocks naheliegend, verkennt allerdings die Entwicklungslogik jeder Gesellschaft. Widersprüche treiben jede Gesellschaft voran (oder hemmen sie) und werden immer dann problematisch, wenn sie keine Entfaltungs- oder Lösungsmöglichkeiten mehr finden. Konflikte, Konfrontationen, Krisen sind dann die Folge, das galt und gilt für den real existierenden Kapitalismus wie für sein einstiges Pendant. Dort irrte die Partei, mit der Lösung des Widerspruchs Kapital-Arbeit durch die politische Machtergreifung und neue Eigentumsformen Widersprüche aus dem Weg geräumt zu haben. Vielleicht könnte der äußere Klassenfeind noch attackieren und wühlen, aber im Innern sei die Gefahr gebannt und Harmonie ausgebrochen – das war Illusion, und die Vielzahl von Krisen endeten letztlich final systemzerstörend.

Diktatorische Regime mit »Mangel an intermediären Organisationen«, so analysieren die

Autoren, verfügen über kein geeignetes Krisenmanagement. Allerdings weist Michael Schwartz nach, daß in Einzelfällen »Transformationsriemen nicht nur von oben nach unten, sondern auch in die umgekehrte Richtung« (S. 15) gehen. Er demonstriert dies am Widerstand der Schwerbehinderten im Frühsommer 1953 gegen den Sozialabbau in diesem Bereich. Nicht nur sein Beitrag verweist auf die Komplexität der Vorgänge, die eben nicht mit dem Pauschalurteil »krisenhaft« abgehakt sind. Zwar seziert besonders André Steiner die »Anatomie der Wirtschaftskrisen« so, andererseits belegt z. B. Peter Hübner die Vielschichtigkeit der Arbeitsbeziehungen und -konflikte in der DDR. Unverständlich, warum er sich ob des versuchten und oft genug auch erfolgreichen Weges der konsensualen Konfliktlösung wundert. Denn ein solch sozialpartnerschaftliches Lösen von Arbeitskonflikten ist auch in den westlichen Marktwirtschaften gang und gäbe geworden.

Die Herausgeber machen allerdings auf einen wesentlichen Unterschied der staatssozialistischen zu den westlichen Gesellschaften aufmerksam. Die Konzentration von Macht, Gesellschaftslenkung und Wirtschaftsführung in der Hand der einen, alles wissenden und können Partei hatte ihren Preis: »Krisensituationen im real existierenden Sozialismus waren immer politisch induzierte, das heißt, sie wurden durch konkrete Eingriffe der Macht- und Funktionsebenen in gesellschaftliche Prozesse ausgelöst. Aufgrund der zentralisierten Strukturen des Systems schlugen soziale Probleme und Konflikte in einzelnen Bereichen relativ schnell auf die gesamte Gesellschaft durch.« (S. 18)

Die Autoren des Potsdamer Zentrums für zeitgeschichtliche Forschungen und des Münchner Instituts für Zeitgeschichte haben mit 16 Beiträgen wesentliche Momente dieser Krisengeschichte erfaßt, zumindest was die theoretischen Probleme und Zusammenhänge eines Themas betrifft, von dem »eine enorme Faszination auf die Zeitgenossen« ausging. (S. 9) Und das, obwohl sie das Thema ihres Buches leider verfehlen. Aufstand und Krise sind nicht identisch. Zudem sind es nicht die Aufstände im Ostblock in ihrer Gesamtheit. Vielmehr dominiert eine DDR-zentrierte Sicht, in der sich die Hälfte der Aufsätze direkt oder indirekt mit 1953, teilweise auch mit 1989 und dem Vergleich beider Ereignisse beschäftigen. Hier kommen bekannte wie

weniger bekannte Einsichten zueinander. Etwa, wenn Elke Scherstjanoi sehr gründlich über die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen der Krise von 1953 arbeitet. Der »Umgang mit den volkswirtschaftlichen Problemen der DDR 1952/53 läßt sich als von SED-Führung und sowjetischer Besatzungsmacht gemeinsam betriebene Politik charakterisieren, die eine Entwicklung von ungeschickter Krisenprophylaxe bis zu kontraproduktivem Krisenmanagement durchlief«, so ihr Fazit. (S. 65)

Ebenso gründlich gegen den Strich bürstet Bernd Stöver, der seine bekannten Thesen und Untersuchungen über die US-amerikanische Befreiungspolitik der frühen 1950er Jahre im Kontext mit den Ereignissen darstellt. Hans-Hermann Hertle schließlich widmet sich der Rolle der Westmedien. Sein Befund: »Die schnelle Eskalation vom Protesthandeln der Bauarbeiter einiger Baustellen in Ostberlin am 15. und 16. Juni zum republikweiten Volksaufstand am 17. Juni ist (...) ohne Berichterstattung des Rundfunks (d. h. des RIAS –St. B.) nicht vorstellbar. (S. 184) Er ergänzt mit der Untersuchung der Ereignisse von 1989. »Im Herbst 1989 fungierten die West-Medien »nur« als Transformationsriemen der friedlichen Revolution, am 9. November dagegen als Motor, ohne den es das Ereignis Mauerfall nicht gegeben hätte.« (S. 184) Auch wenn er keinen Zweifel läßt, daß die Unfähigkeit der Partei die inneren Voraussetzungen schuf, damit sich die Krise zur systemgefährdenden Systemzerstörung ausweiten konnte, so macht es doch deutlich, daß dies nicht im Vakuum, sondern in enger Wechselwirkung mit der (feindlichen westlichen) Umwelt geschah.

Während also das Krisenphänomen DDR in seinen unterschiedlichsten Facetten beleuchtet wird, bleibt der restliche Ostblock recht unterbeleuchtet. Die vorgelegten Querschnittsbeiträge etwa von Jürgen Danyel, Krzysztof Ruchniwicz, Arpád von Klimó, Alexander M. Kunst oder Oldrich Túma geben erste Überblicke und Analysen. Kaum beachtet wird die zentrale Rolle der ersten, quasi Modell-Krise des neuen Gesellschaftssystems 1920/21 und des Kronstädter Aufstands mit Lenins erfolgreichem Krisenmanagement. Auch die dauernden Auseinandersetzungen in der UdSSR – von den Arbeitskonflikten im Umfeld der NÖP über die Zwangskollektivierung, die verschwiegene und verdrängte Krise 1932 bis zu dem lokalen Kon-

flikt in Nowotscherkassk, einem Arbeiteraufstand 1962 – bleiben ausgeklammert. Der Vorwurf geht eher an den Verlag mit seinem reißerischen Titel als an die Autoren. Aber eine umfassende Krisengeschichte des Realsozialismus steht immer noch aus.

Offen bleibt die andere Seite der Medaille. Wo ist es gelungen, Krisen im Sinne der Systemstabilisierung zu lösen? Das betrifft Kronstadt und NÖP ebenso wie Mauerbau und NÖS vierzig Jahre später. Wie sieht es mit dem permanenten polnischen Krisenzyklus aus? Waren die Lösungen 1956 oder 1970/71 nicht für bestimmte Zeit tragfähig? Warum sind sie dann doch zerbrochen? Thomas Lindenberger diskutiert die Frage der gerechten Gewalt in den Arbeiteraufständen. Friedliebenden und gewaltfreien Citoyens fällt es schwer, mit dem Wüten des Mobs in Budapest Sympathie zu haben. Gleichzeitig wird aber zurückgeschreckt, eine solche Frage beziehe sich »natürlich nicht auf die ›Gerechtigkeit‹ oder ›Rechtfertigung‹ der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste und Demonstrationen« 1953 (S. 113).

Die Herausgeber wissen: »Die Nähe zwischen politischer und historiographischer Aufarbeitung verließ der Debatte über die kommunistische Vergangenheit ihre unverwechselbare Brisanz und Dynamik. Sie führte aber auch zu beträchtlichen Schiefen, von denen das Bild der genannten historischen Ereignisse nicht unberührt blieb.« (S. 10 f.) Sie haben versucht, sich als Historiker dieser Frage zu stellen, aber auch sie sind Teil von gesellschaftlichen Zusammenhängen. Die Suche nach der historischen Wahrheit wird weitergehen, die Antworten werden interessengeleitet und vielfältig bleiben.

STEFAN BOLLINGER

Hermann Weber, Andreas Herbst:
Deutsche Kommunisten.
Biographisches Handbuch 1918
bis 1945, Karl Dietz Verlag Berlin
2004, 992 S. (49,90 €)

Kommunisten lebten gefährlich, und ihr mörderischster Feind war: der Stalinismus. Es wäre verfehlt, das Buch von Hermann Weber und Andreas Herbst auf diese These zu reduzieren.

Aber den Leser beschleicht genau dieser Eindruck: Der zum Stalinismus pervertierte Kommunismus war das politische System, das neben seinen Gegnern auch seine Anhänger gnadenlos unterdrückt hat und den Tod der einen ebenso billigend in Kauf nahm wie den Tod der anderen.

Weshalb wurde man dennoch zum Kommunisten? Das biographische Handbuch der deutschen Kommunisten, das die Biographien von 1400 dem Führungskorps der KPD angehörenden Kommunisten zwischen 1918 und 1945 darstellt (was für eine unerhörte Forschungs- und Fleißarbeit!), beantwortet diese Frage implizit. Denn bevor die Autoren sich den Einzelschicksalen auf über 800 Seiten zuwenden, nähern sie sich dem Phänomen der KPD aus historischer und statistischer Sicht. Kapitel 1) »Die KPD in der Weimarer Republik und im Widerstandskampf 1918-1945« schafft durch Darlegung der Entwicklung der KPD den Verstehenshorizont, vor dem dann die Biographien dargelegt werden. Die KPD unterlag in den untersuchten Jahren selbst häufigen Wechseln in Politik und Zusammensetzung, wodurch sich die enorm hohe Zahl an Funktionären (1400) allein in der Führungsschicht erklären lässt. Allein in ihrer frühen *revolutionären Phase von 1919-1923* durchlebte sie mehrere Spaltungsszenarien. Genannt seien hier nur die Kommunistische Arbeiter Partei Deutschlands (KAPD 1920) und die kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG 1921). Diese Prozesse werden von Weber und Herbst ausführlich beschrieben. Weitere Phasen der Entwicklung der KPD, die die Autoren eruieren, sind die *KPD und Stabilisierung der Republik 1924-1929* und *Die KPD in der Krise 1929-1933* sowie schließlich *Widerstand gegen die NS-Diktatur*. In den erstgenannten Zeitraum fällt die Stalinisierung der Partei. Doch auch in dieser Phase kam es zu erbitterten politischen Streits: »Bei jedem Kurswechsel kam es zu heftigen internen Kämpfen, aus denen jeweils der Apparat als Gewinner hervorging, aber gleichzeitig ein ständiger Austausch der Kader erfolgte.« (S. 14) Die Krise der KPD spiegelt sich eben in der manifesten Stalinisierung und dem Beziehen ultralinken Positionen wider. Bekanntestes Beispiel: die Sozialfaschismusthese, mit der die SPD – und nicht etwa die erstarkende NSDAP – zum politischen Hauptfeind gemacht wurde. Mit folgender Konsequenz: »Der Machtantritt Hitlers

1933 war für die deutschen Kommunisten, insbesondere ihre Kader, ihr Führungskorps, eine Katastrophe. (...) Tausende ihrer Funktionäre und Mitglieder verloren von 1933 bis 1945 ihr Leben, sie wurden hingerichtet, in Konzentrationslagern umgebracht, angeblich »auf der Flucht erschossen« oder in den Selbstmord getrieben.« (S. 16) Der von den Kommunisten zu entrichtende Blutzoll war gewaltig, wer sich vor dem Hitlerregime retten konnte, kämpfte später in Spanien oder emigrierte in die Sowjetunion. Mit dem Ergebnis, dass »von den führenden politischen Emigranten (...) damals in der UdSSR über zwei Drittel eingesperrt und zumeist umgebracht worden (sind).« (S. 17) Das Ergebnis dieses Wahns ist ungeheuerlich. Dem Stalin-Terror fielen laut den Autoren 178 führende deutsche Kommunisten zum Opfer (zum Vergleich: der NS-Diktatur 222).

Im Anschluß an die historischen Ausführungen wird das Führungskorps der KPD im zweiten Kapitel genauer untersucht und hier explizit auf die unterschiedlichen Strömungen und ihre politischen Richtungskämpfe verwiesen (wobei eine Aufgliederung in die Rechten, die Mittelgruppe/Versöhnler, die Linken und die Ultralinken vorgenommen wird). Auch dieser Teil des Buches ist höchst lesenswert und informativ. Die einleitenden Kapitel 3 »Zum Typus des Partei-führers«, 4 »Wer leitete die Partei? – das Polbüro« und 5 »Veränderungen des Führungskorps« ergänzen die historischen Betrachtungen mit vielen detailgetreuen, an den Biographien angelehnten Daten und Statistiken, sind somit von kaum zu überschätzendem Wert.

Der Karl Dietz Verlag Berlin hat mit dem biographischen Handbuch *Deutscher Kommunisten* ein nicht nur für Wissenschaftler interessantes Werk veröffentlicht. Diejenigen, die sich mit der Geschichte des deutschen Kommunismus auseinandersetzen wollen, werden anhand der unterschiedlichsten Biographien erkennen, wie eng diese Bewegung mit den Ereignissen des 20. Jahrhunderts verwoben war. Und mit welcher Radikalität und Brutalität das zurückliegende Jahrhundert gestaltet wurde.

Weshalb wurde man nun zum Kommunisten? Generelle Antworten auf diese Frage kann es nicht geben – und sie werden auch vom Handbuch nicht versucht. Doch gibt es 1400 ganz persönliche.

MARTIN SCHIRDEWAN

KLARA LAKOMY

»To Transform through Writing«
About the Integrality of Work and Lifestyle
in the Case of Anna Seghers

What question does fiction pose? Fiction asks what must be done. Introducing her essay with these words, the author reflects upon the relevance of the work of Anna Seghers (1900-1983) and upon the eternal question of the relationship between work and lifestyle. The novelist, the author maintains, is a novelist only if he is not solely a novelist, but also someone politically active, representing the viewpoints and urgency of his work. Discussing this using the example of Anna Seghers, the author looks back into decisive moments of this novelist's life in the GDR.

HELMUT BOCK

Nobel Peace Prize for Bertha von Suttner
The Relevance in History

In 1889, as France and progressive people the world over celebrated the 100th anniversary of the French Revolution, Countess Kinsky, alias Bertha von Suttner, published her novel »Lay Down Your Arms!« (Die Waffen nieder!). With this book, an epochal best seller, the woman, Bertha von Suttner, dared to challenge non other than the question of masculinity: the military state concept of rival great powers. For her, war was not the »Father of all things« but a crime. She appealed for disarmament and peace.

SIGRID BOCK

The Power of Literature
The Effect of Bertha von Suttner's Novel
»Lay Down Your Arms!«

The author describes Bertha von Suttner's efforts to reach a broader audience with her appeal for peace, through using the novel as the vehicle. This novel follows the usual scheme of a novel. The heroine reflects upon her life, questions herself about the influences that altered her views and activity, presenting this in a way which offers the readers the possibility of identifying with the novel's main character. In 1905, when v. Suttner was presented the Nobel Peace Prize, her book had appeared in 37 editions and been printed in the German Social-Democrat newspaper, »Vorwärts«.

GUIDO BRENDGENS

The Loss of the Public Space
Simulated Public in the Era of Neoliberalism

The public space is slowly being muted into a space of exploitation – a space completely transferred to private ownership, leaving no room for social or political intervention. The author describes these developments. He proposes a typology of the public space and discusses the consequences of privatization. He pleads for a re-conquest of the public space because of it being vital to a democratic, civil society.

MANFRED SOHN
Programmatic Tips from the Far East
On the Revised Version of the Program
of the Japanese CP

The author wonders why the German left is not more attentive to the development and the program of the Japanese Communist Party, which – with a membership of more than 400 000 – has, over the last decades, repeatedly won between 7 and 10 percent of the votes in general elections. He examines the revised version of the program adopted in January, 2004 and pleads for a better understanding of the objectives of the Japanese communists for the 21st century. They describe the century as an epoch of a strengthening of the forces intent on overcoming capitalism.

HEINZ-JÜRGEN VOSS
Queer Politics: Between Critical Theory
and Practical (Im)Possibility

The author discusses the relationship between queer politics and the daily discrimination and exclusion of persons on the basis of their personal definition and orientation. Queer, he says, fascinates through the magic of openness, vagueness and rapid change. With its anti-hierarchic and anti-privilege potential, it is an aspect of a radical social critic.

SILVIO PERITORE
From Discrimination to Extermination
Nazi Genocide of Sinti and Roma

The fate of Sinti and Roma in Germany during the »Third Reich« must be seen in close correlation with the fate of Jews. There is no reason, the author says, to seek distinctions between the two genocides, the two holocausts. They were both driven by racist-ideological motives, were both executed by specially trained State structures, there were the same systems of registration of the victims, the enforcement of the same »Race Laws« and the same meticulous planning and bureaucratic organization. All this makes it necessary for a common commemoration and mourning, without discrimination.

MARIO KESSLER
From Hippokrates to Hitler
Medicine Without Humanity

In reviewing recent publications on the role of physicians in the »master race« politics of the »Third Reich«, the author draws the conclusion that the calculated lie of an »apolitical« science no longer can be maintained. But it took – as is evidenced by the books of Ernst Klee and Werner Schmidt – a long time to gather all the published material necessary. This is due to the fact, that especially physicians had established a system of state supported secrecy, both in the Federal Republic of Germany and in the German Democratic Republic.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €